

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pro Nummer 10 Pf., monatlich 30 Pf., vierteljährlich 1,10 Mk., halbjährlich 2,20 Mk., jährlich 4,40 Mk. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eingeklagen in die Post-Verwaltung. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Pf., für das übrige Ausland 3 Pf. pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pf., für politische und gesellschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Sonntagen bis 7 Uhr abends, an Sonntagen und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 22. November 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Umsturz in Ungarn.

Aus Budapest wird uns vom 19. November geschrieben:

Der Kampf um die Geschäftsordnungsreform hat das Ende gefunden, auf welches es sein Urheber, der Ministerpräsident Tisza, vorweg abgesehen hatte: er ist mit einer wahrhaft beispiellosen Gewalttat abgeschlossen worden. Nachdem der erste Versuch, die Reform im friedlichen Einvernehmen mit der Opposition herbeizuführen, gescheitert war und der formale Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses, der die Revision vorbereiten sollte, von der Opposition totgeredet wurde, ließ Tisza am Dienstag durch das Präsidium der Regierungspartei den Revisionsantrag selbst einbringen. Der eigentliche Antragsteller heißt Daniel; man muß sich den Namen merken, denn er wird gewiß in Ungarn so „berühmt“ werden wie einst in Oesterreich der Name Falkenhayn, der mit seiner berühmtesten „Lex“ die Novemberstürme des Badenjahres 1897 entfesselt hat. Schon der Inhalt dieser „Revisio“ ist ein Unikum; wie erst die Art, in welcher er Freitag nachts durchgesetzt wurde. Der Antrag revidiert nichts und reformiert nichts: er suspendiert bloß und verhängt über das ungarische Abgeordnetenhaus gleichsam einen Ausnahmezustand. Es werden für die Verhandlung bestimmter Vorlagen und für eine bestimmte Zeit alle jene Bestimmungen der Geschäftsordnung außer Kraft gesetzt, aus welchen die Obstruktion ihre Hülfsmittel bezieht. Und zwar macht der Antrag ganze Arbeit; er rotiert alles aus, was auch nur die entfernteste Möglichkeit zum Obstruieren bieten kann. Er führt nach englischem Muster die Befristung der Verhandlung ein (indem zu Beginn einer Verhandlung oder während ihrer Dauer beschlossen werden kann, wann sie zu enden habe); er beseitigt die namentlichen Abstimmungen, die geschlossenen Sitzungen, die Reden zur Geschäftsordnung, die persönlichen Bemerkungen und tatsächlichen Berichtigungen und erweitert schließlich die Disziplinalgewalt des Vorsitzenden und die Zulässigkeit der Ausschließung der Abgeordneten und des Diätenentzuges. Der Antrag enthält so ziemlich alles, was jemals irgendwo gegen die Obstruktion versucht worden ist. Die österreichische Lex Falkenhayn, die Anträge Reichslicher im deutschen Reichstag, die Bestimmungen, die Valfour in die Geschäftsordnung des Unterhauses gebracht hat: alles ist sorgsam zusammengetragen und zu einem Antrage zusammengefaßt worden, dessen Wirkung eigentlich die wäre, daß das ungarische Abgeordnetenhaus aufhören würde, überhaupt eine Geschäftsordnung zu haben. Diese so zugestufte provisorische Geschäftsordnung sollte oder soll für bestimmte Vorlagen und längstens für ein Jahr gelten. Diese Vorlagen sind das Budget, die Gesetze zur Ermächtigung der Einhebung der Steuern und Rekruten, der finanzielle Ausgleich mit Kroatien und, was freilich das Entscheidende ist, die neue Geschäftsordnung; die Verhandlung aller dieser Dinge wird unter Schutz des Ausnahmezustandes gestellt.

Auf legale Weise war der Strangulierungsantrag natürlich nicht durchzusetzen. Tatsächlich fing Graf Tisza sogleich mit Geschäftsordnungsänderungen an. Der Antrag wurde nicht einmal als selbständiger Antrag, sondern als sogenannter Beschlusssantrag, also im Wesen als eine Resolution zu dem Antrag auf Einsetzung eines Ausschusses eingebracht — das deshalb, um den Rednern, die über den Tiszaschen formalen Antrag schon gesprochen hatten, das Wort bei der Lex Daniel zu rauben. Dann wurde Donnerstag beschlossen, täglich zwei Sitzungen zu halten, was der Geschäftsordnung, die kategorisch den Schluß der Sitzung für zwei Uhr normiert, gleichfalls nicht entspricht. Aber mit so kleinen Listchen läßt sich einer Obstruktion, die 120 Mann stark ist und alle Paragraphe der Geschäftsordnung für sich hat, natürlich nicht beikommen. Ihr Zweck war auch ein anderer; sie sollten die Opposition erbittern, damit sie als Gegenwirkung zu der sogenannten technischen Obstruktion greife: der Verhinderung des Laufs der Verhandlung durch sinnlose und zeitraubende Abstimmungen, wodurch sich Tisza das Recht der „Notwehr“ begründen wollte. An solchen Aufstachelungen ließ es Tisza in dieser Kampfwoche nicht fehlen, und was die Anriffe der Geschäftsführung schuldig blieben, das brachte er selbst durch boshafte und verlebende Reden reichlich ein. Ueberhaupt ist selten eine nichtswürdige Sache mit solcher Kraft, Unermüdlichkeit, ja Genialität betrieben worden, wie es bei Tisza mit seinem Feldzug der Fall war. Der Mann führte den Kampf ganz allein; kein einziges Mitglied der Regierung oder der Regierungspartei hat außer ihm das Wort ergriffen. Er sprach Tag für Tag, Stunde um Stunde; in einer Sitzung oft ein halb Dutzend mal. Und immer mit größerer Energie, mit leidenschaftlicherer Wucht, bis er das Ziel erreicht hatte: seine Partei in einen Zustand völliger Raserei zu versetzen. Sitzung für Sitzung bewies er, daß man das Wesen über die Form stellen müsse, daß man angesichts der Gefahren der Obstruktion von der Beobachtung der Geschäftsordnung entbunden sei — bis die Partei für den Handstreich reif war. Das war Freitag nachts; in der ersten jener Parallelsitzungen, die am Vormittag beschlossen wurden. Nachdem eine „geschlossene Sitzung“ bis 1/10 Uhr gedauert hatte, erhob sich Tisza, um sein letztes Wort zu sagen. Das Haus war in der wahnsinnigsten Aufregung und jeder Satz der Handstreichrede wurde ebenso mit stürmischem Beifall wie mit stürmischem Widerspruch beantwortet. Noch einmal trug Tisza seine Staatsrechtstheorie

vor. Doch man ersieht die Ungeheuerlichkeit dessen, was da verübt wurde, am besten aus dem trockenen offiziellen Bericht. Dieser schildert die Gewalttat folgendermaßen:

Ministerpräsident Tisza: Wir sind in ein Stadium gelangt, in welchem wir die Konsequenzen aus dieser Lage ziehen müssen. Wir sind jetzt dort angelangt, wo der Reichstag ist. Sie wiederholen immer, ohne daß Sie daran glauben, daß wir die Söldlinge Wiens seien, während ich mit voller Ueberzeugung sage: Sie sind Spionmacher auf dem Markte! (Stürmischer, lärmender Widerspruch links; Rufe: Sie sind ein Komödiant!) Ministerpräsident (fortfahrend): Sie haben eine solche Haltung eingenommen, als ob Sie von den geschworenen Feinden unarums gedungen wären. (Stürmischer Lärm links.) Es wird die Stunde schlagen, in der Sie einsehen werden, welche heiligen Güter Sie verübt haben. Wir haben Positives geleistet, wir haben unsere Argumente dargelegt. Was war die Antwort? Die technische Obstruktion: (Ohrenbetäubender Lärm links.) Nun hört jede Verhandlung und die Möglichkeit jeder Debatte auf. (Stürmische Rufe rechts: Stimmen wir ab! Präsident gibt das Glockenzeichen. Immer neue Rufe rechts: Stimmen wir ab. Präsident: Ich bitte um Ruhe! Fortwährende Rufe rechts: Abstimmten!)

Ministerpräsident: Da hört die Möglichkeit jeder Verhandlung auf. Es bleibt nichts anderes übrig, als die Nation ihrem Schicksal zu überlassen oder dieser Komödie ein Ende zu machen. (Stürmischer Beifall, Handklatschen und Ohrenrufe rechts. Die Abgeordneten der Rechten erheben sich von den Sitzen und rufen: Wir nehmen den Antrag an! Nießter Lärm.)

Präsident (zur den Umstehenden verständlich): Den von dieser Seite (auf die Rechte zeigend) geäußerten Wunsch erfülle ich hiermit und stelle die Frage: Nimmt das Haus den Antrag Daniel an — ja oder nein? Diejenigen, die ihn annehmen, mögen sich von den Sitzen erheben. (Die Mehrheit erhebt sich auf Zeichen.) Es ist die Majorität. Ich erkläre hiermit den Antrag für angenommen.

Erneuter großer Lärm. Abgeordneter Viktor Balosi eilt auf die Präsidententribüne und versucht, den Präsidenten von seinem Platze wegzudrängen, wird aber von einem Saalkommissar daran gehindert. Inzwischen sind noch mehrere Abgeordnete auf die Tribüne zum Schutze des Präsidenten gekommen. Auch auf die Verrichtertribüne eilen Abgeordnete von beiden Seiten des Hauses. In dem ungeheuren Lärm sind die Zwischenrufe, die von vielen Seiten gemacht werden, nicht verständlich. Es hat den Anschein, als sollte es jeden Augenblick zu einem Handgemenge kommen.

Wie sorgfältig vorbereitet der Handstreich war, geht daraus hervor, daß schon das Protokoll vorlag, womit die Session geschlossen wird; das königliche Reskript hatte sich Tisza rechtzeitig verschafft. Gleich Einbrechern haben die Schuldigen nach der That sofort die Flucht ergriffen. Der Reichstag soll nun erst wieder am 9. Dezember zusammentreten.

Seinen Beschluß hat Tisza, aber was hat er davon? Die Opposition hat wiederholt und auf das feierlichste erklärt, der auf ungesetzliche Weise zusammengekommenen Geschäftsordnung den Respekt zu verweigern, und sie muß und wird ihr Wort halten. Womit wird aber Tisza seine Gewalttat wirksam machen? Denkt er daran, in den Reichstag, wie einst in Wien, Polizei einmarschieren zu lassen? Sämtliche Parteien der Opposition haben sich zu einer solidarischen Koalition zusammengeschlossen und werden morgen ein gemeinsames Manifest an die Nation und eine Adresse an die Krone veröffentlichen. Ueberdies ist in der Regierungspartei eine gewisse Ermüderung zu beobachten; zehn Mitglieder sind bereits ausgetreten, und weitere Austritte stehen bevor. Es kann also leicht umgekehrt kommen: daß anstatt der Obstruktion der verbrecherische Minister die Fische zahlen muß. Jedenfalls wird Ungarn bald Wahlen haben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. November.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag seine Arbeiten in gewohnter Langweiligkeit wieder auf und überwieß zunächst nach längerer Debatte, in der verschiedene Redner die zahlreichen Staatsüberschreitungen bemängelten, die Uebersicht der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Etatsjahr 1902 und die Uebersicht von den Verwaltungseinnahmen und Ausgaben der Preussischen Zentralverwaltungskasse für dasselbe Jahr an die Streichungs-Prüfungskommission.

Eine längere Debatte knüpfte sich an den Antrag der Abgg. Dr. Arendt (H.) u. Gen. betreffend die gesetzliche Regelung der Besoldungsverhältnisse der Leiter, Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen höheren Mädchenschulen. Einen ähnlichen Antrag hat das Haus bereits vor vier Jahren angenommen, die Regierung ist aber den Beschlüssen bisher noch nicht beigetreten. Auch diesmal beschloß das Haus mit großer Mehrheit im Sinne des Antrags Arendt und überwies gleichzeitig eine Reihe von Petitionen, die die gleiche Materie behandelten, der Regierung zur Berücksichtigung.

Am Dienstag stehen wieder kleinere Vorlagen auf der Tagesordnung.

Das summe Zentrum!

Seit zwei Wochen ist das Zentrum der Öffentlichkeit Aufklärung schuldig über eine Frage von entscheidender Wichtigkeit. Es ist bekannt, daß die Offizien des Zentrums längerer Frist bedürfen, um die Meinungen zu erfahren, die sie für ihre Partei vertreten sollen. Man mußte darum auch der „Germania“ Zeit gewähren, um zu den schwereren Aussagen Stellung zu finden, die der freikonservative Führer v. Jeddly erhob.

Freiherr v. Jeddly hatte in einem Halleischen Blatte über die Diätenfrage gesprochen. Er hatte ausgeführt, daß die Re-

gierung geneigt sei, Diäten für die Mitglieder des Reichstages zu bewilligen gegen zweierlei Kompensationen: einmal sollte die Aufstellung fester Wählerlisten erfolgen, wodurch die Vornahme von neuen Wahlen oder von Ergänzungswahlen in kürzester Frist erfolgen könnte, sodann sollte die Ausübung des Wahlrechtes an das Erfordernis eines mindestens sechsmonatlichen Aufenthaltes am Wahlorte geknüpft werden. Freiherr v. Jeddly bezeichnete diese beiden Kompensationen als „kleine Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ und er fügte hinzu, daß das Zentrum, welches nun einmal die maßgebende Partei sei, sich neuerdings geneigt zeige, diese Kompensationen zu bewilligen.

Darauf haben mehrere Zentrumsblätter sich gegen diese Zumutungen gewendet und auch die „Germania“, aus welcher die Meinung der Parteileitung des Zentrums spricht, hat die Erklärung abgegeben:

„... Das wissen wir bestimmt, daß beim Zentrum von Kompensationen in bezug auf das verfassungsmäßige Reichstagswahlrecht bei der Gewährung von Reichstags-Diäten nicht die Rede sein kann.“

Nun aber geschah das Eigentümliche, daß Freiherr v. Jeddly in der „Post“ dieser Erklärung des Zentrums die besondere Deutung gab, daß ihr Wortlaut jene Kompensationen nicht ausschliesse. Es hieß in der betreffenden Notiz der „Post“:

„Das leitende Zentrum erklärt sehr charakteristisch — (es folgt das obige Zitat)... Man muß bei dieser Äußerung genau auf den Wortlaut merken, um den wahren Sinn zu erkennen. Einführung einer ständigen Wahlliste und das Erfordernis eines längeren Aufenthaltes am Orte der Liste für die Eintragung der Wähler eben das reichsverfassungsmäßige Wahlrecht nicht. Sie können durchgesetzt werden ohne die geringste Aenderung der Bestimmungen der Reichsverfassung über das Wahlrecht. Hält man sich diese Tatsache gegenwärtig, so erkennt man den Sinn der Erklärung des leitenden Zentrumsorgans ohne Schwierigkeit.“

Hierdurch war dem Zentrum der schwerste Wortwurf der Scheinheiligkeit gemacht worden. Es wurde unterstellt, daß das Zentrum den Schein erwecken wollte, als sei ihm das Wahlrecht unantastbar, als lehne es jeden Diätenschacher ab, während es doch in Wahrheit bereit sei, Diätenschacher zu betreiben und das Wahlrecht zu verraten.

Bisher hat die Zentrumsprelle den Wortwurf dieses Lügenspiels geduldig ertragen. Es muß daher wiederholt die Frage erhoben werden: Was es der wahre Sinn der Erklärung der „Germania“, den die „Post“ unterstellt? War es der Sinn jener Erklärung, daß das Reichstagswahlrecht bei der Gewährung der Reichstags-Diäten nur insofern außer Diskussion stehe, als es durch die Verfassung festgelegt? War es der Sinn jener Erklärung, daß das Reichstagswahlrecht, soweit es durch die Bestimmungen des Wahlgesezes festgelegt ist, allerdings bei der Gewährung von Reichstags-Diäten einer Verschlechterung und Verstümmelung überliefert werden soll? Die Verfassung bestimmt lediglich, daß die Wahlen zum Reichstag aus allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen hervorgehen sollen. Alle anderen für das Reichstagswahlrecht entscheidenden Bestimmungen über Aufstellung der Wählerlisten, Wahlfähigkeitsalter u. beruhen im Wahlgesez.

Gegenüber den bestimmten Behauptungen der „Post“ und des Freiherrn v. Jeddly hat die Zentrumsprelle die Verpflichtung, sich ohne jede Zweideutigkeit über diese Frage zu äußern, wenn sie nicht will, daß in der Deffenlichkeit und insbesondere auch unter der katholischen Arbeiterschaft die Meinung platzgreift, daß das Zentrum bereit ist, wesentliche Bestandteile des Reichstagswahlrechtes trotz aller früheren Versicherungen um das Judasgeld der Diäten zu verraten.

Die preussische Regierung als Großaktionär. Die preussische Regierung hat nun doch den Entschluß gefaßt, an den Landtag das Ersuchen zu richten, ihr gütig die Mittel zur Verfügung zu stellen, um Großaktionärin einer Privatgesellschaft, der Bergwerksgesellschaft Hibernia in Hernö zu werden. Eine höchst komische Situation, für die in anderen Kulturstaaten vergeblich noch eine Analogie gesucht werden dürfte: der Staat, der den Kohlenbergbau beaufsichtigen soll, geht wie ein beliebiger Privatmann unter die Aktionäre und beteiligt sich mit Staatsgeldern an einer Aktienunternehmung — und zwar ohne einen Einfluß auf die Verwaltung dieser Unternehmung zu erhalten. Eine Rolle, die in ihrer Komik zur schärfsten Satire herausfordert. Aber was soll die Regierung in der Lage machen, in die sie die Genialität des Herrn Möller aus Bradwebe verlegt hat? Die rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenerzgruben nebst ihren Untermännern in der Berliner Hofmannstraße streuben sich gegen die Verstaatlichung der Hibernia, da sie sich ihr Ausbeutungsgebiet nicht verengern lassen möchten, und ernstlich den Herren entgegenzutreten, wagt das Ministerium nicht. Andererseits aber kann man die Dredner Bank auch nicht mit den zu hoch erworbenen Aktien entgegen dem von Herrn Möller verpfändeten Wort sitzen lassen. So soll denn das Heer der Steuerzahler der Regierung die Mittel liefern, Aktionärin zu spielen. Dem Landtag ist nämlich folgende Vorlage zugegangen:

Wir Wilhelm usw. verordnen unter Zustimmung beider Häuser des Landtages der Monarchie was folgt: § 1. Die Staatsregierung wird ermächtigt, von der Dredner Bank zu Berlin Aktien der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ zu Hernö im Nominalbetrage von insgesamt 27 552 500 Mark zu erwerben und zu diesem Zwecke einen Betrag bis zu 60 500 000 Mark zu verausgaben. § 2. Der Finanzminister wird ermächtigt, zur Vereinfachung der nach § 1 erforderlichen Geldmittel Staatsanleihe-Beschreibungen auszugeben. An Stelle der Staatsanleihe-Beschreibungen können vorübergehend Schapanweisungen ausgegeben werden. Der Fälligkeitstermin ist in den Schapanweisungen anzugeben. Der

Finanzminister wird ermächtigt, die Mittel zur Einlösung dieser Schatzanweisungen durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen und von Schuldverschreibungen in dem erforderlichen Umlaufbetrage zu beschaffen. Schatzanweisungen können wiederholt ausgeben werden. Schatzanweisungen oder Schuldverschreibungen, die zur Einlösung von fällig werdenden Schatzanweisungen bestimmt sind, hat die Hauptverwaltung der Staatskassen auf Anordnung des Finanzministers 14 Tage vor dem Fälligkeitstermin zur Verfügung zu halten. Die Verzinsung der neuen Schuldvariante darf nicht vor dem Zeitpunkt beginnen, mit dem die Verzinsung der einzulösenden Schatzanweisungen aufhört. Wann, durch welche Stelle und durch welche Beträge, zu welchen Zinssätzen, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kurfen die Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen verausgabt werden sollen, bestimmt der Finanzminister.

§ 3. Mit der Ausführung dieses Gesetzes werden unbeschadet der Vorschriften des § 2 der Finanzminister und der Minister für Handel und Gewerbe beauftragt.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Und komisch wie die ganze Rolle, welche die Regierung übernimmt, ist auch die offizielle Begründung, welche die „Schweizerischen Nachrichten“ veröffentlichten. In langen gebundenen Sätzen wird endlos das bekannte Lied variiert: „Wir müssen Einfluss auf das Kohlenhandels haben.“

„Näher als erwartet werden konnte“, heißt es in der Begründung, „hat die Entwicklung der Verhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriebezirk die königliche Staatsregierung dahin gedrängt, eine Verstärkung des staatlichen Einflusses durch den Erwerb von weiterem Bergwerkseigentum ins Auge zu fassen. Nachdem das rheinisch-westfälische Kohlenhandels durch den Vertrag vom 31. Dezember v. J. auf weitere zwölf Jahre (bis Ende 1915), gesichert und durch den gleichzeitigen Beitritt der sogenannten Häften-gegend und der sonstigen bisher noch außenstehenden Werke auf eine breitere Grundlage gestellt war, hat sich im laufenden Jahre nach manchen Richtungen hin eine bemerkenswerte Verschiebung der Kräfteverhältnisse in der rheinisch-westfälischen Industrie vollzogen. Eine erhebliche Anzahl von Werken wurde mit anderen größeren verschmolzen und sodann ist auch innerhalb der größeren Unternehmungen durch Uebergang bedeutenden Aktienbestandes in wenige Hände eine Bildung von Interessengemeinschaften zwischen großen Kohlen- und Eisenwerken sowie Kohlenhandels- und Hüttenbetrieben angebahnt worden. Dieser Entwicklung gegenüber den staatlichen Einfluss durch Ausdehnung des staatlichen Bergbaubetriebes zu verstärken, erschien als eine unabwendbare Notwendigkeit.“

Das beste Geschäft macht die Dresdener Bank. Sie erhält für die Aktien im nominellen Werte von 27 552 800 M. nach der Begründung 99 441 337 M., also ca. 252 Proz. Standen auch zuletzt die Aktien weit höher im Kurse, so dürfte doch die Bank den größten Teil unter 230 Proz. erworben haben. Allerdings die Regierung rechnet, um den Prozentfuß nicht zu hoch erscheinen zu lassen, anders. Sie rechnet nur einen Kurs von 241,88 Proz. heraus, den überschließenden Betrag erhält die Bank als Provision und Verzinsung.

Neues Reich in Südwestafrika.

Berlin, 21. November. Hauptmann v. Gahrke, Führer des Transportes 2., meldet in der Nacht vom 20. zum 21. November aus Swakopmund: „Gertrud Wörmann“ 15 Kilometer nördlich Swakopmund bei Nebel gestrandet. Wetter ruhig, Mannschaft größtenteils in Sicherheit. Hoffe Pferde und Ladung zu bergen.

In Bord der „Gertrud Wörmann“ befinden sich: Feldvermessungstrupp, 4. Ersatzkompanie, 2. Ersatzbatterie, zusammen 24 Offiziere, 382 Mann, 300 Pferde.

Der Kommandant S. M. S. „Bineta“ meldet über die Hilfeleistung bei dem sieben Seemeilen nördlich von Swakopmund im Nebel gestrandeten Transportdampfer „Gertrud Wörmann“: Die „Fährliche und Passagiere“ sind durch S. M. S. „Bineta“ an Bord genommen; desgleichen das Expeditionskorps. Sie sind nach Swakopmund gebracht. Es wird versucht, zunächst die Pferde, dann die Ladung an Land zu bringen. Leichter und Dampf Fahrzeuge sind in genügender Anzahl vorhanden. Wenn das Wetter gut bleibt, kann voraussichtlich der größte Teil der Ladung geborgen werden, während der Dampfer selbst wohl verloren sein wird.

Weitere Verluste.

Berlin, 20. November. Amtliche Meldung. An Typhus gestorben: Rudolf Fiesel, geboren 10. April 1875, am 20. Oktober in Grootfontein; Gefreiter Wilhelm Goller, geboren 6. Juli 1870, am 10. November in Windhut; Gefreiter Wilhelm Bruns, geboren 16. Januar 1882, am 24. Oktober in Epuliro; Reiter Georg Vogt, geboren 22. Januar 1884, am 16. November in Djinbinde.

An Herzschwäche gestorben: Reiter Wilhelm Ehme, geboren 13. August 1882, am 4. November in Djinmangombe infolge Herzschlages.

An Darmblutung gestorben: Reiter August Boithe, geboren 17. Juni 1882, am 4. November bei Djinmangombe.

Gefallen: Gefreiter August Steiner, geboren 5. Januar 1880, am 15. November bei Olatambala.

Bermittelt: Reiter Bruno Brudmann, geboren 2. Juni 1881, am 22. Oktober bei Dwikotorero beim Einziehen der Viehwache.

Berlin, 21. November. Amtliche Meldung. An Typhus gestorben sind: Reiter August Kulle, geboren am 12. Februar 1883, am 14. November in Epuliro; Reiter Erich Becker, geboren am 20. Januar 1882, am 17. November in Olatambala; Reiter Anton Bahlas, geboren am 20. Januar 1880, am 16. November in Waterberg.

Die Friedensheuchelei des Liberalismus.

Vjörnsterne Vjörnson hat in verschiedenen europäischen Blättern einen „Friedensheuchelei“ unterschriebenen Artikel veröffentlicht, den in seiner Montagsausgabe auch das „Berliner Tageblatt“, wie das Blatt selbst bemerkt: auszugsweise, abgedruckt hat. Es hat aber mit diesem Auszug eine eigene Verwindung. Es ist nämlich darin das für das deutsche Publikum Wichtigste und so recht für die Deutschen Gefährliche ausgelassen worden. Und so bildet dieser Auszug des „Berliner Tageblatts“ einen unwillkürlichen Beweis dafür, wie recht Vjörnson, gerade was die deutsche Bourgeoisie anbelangt, mit dem Vorwurf der „Friedensheuchelei“ hat.

Vjörnson weist in seinem Artikel zunächst auf die Gefahr hin, die die russische Eroberungs- und Unterdrückungspolitik, sowie die Trümmereien von einem überwindlichen russischen Weltreich, wie sie bei einem Teil der russischen herrschenden Klasse Eingang gefunden haben, für den Weltfrieden wie für die ganze westeuropäische Kultur bilden. Er kritisiert dann die Russifizierungspolitik der anderen Nationen, besonders der Deutschen und Franzosen. Ueber Deutschland sagt er folgendes, was das „Tageblatt“ unterschlägt:

„Wir sehen, wie Deutschlands große Dampfer teils geradezu an Rußland verkauft werden, um in Kriegsschiffe verwandelt zu werden, teils Kohlen zum Kriegsgebrauch für Rußland zusammenzuschleppen. Wir ahnen die unter der Hand gegebenen Auf-

munterungen, die es möglich machten, daß die russische Seerichtung bei den Grenzen gegen Deutschland ganz von Truppen entblieben konnte, damit Kriegsgüter und Kriegsmaterial nach der Mandtschurie geführt werden kann. Aber das geschieht ja alles im heiligsten Interesse des Friedens. So wird der russische Ritter (St. Georg) gerufen, damit er mit um so größerer Stärke den gelben Drachen fassen kann! Und damit wir dann Frieden kriegen.“

Hierauf folgt ein Absatz über Frankreich, den auch das „Tageblatt“ bringt und der so lautet:

„Die Milliarden, die das fleißige Frankreich gespart hat, und die ebenso wie sein Champagner auf den mandtschurischen Schlachtfeldern vergeudet werden, können sie vielleicht einem edleren Zwecke dienen? Sie sichern den Frieden, das erste und letzte Bedürfnis aller Zivilisation, aller Freiheit. Frankreich ist unser Schrittmacher, und wieviel Schönes verdanken wir nicht seinem Beispiel?“

Vjörnson sagt weiter — was unser Berliner Freisinn-

organ seinen Lesern wiederum vorenthält —:

„Wenn wir nicht weiter gekommen sind, als daß die großen Völker, zu denen wir emporgeliebt haben als zu den vornehmsten der europäischen Zivilisation, sich Rußlands Führung übergeben, sich hingeben, um Rußlands Rücksichtslosigkeit und gefährliche Gewalt zu stärken — wenn wir nicht so weit gekommen sind, daß wir Ehrerbietung und Mißgefäll für den Kampf der großen gelben Masse für ihre Heimat haben — wenn unsere Geldmacht und unsere Geschäftsmänner sich nicht der Gegenwart und der Zukunft gegenüber verantwortlos fühlen, sondern dem Uebelwillen zu immer größerer Nachsicht und Grausamkeit verfallen, als bekämen sie nur Geld und nicht zugleich auch Kinder, die einmal das sühnen müssen, was jene verbrochen haben — ja, dann müssen wir anderen Mißschickel daran haben.“

Hierauf folgen unter anderem kritische und anfeuernde Bemerkungen über die Friedensbewegung, die das „Tageblatt“ unverkürzt wiedergibt. Sie beginnen mit folgenden Worten:

„Unsere Friedensbewegung, die so wichtig ist, mit unseren Regierungen und Parlamenten an der Spitze, mit den wichtigsten Massen der Sozialisten aller Länder als Haupttruppe, diese Friedensbewegung — wahrhaftig, sie scheint jämmerlich ohnmächtig zu sein. Man muß glauben, daß sie schon vor lauter Phrasenschwall und Heuchelei in die Brüche gegangen ist.“

Wenn aber Vjörnson dann über die Unterdrückung der Angehörigen fremder Nationen innerhalb einzelner europäischer Staaten spricht, so unterschlägt das „Berliner Tageblatt“ wieder die auf Deutschland gemünzten Sätze:

„Es sollte nicht möglich sein, deutscher Friedensfreund zu sein und eine so große Gefahr, wie die elch-lothringische Frage mit sich zu schleppen, beständig weiter zu schleppen, ohne den Versuch einer Lösung zu machen; die Friedensfreunde sollten bereit sein, das zu erdulden, was es kostet, sich gegen ein nationales Vorurteil zu erheben. Des weiteren müssen sie Partei ergreifen gegen die unverantwortliche Unterdrückung der dänischen Sprache in Nord-Schleswig, der polnischen in Polen. Das Gespinnst mittelalterlicher Staatsbildung muß nicht länger den Geist erwürgen können. In unseren Tagen gewinnt man mit diesem Geist nichts als Haß und Kriegsgeschrei.“

Vjörnson verfolgt mit seinem Artikel hauptsächlich den Zweck, die einzelnen Nationen auf ihre eigenen Sünden, die den Fortschritt der Friedenssache hemmen, aufmerksam zu machen. Wenn es nun in allen Ländern so gemacht wird, wie es das „Berliner Tageblatt“ macht, und gerade die Stellen unterschlagen werden, die sich auf das eigene Land beziehen, so muß der Zweck selbstverständlich verfehlt werden und jedes Land kann dann auf den Nachbar deuten und sagen: „Was ist der doch für ein Säufler!“

Der große norwegische Dichter und Friedensapostel fühlt sich auch veranlaßt, den Sozialismus, von dem er schon oft viel Anerkennenswertes gesagt hat, anzugreifen, was selbstverständlich das „Tageblatt“ nicht verschweigt, wir aber auch keine Ursache haben zu verschweigen. Er sagt in seinem Artikel:

„Aber unmittelbar hinter dem verderblichen Einfluß, den der Aberglaube der Staatsraison auf die Volksseele übt, kommt die verbrecherische Saat (in „Politiken“ heißt es „sondige Saat“ — „sündhafte Saat“) des Klassenkampfes. Ohne Zweifel müssen wir die Hoffnung dauerhaften Friedens auf die Sozialisten gründen. Aber was richten die nicht alles mit ihrem Klassenkampf an! „Krieg gegen alle anderen Klassen!“ Wieviel krankhafte Wünsche, wieviel niedrige Lüste erweckt nicht der Klassenkampf und wie brutal macht er die Gesellschaft! In einer solchen Atmosphäre wird der Krieg nie aussterben können. In einer solchen Atmosphäre ist jedes Mißgefühl mit den Opfern des Krieges vernichtet. Wäre dies nicht der Fall, so würde die ganze Seelenempörung in allen europäischen Staaten schon allgemein und stark genug sein, um den Regierungen Furcht einzujagen und sie zu zwingen, sich ins Mittel zu legen.“

Wir fühlen uns nicht veranlaßt, uns mit Vjörnson über das Verbrecherische oder Sündhafte, was er in der total un- und mißverständlichen Theorie des Klassenkampfes zu finden meint, auseinanderzusetzen. Wenn er aber die Verstimmlung seines Artikels im „Tageblatt“ gewahrt wird, dann wird er wohl begreifen, warum die deutsche Sozialdemokratie keine besondere Liebe für das deutsche Bürgertum empfindet, dessen freisinniges Organ jämmerlich alles unterschlägt, was die Friedensheuchelei im eigenen Lande betrifft, selbst in einem Fall, wo, wie hier, das Blatt nicht selbst, sondern ein anderer die Verantwortung übernimmt.

Deutsches Reich.

Revolutionäre Umtriebe. Wegen revolutionärer Umtriebe soll nach dem Wortlaut des Ausweisungsbefehls die russische Studentin Janina Veron löstig geworden sein. Jetzt enthält das „Berliner Tageblatt“, worin die revolutionären Umtriebe befanden haben.

Janina war wirklich nicht so schuldlos, wie es im ersten Augenblick den Anschein hatte; die etwas erzentiische Russin lebte in einer Umgebung, deren Tum und Treiben der Polizei als verdächtig bekannt war, und selbst der Vater Janinas war erschüttert, als er bei seiner Ankunft in Berlin hörte, in welcher Gesellschaft sich seine Tochter bewegt hatte. In der Heimat war Fräulein Veron weit entfernt, sich mit anarchistischer Literatur zu beschäftigen. Im Hause ihrer wohlhabenden Eltern wurde Janina, die jüngste von sechs Töchtern, auf das sorgfältigste erzogen (?) und niemand von ihren Angehörigen ahnte, auf welchen Wegen man dem jungen Mädchen einst begegnen sollte. Janina hatte es daheim unter ihrer Würde gehalten, auch nur einen Finger an eine grobe Arbeit zu rühren, und in Berlin lebte sie mitunter elender als die ärmste Proletierin. Wohin der monatliche Zuschuß von zweihundert Mark gewandert ist, den ihr der Vater pünktlich sandte, ist unerfindlich; Janina selbst gönnte sich kaum satt zu essen, und ihre Garderobe war bei der Ankunft des Vaters in so trostlosem Zustande, daß in der Eile erst neue Kleidung gekauft werden mußte.

Daß die Tochter eines reichen Mannes, die daheim grobe Arbeit unter ihrer Würde gehalten hat, proletarisch zu leben beginnt und ihr Geld für andere Zwecke ausgibt als für Garderobe — das ist allerdings für das Polizeigewand des „Tageblatts“ außerordentlich verdächtig. Aber durch das Strafgesetzbuch ist die grobe Arbeit und die schlechte Kleidung von Personen, die es eigentlich „ist“ nicht haben, doch nicht verboten, und läßt sich nicht als Verbrechen anklagen. Die nette Kotz soll offenbar den Mikariff der Polizei entschuldigen; sie habe die Tochter des reichen Mannes eben für eine Proletierin halten müssen, und habe sich deshalb keine Rücksicht aufgelegt.

Reichstags-Arbeit. In der Presse verläutet, daß dem Reichstags bei seinem Zusammenritt alsbald die neuen Handelsverträge vorgelegt werden sollen, auch wenn der Vertrag mit Oesterreich-Ungarn noch nicht fertig gestellt ist. Ueber verschiedene der Armeebetreffende Gesetzentwürfe wird mitgeteilt: Das Offizier-, Pension-, und das Mannschafts-Versorgungs-Gesetz, das dem Reichstags gleichzeitig mit dem Gesetzentwurf wegen einer Festsetzung der Friedenspräsenzstärke sofort bei seinem Wiederzusammentritt zugehen wird, dürfte nach vorausichtlich kurzer Beratung einer Kommission überwiesen werden. Wie man weiter hört, wird es auch an Besuchen nicht fehlen, die dahin gehen sollen, um gleichzeitig die Veteranenfürsorge einer abschließenden Behandlung entgegen zu führen. An der Fertigstellung eines neuen Erbvertrages wird an den zuständigen Stellen mit allem Eifer gearbeitet. Es läßt sich aber noch nicht übersehen, ob der Entwurf dem Reichstags schon im nächsten Tagungsabschnitt zugehen wird.

Lippe. Einen kritischen Rückblick über den Verlauf der Lippe-Affäre wirft die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, indem sie, von ihrem reaktionären Standpunkte, die Zerrüttung der gegenwärtigen Zustände beklagt:

„So errentlich dieser Ausgang für das deutsche Volk ist, so unerfreulich ist er für die Krone Preußen. Denn es ist nunmehr alles eingetreten, was der König von Preußen noch vor wenigen Wochen nicht hatte anerkennen wollen. Graf Leopold wird als rechtmäßiger Regent des Fürstentums anerkannt. Ja, selbst für den Fall, daß der geisteskranke Fürst vor Erledigung der Streitfrage sterben sollte, bleibt er Regent. Die Truppen werden auf seine Person vereidigt, gerade wie seinerzeit, als der Schwager des Kaisers die Regentenschaft übernahm. Wenn es am 26. September hieß, ich lasse auch das Militär nicht vereidigen“, so telegraphiert der Kaiser am 18. November, ich habe die Vereidigung der Truppen des Fürstentums auf Ihre, des Regenten Person, befohlen und lege Sie davon hiermit in Kenntnis. Wenn der Ton des Telegramms auch noch der alte ist — jede Anrede und jeder Titel wird vermieden — so ist doch der Inhalt grundverschieden. Die Krone Preußen hat eben vollständig ihren früheren Standpunkt aufgegeben.“

Al die Aufregung, all die Unruhe, all das Unbehagen, das die Lippefrage aufgerührt hat, hätte also vermieden werden können, wenn der verantwortliche Ministerpräsident sich rechtzeitig über die Auffassung im Bundesrat informiert und dementsprechend seinem Herrn geraten hätte. Aber wahrscheinlich hat er dazu gar keine Gelegenheit gehabt. Das Telegramm ist in Rominten aufgegeben worden, ohne daß der Kanzler, der in Homburg weilte, eine Ahnung davon hatte. Das ist das Verdauerliche und Bedenkliche an der ganzen Sache, daß sie weit über die Bedeutung einer Meinungsverschiedenheit zwischen dem König von Preußen und einem anderen Bundesfürsten emporhebt. Wichtige politische Anordnungen werden getroffen, ohne daß der verantwortliche Minister davon benachrichtigt, geschweige denn um seinen Rat gefragt wird. Es ist ein Zeichen des persönlichen Regiments, das trotz aller Anerkennung der konstitutionellen Einrichtungen bei uns weiter besteht. Wir haben auch gar keine Garantie, daß das, was sich früher in Swinemünde und Leghain in Rominten ereignete, sich demnächst nicht an einem anderen Orte, in einer vielleicht viel wichtigeren Sache wiederholen wird.

Die Zukunft des zurückgetretenen gothaischen Ministers Gentig, über die in der Presse gegenwärtig geschrieben wird, soll nicht direkt zum Hofe führen; er soll nicht Lucanus ersuchen. Vielmehr werde er, dem „All. Journ.“ zufolge, die immer mehr üblich werdende Ministerkariere einschlagen und die Leitung eines industriellen Werks übernehmen.

Ein neuer Ständeherr. In die Erste sächsische Ständekammer wurde der Finanzrat a. D., früherer Leiter der Knappschaft Werke, jetziger Vorsitzender des Aufsichtsrates der Dresdener Bank Dr. Jende berufen. Die Versammlung gilt als ein Entgegenkommen gegen die sächsische Großindustrie, welche Klage führt über ungenügende Vertretung in der agrarisch beherrschten Ersten Kammer. Bei der letzten Reichstagswahl ist Dr. Jende als Kandidat der verbündeten „Ordnungs“partei gegenüber ihrem verstorbenen Genossen Rosenow aufgestellt gewesen. Das Volksurteil bedauerte sich für den Mann des Zentralverbandes der Industriellen. So wurde er für die Kammer „der Herren“ reif.

Stuttgart, 21. November. (Privattelegramm.) Bei der Erziehung zum Württembergischen Landtag im Bezirk Mergentheim erhielt von 402 abgegebenen Stimmen der Rompromigandlat der vereinigten Nationalliberalen und Demokraten Oberförsterrat Keller 232, der Kandidat des Bundes der Landwirte Mitnacht 154 und der Kandidat des Zentrums Landwirt Deuffer 104 Stimmen. Es findet also Stichwahl zwischen Mitnacht und Keller statt. Man sieht diesen Wahlausgang als das Resultat einer bereits vor der Hauptwahl zwischen dem Zentrum und den Wählern getroffenen Vereinbarung an. Das Zentrum sah bereits, daß es selbst in einer Stichwahl gegen die evangelische Mehrheit des Kreises unterliegen würde und soll daher den Bund der Landwirte zur Aufstellung eines eigenen Kandidaten inspiriert haben; dieser erhielt bei der Hauptwahl auch die reinen Wählerstimmen und wird bei der Stichwahl auch die Zentrumstimmen erhalten. Wird nach dieser Berechnung der Bund der Landwirte siegen, so kann sich das Zentrum den Wahlausgang als politischen Erfolg anrechnen. Der Bund der Landwirte und speziell der Mergentheim gegenwärtig von der Zentrumsnade abhängige Kandidat werden einer Verfassungsrevision, die den Zentrums einfluß schwächt, sicherlich nicht zustimmen. Gelingt es also den vereinigten Liberalen nicht, bei der Stichwahl genügende Reserven heranzuziehen, so ist die schon sehr fragwürdige Zweidrittel-Mehrheit für die Verfassungsrevision noch um eine weitere Stimme vermindert.

Gelsenkirchener Wasserwerks-Prozess.

Essen, den 19. November. (Fig. Ber.) Die heutigen Verhandlungen erbrachten zunächst wieder eine technische Auseinandersetzung über die Kommunikation zwischen den verschiedenen Brunnen, Maschinen etc. Es soll dadurch erwidert werden, ob das an den verschiedenen Stellen gewonnene Wasser Zutritt zu dem gesamten Rohrnetz hat. Nach den Anlagen ist das gut möglich, ob es im vorliegenden Falle geschehen ist, hängt von der Schieberstellung ab. Klarheit hierüber konnte aber wiederum nicht geschaffen werden; die Gutachter werden sich später darüber eingehend auslassen. Die Frage ist, wie schon betont, von einschneidender Bedeutung. Die Anlage geht nämlich aus von der Voraussetzung der Kongruenz zwischen dem Versorgungsgebiet bei der Epidemie von 1901 im Gelsenkirchener Bezirk und dem Rohrnetz des Wasserwerks.

Interessant gestaltete sich die Vernehmung des Wasserwerksdirektors Winded, der vom 1. Januar 1887 bis Mitte 1888 Leiter des Gelsenkirchener Werkes war. Es kam mehrfach zu Auseinandersetzungen mit dem Angeklagten Schmitt. Nach den Befundungen Winded wird die von den Angeklagten immer betonte Harmlosigkeit bei der Entnahme von Auftragswasser widerlegt, letztere aber auf ein ganz kleines Quantum reduziert. Als Winded nämlich kurz nach seinem Eintritt Kenntnis von der Benutzung eines Strohrohrs erhielt, ist er sehr erregt geworden; sofort hat er dem Aufsichtsrat eine diesbezügliche Vorlage gemacht und ungeachtet Pflanzens in Angriff genommen. Das Strohrohr hat Winded sofort gesperrt, die Schieberstellung abnehmen lassen. Schmitt müsse davon Kenntnis erhalten haben.

Schmitt bestreitet das; W. habe das Strohrohr gar nicht gesperrt, es sei immer Auftragswasser verbraucht worden. Während der Auseinandersetzung macht der Vorsitzende den Schmitt darauf aufmerksam, daß er früher die Anlage des neuen Strohrohrs immer in das Jahr 1886/87 verlegt habe, nun soll es auf einmal erst 1902 angelegt sein.

Zeuge Winded erklärt weiter, nach der von ihm vorgenommenen Anlage des Filterkanals sei eine Verwendung von Auftragswasser nicht erforderlich gewesen. — Schmitt behauptet wieder

das Gegenteil; Prof. Holz gibt darauf einige technische Aufklärungen, die die Angaben Winded bestätigen. Auf Befragen erklärt er, das Stichoer darum gesperrt zu haben, weil er ganz selbstverständlich die Entnahme von Nährwasser für unzulässig gehalten habe. Winded bestätigt im allgemeinen die Angaben Winded, im Gegensatz zu einer Behauptung des Schmitt. Dieser behauptet auch, W. habe einen strittigen Brannen angelegt, Winded meint dagegen, W. habe diesen Brannen entfernt. Von einem anderen Brannen, der auf einer Zeichnung eingetragen ist, die von W. unterzeichnet ist, behauptet W., er sei erst nachträglich eingezeichnet.

Zwischen Schmitt und Winded ergeben sich noch weitere Widersprüche, so behauptet ersterer, er habe das alte Stichoer sperren lassen; W. bleibt entschieden bei seinen Behauptungen und wird darin im wesentlichen von dem nachfolgenden Zeugen, dem früheren Betriebsführer auf dem Gelsenkirchener Wasserwerk, Grothe, unterstützt. Winded hat vor seinem Abgange dem Aufsichtsrat weitere Anlagen dringend empfohlen, ist damit aber abgewiesen worden.

Als Grothe Kenntnis von dem Stichoer erhielt, ist die Sache sehr geheimnisvoll behandelt worden.

Der Staatsanwalt beantragt die Vorlegung der Protokolle der Aufsichtsratsitzungen. Das Gericht beschließt dementsprechend.

Zu einer Abend Sitzung werden zuvörderst Dispositionen getroffen, um möglichst am Montag mit der Zeugenernehmung zu Ende zu kommen und die Verhandlungen nicht noch über die nächste Woche hinaus auszudehnen.

Unternehmer Simons hat verschiedene Rohranlagen für das Wasserwerk ausgeführt, Einzelheiten sind ihm nicht mehr gegenwärtig.

Zeuge Unternehmer Dänkenberg bestreitet die Behauptungen des Angeklagten Schmitt betreffend Verunreinigung der Filteranlagen und dadurch auch der Leitungen, infolge von Ueberschwemmungen, die Fäkalien von Schweinen, Hühnern und einer Anzahl von Dänkenberg beschäftigten polnischen Arbeiter enthielten. Dänkenberg bemerkt auf Anfrage, daß er im August 1902 von Schmitt in Wiesbaden auf der Straße angesprochen worden sei, Schmitt habe die Rede auf die Epidemie gebracht und sich an Hand einer Notiz in der „Rhein- u. Westf. Zeitung“ über angebliche Verunreinigungen der Anlagen auf der linken Ruhrseite erkundigt. Er (Zeuge) habe solche Verunreinigung bestritten und Schmitt erklärt, es seien nur ausgepumpte Wasser durchgebrochen. Schmitt hat obige Angaben in einer Verteidigungsschrift niedergelegt. Auf eine Frage des Vorsitzenden, wie er zu den Angaben gekommen sei, verweigert Schmitt die Aussage.

Zeuge Kowatzky bestätigt im allgemeinen die Angaben des Vorzeugen.

Die Verhandlungen werden auf Montag vertagt. —

Ausland.

Frankreich.

Einigkeitöverhandlungen.

Paris, 19. November. (Fig. Ver.) Die sozialistische Einigkeitskommission hat am 15. November eine Vorversammlung abgehalten, an der sich zunächst nur die Delegierten der P. S. de F. (revolutionäre Sozialisten) und der P. S. F. (Zentralisten) beteiligten.

Es galt ja zunächst, die Vertretung der „Revolutionär-sozialistischen Arbeiterpartei“ (Allemanisten) und der autonomen, d. h. keiner Landesorganisation angehörenden Departementsföderationen zu regeln. In dieser Beziehung wurde nun beschlossen, diejenigen Föderationen zu den Einigkeitöverhandlungen zuzulassen, die nachweislich schon vor dem Amsterdamer Kongress konstituiert waren und die Beschlüsse der internationalen Kongresse als Grundlage der Einigkeit anerkennen. Jede dieser autonomen Föderationen soll in der Einigkeitskommission durch einen Delegierten vertreten sein. Die kleine allemanistische Partei-Organisation erhält ebenso viele Vertreter wie die beiden großen Landesparteien, wobei die Stärke jeder Parteivertretung auf sieben Kommissionsmitglieder herabgesetzt wurde (anstatt der früher gewährten 15 gliedrigen Delegationen).

Von wichtiger Bedeutung ist der einstimmig gefasste Beschluß der Vorversammlung, die schiedsrichterliche Entscheidung des Internationalen Sozialistischen Bureaus anzuerkennen, „über jede wichtige Frage, die einen als unersöhnlich erachteten Meinungsgegenstand hervorrufen sollte.“ Man denkt dabei selbstverständlich vor allem eventuell an die Bloc-Frage — falls, wie jetzt hinzugefügt werden darf, das Cabinet Combes nicht inzwischen das Zeitliche gesegnet hat.

Die erste vollständige Versammlung der Einigkeitskommission findet am 29. November statt im Saal des Zentralrates der P. S. de F. —

Amerika.

Die neue Friedenskonferenz.

WSh, 21. November. Der „Albionischen Zeitung“ wird aus Berlin von heute gemeldet: Die von Amerika ausgegangene Einladung zu der Haager Konferenz hat wohl überall in der Welt sympathischen Widerhall gefunden. Wie wir hören, hat die englische Regierung sich im Grundsatz mit der Einberufung der Konferenz einverstanden erklärt unter Vorbehalt einer genaueren Feststellung des Zeitpunktes und des Programms der Verhandlungen. Die deutsche Regierung hat zugestimmt, ohne schon jetzt auf Einzelheiten einzugehen. In dem Sinne wie Deutschland und England haben bereits die meisten Staaten geantwortet. Auch Rußland ist zur Teilnahme an der Konferenz bereit, falls die Verhandlungen auf einen Zeitpunkt nach Beendigung des Krieges angesetzt werden. Ueber die Stellungnahme der Japaner ist noch nichts Sicheres zu erfahren gewesen. —

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Die Lage vor Port Arthur.

Schanghai, 19. November. („Bureau Reuter.“) Ein wütender Angriff auf Port Arthur wurde am 17. d. M. wieder unternommen und es heißt, die Japaner hätten einige Minengänge in wichtigen Stellungen besetzt.

Eine Tokioer Drahtung der „Times“ besagt, nichtamtliche aber augenblicklich zuverlässige Berichte lassen erwarten, daß die Japaner am 17. November die Kontor-Escarpen der Forts Erhunglanshan und Sungschuan in die Luft sprengten, aber nicht die Mine am nördlichen Kilwanfan-Port entzündeten, da der Feind die dortige Kontor-Escarpe-Galerie nicht geräumt hatte. Diese Explosionen richteten viel Schaden an und verursachten starke Verluste, aber den erwähnten Berichten zufolge sind die genannten Forts noch uneingenommen.

Tokio, 20. November. (Mündliche Mitteilung.) Die Armee vor Port Arthur berichtet, daß die Beschießung mit Schiffsgeschützen die Explosion eines russischen Pulvermagazins beim Arsenal herbeiführte. Die Tätigkeit bei den Angriffen auf die Forts schreitet dem Plane gemäß fort.

Vom mandchurischen Kriegsschauplatz.

Peterburg, 20. November. Der Korrespondent der „Wirschewo Wedomosti“ meldet aus Wladschok vom 19. abends: Die in der vergangenen Nacht begonnene heftige Kanonade hat noch nicht aufgehört. Die Japaner griffen die vorgeschobenen Versuchsanlagen auf dem Putilow-Hügel wiederum an, doch wurde der Angriff unter sehr großen Verlusten des Feindes zurückgeschlagen. Man bemerkt auf dem rechten Flügel, daß die Japaner starke Truppenabteilungen vorschoben, anscheinend in der Absicht, am Schabo angzugreifen. Unsere Artillerie zwang den Feind zum Rückzuge. Auf der Disfront rückte eine starke Abteilung vor, um unsere Pläne zu umgehen. Es ist noch nicht bekannt, ob es wirklich die Vorhut einer großen Truppenabteilung ist oder eine Kriegsliste vorsteht, welche die Japaner gewöhnlich anwenden in der Hoffnung, daß wir unser Zentrum auslösen werden. In der Armee herrscht die feste

Ueberzeugung, daß wir Nutzen behaupten werden. Der Geist der Armee ist ausgezeichnet.

Tokio, 20. November. (Bur. Reuter.) Die zunehmende Tätigkeit am Schabo scheint auf das nahe Vorwachen einer großen Schlacht hinzudeuten. Die Scheinbewegungen der Russen haben offenbar den Zweck, die Japaner vorzuloden; ihre Angriffe wurden sämtlich zurückgeschlagen, doch scheinen die Japaner ihre Erfolge nicht ausgenutzt zu haben. Das Hauptquartier hat gestern folgenden Bericht des Marschalls Djama vom 18. d. M. erhalten: Heute bei Tagesanbruch machte eine feindliche Abteilung einen Angriff bei Dzinglungtan, wurde aber zurückgeschlagen. Seit heute vormittag unterhält der Feind aus der Nähe von Schabopau auf unsere Stellungen ein indirektes Feuer mit Mörsern und Feldgeschützen, hat aber keinen Schaden angerichtet. Bei Hsiamantjou wurde eine russische Infanterieabteilung entsetzt und von uns beschossen, worauf sie in Verwirrung nach einem nahegelegenen Dorfe floh.

Ein deutscher Blockadebrecher abgefangen?

Tokio, 21. November. (Meldung des „Reuterschen Bureaus.“) Das Marine-Amt gibt bekannt: Am 19. d. M. um 3 Uhr früh sichtete ein auf der Höhe von Pentas kreuzendes Geschwader das deutsche Dampfschiff „Vatelan“, das in der Richtung nach Port Arthur fuhr. Das Kanonenboot „Tatsuta“ verfolgte und überholte um 5 Uhr früh den „Vatelan“, der eine große Menge Winterkleider, Decken, Medizin und konserviertes Rindfleisch an Bord hatte. Der Kapitän erklärte, er gehe nach Kutschwang, doch wurde die von ihm verfolgte Route und die Natur der Schiffsladung für verdächtig angesehen und das Schiff deshalb beschlagnahmt und nach Sasebo gebracht.

Aus Industrie und Handel.

Herr August Thissen, der bekannte Industrieführer des rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenreviers, hat, wie manche andere Könige auch, die Schwäche, recht viel von sich reden zu machen, und dieses Bedürfnis wissen seine Getreuen in der Presse geschickt auszunutzen. Fast täglich findet man in irgend einem kapitalistischen Blatt oder Blättern die „kraftvolle“, „geniale“, „einzige“ Persönlichkeit des Herrn Thissen gerühmt und als deutsches Pendant neben die Pierpont Morgan, Rockefeller, Carnegie usw. gestellt — worin wir, nebenbei bemerkt, nach unserer Ansicht eine recht zweifelhafte Ehrenbezeugung erblicken. Herr Thissen scheint aber diese Lobhudelei noch immer nicht zu genügen. Er ist höchst eigenhändig bemüht, den Mäthern noch mehr Stoff zur Erwähnung seines Namens und seiner Thaten zu liefern. So haben vor einigen Tagen mit Aplomb die Firma Thissen u. Co. und die Gewerkschaft Deutscher Kaiser, d. h. ebenfalls Herr Thissen, die eigenartige Erklärung erlassen, daß sie Banden für fünfzig nicht mehr zu den feilherigen verlustbringenden Preisen abgeben wollen. Was soll dieses Hinausposaunen einer nur bestimmte enge Geschäftskreise interessierenden Angelegenheit? Was soll überhaupt die Erklärung besagen? Darüber ist sich doch jedermann klar, daß auch nach dieser Erklärung die Firma Thissen noch vollständig freie Hand hat, denn sie vermeidet es wohlweislich, einen Preis anzugeben, zu dem sie verkauft. Und es ist auch nicht anzunehmen, daß sie ihre Preise höher als diejenigen der Vereinigung der Banden-Walzwerte setzen wird, denn sonst blieben ja die schönen Aufträge aus.

Aber die Sache wird noch kühner dadurch, daß, wie der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ gemeldet wird, die Firma Thissen sich noch erst wenige Tage vorher mit recht erheblichen Aufträgen vermuthlich zu den noch unzulässigen Preisen versorgt hat und damit dem Markt für die nächste Zeit das Gepräge gegeben hat. Der Markt ist durch die billigen Vorverkäufe für die nächste Zukunft ebenfalls „unterminiert“ und die durch die Firma Thissen u. Co. ausgesprochene Preiserhöhung hat im Grunde nur statischen Wert. Von jetzt bis zum 31. Dezember haben es auch die Stahlwerke nicht nötig, große Posten zu verkaufen und am 31. Dezember können sich die Zustände wieder ändern. Aber es ist doch gar zu schön, in der Presse zu lesen: „Herr Thissen tritt kraftvoll der Schleuderkonkurrenz entgegen!“

Die Arbeitslosigkeit im Maschinenbau hat sich in letzter Zeit wesentlich vermehrt. Sowohl der inländische Markt als auch das Ausland ist wieder aufnahmefähiger, abgesehen vom Ausland. Im allgemeinen ist in den Betrieben, die Spezialitäten herstellen, die Arbeitsmenge reichlicher als in den übrigen Maschinenfabriken. Wirklich gehoben hat sich z. B. der Beschäftigungsgrad im Kesselbau. Sowohl nach Industriezweigen als nach Schiffszweigen ist die Nachfrage im Steigen begriffen. Die Steigerung des Umsatzes im Schiffszweigen hängt eng zusammen mit der erhöhten Tätigkeit auf den Schiffswerften, wo auch die kleineren Betriebe wieder über befriedigende Aufträge verfügen. Der Dampfmaschinenbau liegt nach wie vor noch danieder. Immer mehr Betriebe gehen dazu über, den Bau von Dampfmaschinen und Gasmotoren aufzunehmen. Freilich dürfte es den kleineren Betrieben nur schwer möglich werden, im Dampfmaschinenbau große Erfolge zu erringen, da hier Werke wie die Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft die Fabrikation in einem solchen Umfang aufgenommen haben, daß ein erfolgreicher Wettbewerb so gut wie ausgeschlossen ist. Gut beschäftigt sind die Lokomotivfabriken. Selbst in den Betrieben, die vor kurzem noch über ungenügende Aufträge sich beklagten, hat sich die Beschäftigungslage gebessert. Nach Arbeitsmaschinen für einzelne Gewerbe ist die Nachfrage gleichfalls steigend. Sogar aus dem Mühlenbau und der Zuckerindustrie gehen wieder mehr Aufträge ein. Besonders reichlich ist aber der Absatz von landwirtschaftlichen Maschinen. Der Inlandsabsatz hierin ist so gewachsen, daß die Abnahme der Ausfuhr, die gegenüber dem Vorjahre eingetreten ist, kaum beachtet wird. Nur die Fabriken, die mit Rußland in geschäftlicher Verbindung stehen, werden von dem starken Rückgang empfindlich in Mitleidenschaft gezogen. Auch im Fahrrad- und Automobilbau wird eine beträchtliche Steigerung der Umsätze festgestellt. Im Anschluß an die Besserung des Beschäftigungsgrades hat sich der Arbeitsmarkt der Metallarbeiter derart gebessert, daß das bis vor kurzem noch starke Ueberangebot fast verschwunden ist. Günstig ist speziell der Arbeitsmarkt in Berlin.

Schiffahrtshindernisse. Infolge der in letzter Zeit eingetretenen Besserung des Wasserstandes hat sich der Schiffverkehr auf der Oder außerordentlich lebhaft gestaltet, denn alle Röhne, die während des Sommers festgelegt haben, sind nun endlich in Fahrt gekommen. Für die Fahrzeuge, welche den Ober- und Unter-Elbe passieren müssen, entsteht aber ein neuer langer Aufenthalt an den Fürstberger Schleusen. Es befinden sich dort ungefähr 350 für Berlin und darüber hinaus bestimmte Röhne, die auf das Durchschleusen warten. Trotz der von der Strombauverwaltung angeordneten Nachsicht werden innerhalb 24 Stunden nicht viel mehr als 30 Röhne durchgeschleust. Der tägliche Zugang ist mindestens ebenso stark; auf eine Verminderung des Schleusenranges kann also in absehbarer Zeit nicht gerechnet werden, so daß die Schiffer wiederum zitta bei Tage stillliegen müssen. Die Situation ist um so bedenklicher, als bei der vorgeschrittenen Jahreszeit täglich der Eintritt von Frostwetter zu befürchten ist; in Schlesien war in der Tat die Temperatur am Mittwoch und Donnerstag vergangener Woche bereits unter den Gefrierpunkt gesunken. Die Berliner Handelskammer hat deshalb beim Regierungspräsidenten in Potsdam beantragt, die Leistungsfähigkeit der Schleusen dadurch zu erhöhen, daß Schleppdampfer angeworben werden, die das An- und Abbringen der Fahrzeuge beschleunigen. Auch durch eine weitere Vermehrung der Arbeitskräfte wird sich wohl eine schnellere Behandlung der zu durchschleusenden Röhne erreichen lassen.

Gewerkchaftliches.

Koalitionsrecht, Koalitionspflicht, Koalitionszwang.

Die „Nachzeitung der Tischlermeister“ veröffentlicht einen zwei Spalten langen angeblichen Brief eines angeblichen Tischlergesellen, der die abgehandene liberale Weisheit vom

freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte auf das Arbeitsverhältnis anwendet. Der angebliche Geselle ist ein ausgeprochener Feind des Streiks, wie überhaupt des solidarischen Vorgehens der Arbeiter. Nur für sich allein will dieser Geselle der „Nachzeitung“ unter Ausnutzung der Konjunktur Forderungen stellen, und die Redaktion sagt dazu schmunzelnd: „Wenn derartige Anschauungen allgemeiner in diesen Kreisen (der Gesellen) verbreitet wären, so würde eine Verständigung in allen Stücken leichter zu erzielen sein.“

Das glauben wir, daß „solche Anschauungen“ den Unternehmern gefallen. Wenn sie allgemein unter den Arbeitern verbreitet wären, dann bedürfte es gar keiner Verständigung, sondern die Unternehmer könnten einfach die Arbeitsbedingungen bestimmen. Zum Glück für die Arbeiter sind „solche Anschauungen“ in ihren Kreisen aber gar nicht verbreitet, und ehe wir den „Nachzeitungs“-Gesellen nicht kennen lernen, vermuten wir, daß er der Redaktion oder dem Mitarbeiterstab des Blattes angehört. Obendrein ist dieser Mitarbeiter ein recht ungeschickter Mann, denn er hat seiner Redaktion ein arges Rudel in die Hand gelegt. Der Mann schreibt nämlich, er sei nicht grundfährlich gegen das Koalitionsrecht, aber gegen die Koalitionspflicht. Das heißt, er will nicht, daß es in Arbeiterkreisen als Pflicht gilt, sich zur gemeinsamen Wahrnehmung von Berufsinteressen zu vereinigen.

Bedauerndwerte „Nachzeitung“, die ihren eigenen Auftraggebern ins Gesicht schlägt. Die „Nachzeitung“ ist das Organ der Berliner Tischlerinnung, die wie alle Zwangsvereinigungen auf dem Gebiet der Koalitionszwang beruht. Die „Nachzeitung“ ist auch das Organ vieler Arbeitgebervereinigungen der Holzindustrie, und diese Vereinigungen haben gerade in dem gegenwärtigen Kampf bewiesen, daß sie die Koalitionspflicht zum Prinzip erheben. Wie haben die Führer der Holzindustriellen dafür agitiert, daß alle Berufsangehörigen die Aussperrung mitmachen und wie rüchloslos gehen sie gegen diejenigen vor, welche sich der Koalitionspflicht entziehen. Wenn also „solche Anschauungen“, wie sie der „Nachzeitungs“-Geselle vertritt, maßgebend sein sollen, dann müßten die Holzindustriellen ihre vielen Interessentenvereinigungen schleunigst auflösen.

„Solche Anschauungen“ werden wohl in Unternehmerkreisen nicht platzgreifen, und deshalb denken auch die Arbeiter nicht daran, ihre bewährten Ansichten abzutun und sich „solchen Anschauungen“ zuzuwenden. —

Berlin und Umgegend.

Die Ausperrung in der Metall-Industrie

hat auch jetzt noch keine Veränderung der Situation zeitigt. Wie die „Arbeiter-Zeitung“ berichtet, wurde kürzlich in einer Versammlung der Röhnenarbeiter folgende Resolution angenommen:

„Die Generalversammlung der Vereinigung Berliner Metallwaren-Fabrikanten nimmt Kenntnis von dem gegenwärtigen Stande des Streiks. Sie erklärt, daß sie in Anbetracht der weit vorgeschrittenen Saison kein dringendes Interesse an einer schleunigen Beendigung des Streiks hat. Da die Versammlung sich in der Behandlung der vorstehenden Fragen mit der Vertrauenskommission durchaus einig ist, so hält sie eine Versammlung in der nächsten Zeit nicht für notwendig.“

In der gestrigen Streikerversammlung charakterisierte Wiesen-Hal diese Resolution als einen bloßen Scherz, mit dem die Fabrikanten nach außen hin den Anschein zu erwecken suchen, als sei ihnen der Streik jetzt, da die sogenannte Weihnachtskonjunktur doch nicht mehr ausgenutzt werden könne, bereits gleichgültig geworden. Bei den Streikenden und Ausgesperrten könne damit aber um so weniger Eindruck gemacht werden, als diese bei dem vorjährigen Streik erfahren haben, wie intensiv die Fabrikanten darauf losproduzieren ließen als sie nach Aufhebung des Streiks ihre alten Arbeiter wiederbekamen.

Eine scharfe Kritik erfährt auch diesmal das Verhalten der Polizei den Streikposten gegenüber. Fortgesetzt finden Eskortierungen, statt und Strafmanbats regnet es in Masse. Die Verfolgung von Streikposten nimmt zeitweilig die sonderbarsten Formen an. — Ein Schleifer war beim vorjährigen Gütler- und Drückerstreik von einem Kriminalbeamten des großen Umfangs bezichtigt worden und bekam sein übliches Strafmandat über 30 M. Auf eingelegte Berufung hin wurden zwecks Beweisführung nacheinander nicht weniger als zwölf Termine in der Angelegenheit anberaumt und feils wieder vertagt, bis jetzt vor kurzem die ganze Sache endgültig niedergeschlagen worden ist. Wieviel unnütze Säkerereien der Schleifer von dieser polizeilichen und staatsanwaltlichen Aktion gehabt hat, kann sich jeder selbst denken. — Berichtigt wurde sodann mitgeteilt, daß der Fall, wo einem Arbeitswilligen 42 M. Wochenlohn und warmes Abendbrot zugesichert wurden, nicht die Firma Schäffer u. Walder, sondern die Firma Niemann, Kommandantenstraße, betrifft.

Die Ausperrung der Tischler.

„Wenn es mit einer Bewegung zu Ende geht, dann pflegen die Träger derselben nach einer Ausrede zu suchen. Dann richtet man wohl eine Art Popanz auf zu dem Zweck, die Leute gruselig zu machen und sie zu verdrängen, um sie so bei der Stange zu halten.“

So beginnt der Leitartikel der neuesten Nummer der „Nachzeitung“, der natürlich von der Ausperrung handelt. Die angeführten Sätze sollen sich auf die Arbeiter beziehen. Auf diese Seite passen sie nicht, aber vortrefflich stimmen sie zu der Taktik, welche die „Nachzeitung“ selber befolgt. Die spaltenlangen Artikel des Blattes haben keinen anderen Zweck, als die Tischlermeister, die nachgerade genug von der Ausperrung haben und das Ende des Kampfes herbeiführen, bei der Stange zu halten. Den Lesern der „Nachzeitung“ wird eingeredet, die Berechnung der Kosten, welche die Ausperrung dem Holzarbeiter-Verbande verursacht, sei den Arbeitern unangenehm auf die Nerven gefallen, sie stimmen jetzt eine außerordentlich sanfte Melodie an, statt der gellenden Siegesfanfaren höre man nur noch elegische Klagelieder usw.

Es ist uns unbekannt, woher die „Nachzeitung“ ihre Weisheit über die Stimmung in Arbeiterkreisen hat. Wir, die wir in händigerer Stimmung mit den organisierten Arbeitern stehen, kennen deren Stimmung. Wir haben weder früher gellende Siegesfanfaren, noch jetzt elegische Klagelieder gehört. Es ist nicht die Art der Arbeiter, Siegesfanfaren schon während des Kampfes anzustimmen, wenn man auch mit Sicherheit auf den Sieg rechnen kann. Elegische Klagelieder anzustimmen, haben die Arbeiter gar keine Ursache und nun schon gar, weil ihnen die Berechnung der „Nachzeitung“ auf die Nerven gefallen soll. Das sind ja nur Redensarten, bestimmt, die wandelnden Tischlermeister „bei der Stange zu halten“.

Auf Seiten der Arbeiter bedarf man solcher Mittel nicht, denn hier wird der Kampf einmütig und geschlossen weitergeführt. Noch immer werden die Ausperrungen, wo man es für zweckmäßig hält, mit Arbeitsniederlegungen beantwortet. Ist das vielleicht ein Zeichen von Mutlosigkeit? Hat eine Arbeiterschaft, die so den Kampf führt, Anlaß, elegische Klagelieder anzustimmen? Mag die „Nachzeitung“ immerhin mit ihren Berechnungen die Meister „bei der Stange halten“. Denken, die schon den Zeitpunkt der todmaten Erschöpfung des Holzarbeiter-Verbandes ausgerechnet haben, wird es zu gehen, wie dem Arzt, der schon die Todesstunde seines Patienten vorausgesagt hatte und dann erleben mußte, daß derselbe Patient in blühender Gesundheit und kräftiger als zuvor einherging.

Doch nun zu etwas Anderem. Die „Nachzeitung“ sorgt auch dafür, daß im ersten Kampf der Humor nicht fehle. Er ist zwar unfeillich, aber deshalb nicht weniger ergötzlich. In fetter, ganz besonders in die Augen fallender Schrift erklärt die „Nachzeitung“ in aller Form und mit allem Nachdruck, daß nichts fälscher ist als diese und alle ähnlichen Ausperrungen.

Diese unfeilliche Selbstkritik der „Nachzeitung“ trifft ja den Nagel auf den Kopf, aber — es war nicht so gemeint. Der Redakteur

wollte jedenfalls schreiben „Ausstreunungen“. Er meint nämlich die „Ausstreunung“, daß die Unternehmer den Holzarbeiter-Verband vernichten wollen, wogegen er sich verweigert. Dem Redakteur der „Fackel“ ist aber das Wort „Ausstreunung“ schon so geläufig geworden, daß, wenn er einmal „Aus“ beginnt, die Feder infolge langer Gewöhnung mechanisch „Streunung“ endet. Die führenden Holzindustriellen werden mit Entsetzen gelesen haben, was für einen Schwupper ihr Redakteur gemacht hat. Offenlich verfahren sie gnädig mit ihm, denn daß der Feder des Redakteurs unbeabsichtigt die Wahrheit entschlüpft und in der Tat nichts falscher ist als diese Ausstreunung, das haben viele Tischlermeister bereits eingesehen, und auch die Führer werden binnen kurzem zugeben müssen, daß dem so ist.

Am Freitag haben die Bautischlermeister beschlossen, von jetzt an sämtliche organisierte Gesellen, sobald sie mit ihren Arbeiten fertig sind, auszusperrten und die noch vorhandenen Arbeiten von Nichtorganisierten anfertigen zu lassen. Dabei sollen sich die Meister, welche so „glücklich“ sind, unorganisierte Gesellen zu beschäftigen, gegenseitig ausbilden. Wohl infolge dieses Beschlusses ist am Sonnabend wieder eine größere Zahl von Arbeitern, nämlich 41, ausgesperrt worden. Es handelt sich hierbei, da in der Bautischlerei jetzt so wie so die Arbeit zu Ende geht, um Entlassungen, die auch eingetreten wären, wenn das Aussperrungsgebot nicht herrschte. Als Antwort auf die Aussperrung haben am Sonnabend 31 Bautischler aus zwei Rixdorfer Werkstätten die Arbeit niedergelegt, außerdem traten noch 15 Tischler in den Streik ein, so daß also die Zahl derer, die am Sonnabend die Arbeit niedergelegten, größer ist, als die der Aussperrten. Täglich reifen Aussperrte und Streikende in kleinerer oder größerer Anzahl von Berlin ab, um ihren Kollegen den Kampf zu erleichtern. Am Montag trat ein größerer Trupp von Aussperrten gemeinsam die Reise vom Anhalter Bahnhof aus an.

Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter.

Wiederholt hat sich die Organisation der städtischen Arbeiter in der letzten Zeit damit beschäftigt, in den einzelnen Betrieben der Stadt Berlin dem Bestreben unterer Vorgesetzter, den Angehörigen die Organisationszugehörigkeit zu erschweren, entgegenzutreten. Nicht als ob man den Arbeitern das Recht strittig gemacht hätte, sich zu koalieren, das wäre ja gegen das feierliche Versprechen des Oberbürgermeisters im März d. J. anlässlich der Staatsberatung gewesen. Damals wurde den Arbeitern das Recht zuerkannt, „daß sie den gesetzlichen Zuständen entsprechend sich mit anderen verbinden können“, d. h. man gestattete ihnen gnädigst, in theoretischer Weise von der Koalition Gebrauch zu machen. Etwas anders aber liegt die Sache, wenn die Arbeiter die praktische Anwendung dieses Rechtes ziehen wollen. Dann tritt man ihnen in der rigorossten Weise entgegen, indem man eine „gegenseitige Verweigerung der Klassenuntereinander“ oder gar einen „gewaltsamen Umsturz der Rechtsordnung“ darin erblickt, wenn die Arbeiter vorhandene Mißstände an die Öffentlichkeit bringen. Und wenn der Leiter unseres Kommunalwesens erklärt, daß er derartigen Bestrebungen mit aller Energie entgegenzutreten würde, so zeigt dieser Standpunkt nicht nur ein mangelhaftes Verständnis bezüglich der Anwendung der Koalitionsfreiheit, sondern er bedeutet vielmehr für viele Beamte, die ein feines Verständnis für die Auffassung des Oberbürgermeisters besitzen, direkt das Signal, gegen solche Bestrebungen mit allen Mitteln Front zu machen.

Ein typisches Beispiel dafür bietet uns das Verhalten der Leitung des Gaswerkes Danzigerstraße. Auf diesem Betriebe befand der Arbeiter-Ausschuß zumeist aus Leuten, die der Organisation angehörten und es für ihre Pflicht erachteten, die Interessen ihrer Kollegen nach den bestehenden Bestimmungen wahrzunehmen. Sollte eine Verringerung des Alfordbeldes vorgeblich werden oder handelte es sich sonst um die Abstellung eines Mißstandes oder um die Verbesserung einer Verbessehung, so wurde der Ausschuß von den gesamten Arbeitern betraut, vorstellig zu werden, um Abhilfe herbeizuführen. Diese Tätigkeit, die nicht nur im Interesse des Betriebes lag, sondern die geradezu durch eine Verfügung des Magistrats sanktioniert wurde, indem man nicht die gewerkschaftliche Organisation, sondern diese Ausschüsse als die allein berechtigten und von der Stadt anerkannten Vertretungen hinstellte, fand nun ganz und gar nicht den Beifall des Dirigenten. Die Leute waren ihm ein Greuel und doppelt unangenehm, weil sie organisierte Arbeiter waren. Ein System der Spitzerei entstand, und unter den niedrigsten Vorwänden wurden die Leute abgehoben. Der Vorsitzende der Sektion, der zugleich Ausschußmitglied war, wurde beschuldigt, einige seiner Mitarbeiter aufgehoben zu haben, dem Vorarbeiter Wiesner gegenüber zu erklären, die Arbeit bei der Kettenbahn sei zu schwer, man solle Hilfe stellen. Der Betreffende sowohl wie seine Mitarbeiter bestritten dies entschieden; ganz gleich der Mann wurde dieser angeblichen Mißfata wegen entlassen. Die Bekehrung der übrigen Mitglieder durch schlechte Arbeit und noch schlechtere Behandlung wurde fortgesetzt. Der Maurer L. legte sein Amt nieder und verließ nach jahrelanger Tätigkeit die Anstalt, weil dort die „jugendunwürdige“ Behandlung zu arg wurde. Auch die anderen Mitglieder verzichteten auf das Vertrauensamt, das für sie zur Hungerpein wurde. Hatte man so seinen Zweck erreicht, so galt es jetzt, die anderen Verbandsfunktionäre mürbe zu machen. Im Juli d. J. befand sich der vorerwähnte Vorarbeiter Wiesner angetrunken in einem Lokal. Eine Anzahl Gasarbeiter und Kupferer waren ebenfalls anwesend. Dasselbe soll es nun zu Auseinandersetzungen gekommen und wie B. später behauptete, er aus dem Lokal gestochen worden sein, ohne daß er den oder die Täter namhaft machen konnte. Ein Gasarbeiter K. wurde als der Tat verdächtig vor einiger Zeit entlassen. Auch der Sektionsleiter Schulz, der in diesem Lokal gewesen war, galt als ein Mittäter, und da er sich auch sonst den Anwillen des Dirigenten zugezogen hatte, mußte er seine Arbeitsstätte verlassen, ohne daß man ihm beweisen kann, sich an der Kumpel beteiligt zu haben.

Abgesehen davon, daß sich die Sache nach Feierabend und nicht auf der Arbeitsstätte abgespielt hat, ist die stattgefundenen nochmalige Untersuchung so einseitig geführt worden, daß man nur darüber sein Bedauern aussprechen kann. Man schneidet dem Manne jede Möglichkeit ab, sich zu verteidigen, indem man ihn, noch bevor eine Untersuchung eingeleitet ist, einfach entläßt, während man sonst bei Brigelegenheit auf dem Betrieb bei den sog. zufriedenen Elementen die Angelegenheit durch eine Strafe von wenigen Mark erledigt.

Ein anderer Arbeiter, früherer Sektionsleiter, kommt wegen der Entbindung seiner Frau um 3 Tage Urlaub ein. Derselbe wird ihm gewährt und er beantragt nach den üblichen Gepflogenheiten die Entschädigung dafür. Er erhält dieselbe nicht, wird im Gegenteil entlassen. Grund: er ist denunziert worden, während jener Zeit eine Versammlung besucht zu haben. Der Mann protestiert gegen eine derartige Unterstellung, erklärt die Angabe für eine gemeine Lüge, bringt das Zeugnis der Hebeamme, daß er den Abend die Wohnung nicht verlassen, er bietet sich, Zeugen dafür zu stellen, daß er die Versammlung nicht besucht hat. Es nützt alles nichts; man glaubt dem Denunzianten mehr und endlich nach 14 Tagen wird der Mann wieder eingestellt, ohne daß man ihm aber für die 14 Tage, in denen er ohne sein Verdienst arbeitslos war, eine Entschädigung zahlt. Ob die Familie hungert, was kümmert das den Leiter eines kommunalen Betriebes? Der Zweck ist erreicht; die unlieblichen Elemente sind beseitigt oder so gezwiebelt, daß ihnen die Lust zu weiterer Tätigkeit vergeht.

Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob der Leiter dieses Betriebes nur durch ein System der Spitzereitragerei und der Begünstigung und nicht der eigenen Befähigung seine Position behaupten kann. Das kam drastisch zum Ausdruck in einer Versammlung der Gasarbeiter, in welcher von dem Angeber Behold gar erbauende Sachen berichtet wurden. Nicht nur, daß er sich gebrüht, einige Kollegen herausgebracht zu haben, und daß noch andere folgen werden, so soll auch sein übriges Verhalten gegen seine Mitarbeiter und seinen eigenen Bruder den Beweis dafür erbracht haben, was

Geistes Kind der Schlingel des Direktors Miller ist. Folgende Resolution soll den städtischen Behörden unterbreitet werden:

„Die am Donnerstag, den 17. November, zahlreich versammelten Arbeiter der Gasanstalt Danzigerstraße protestieren entschieden gegen die Art und Weise, wie die dortige Leitung Maßregelungen organisierter Arbeiter vornimmt. Insbesondere verurteilen sie das am heutigen Abend von vielen Nebenhergekommenen Spielsystem und erwarten von den maßgebenden Instanzen, daß diesem ungeheuerlichen Zustande ein Ende bereitet wird. In der Erwägung, daß der Dirigent Miller in der Sache Schulz der Gassedirektion ganz einseitige Angaben gemacht hat, verlangen die Versammelten von den städtischen Behörden eine erneute Untersuchung und die Vernehmung der Personen, die in der fraglichen Sache Aussagen machen können. Sie betrachten die Entlassung von Schulz und Schröder als Maßregelung und fordern von den städtischen Behörden die Wiedereinstellung derselben.“

Der Verband wird beauftragt, alle Schritte zu unternehmen, die zur Wiedereinstellung der beiden Kollegen führen.

Konkurrenz!

Die Igl. Hosieryeranten Th. Hildebrandt u. Sohn sind jetzt gleichzeitig Streikbrecher-Lieferanten nach Stockholm geworden. Sie lassen durch Stellenagenten nach Arbeitswilligen suchen, sich zuweilen und versehen sie dann mit Stockholmer Adressen behufs schleunigster Verbindung. Wir erwarten, daß die Kollegenchaft dafür sorgt, daß derartige Exportgeschäfte der vielseitigen Firma nicht in Saynung kommen.

Zentralverband der Konditoren.

Zur Aussperrung der Müllkutscher und Müllfahrer ist noch mitzuteilen, daß die Berliner Abfuhrgesellschaft am Montag einen Teil von ihren ausgesperrten Leuten (18 Mann) wieder eingestellt hat. Mit der Firma G. Scheller haben am Sonnabend sowohl, als auch am Sonntag Verhandlungen stattgefunden, nach deren Verlauf Herr Scheller die Erklärung abgab, keinen von den alten Leuten wieder einstellen zu wollen. Damit ist die Sache mit dieser Firma erledigt. Ein Teil der Leute hat bereits Arbeit gefunden und der andere Teil wird sich solche nun anderweitig suchen. Somit haben diese beiden Firmen eine Einigung abgelehnt. Sie wollen mit ihren Arbeitswilligen — obgleich die Berliner Abfuhrgesellschaft ihre meisten Tourenwagen immer noch mit drei und sogar vier Mann besetzt hat, gegenüber den Firmen G. Scheller und Wirtschaftsgenossenschaft, deren alte und erfahrene Leute daselbst denselben Pensum mit zwei Mann erledigen — weiter „leistungsunfähig“ bleiben.

Nach den seitens des Bundesrats getroffenen neuen Abgabenbestimmungen müssen auf den Bahnhöfen zwecks wirklich staubfreier Verladung bis zum 1. Januar massive Hallen oder sonstige luftdichte staubfreie Verladungseinrichtungen eingerichtet werden. Da seitens der erstgenannten beiden Firmen dazu noch gar keine Anstalten getroffen sind, gewinnt es den Anschein, als ob die betreffenden Unternehmer unter den vorgenannten luftdichten Bestimmungen überhaupt nicht gewillt wären, ihre Betriebe aufrecht zu erhalten und den Firmen G. Scheller und Wirtschaftsgenossenschaft — den maßgebendsten Abfuhrfirmen für Berlin — das Feld räumen wollen. Letztere Firma hat ihren Betrieb dadurch, daß viele neue Stunden hinzugekommen sind, bedeutend vergrößert und sind infolgedessen eine ganze Anzahl von den ausgesperrten Kutschern und Müllfahrern dort eingestellt worden.

Die Zahl der zu unterstützenden Aussperrten beträgt zurzeit noch 50 bis 60 Mann.

Deutsches Reich.

Metallarbeiter. In der Maschinenfabrik in Artern bei Sangerhausen sind sämtliche organisierten Metallarbeiter ausgesperrt worden. Die Firma sucht in allen Städten Arbeiter; wir bitten deshalb, den Zugang streng fernzuhalten. Die Schmarfacher scheinen in Thüringen überall an der Arbeit zu sein.

Übermals ausgesperrt hat der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zu Königsberg die Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer und des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer. Beide Organisationen weigerten sich, den von den Unternehmern mit der während des Streiks geschaffenen Streikbrecher-Organisation vereinbarten Tarif anzuerkennen und lehnten es ab, Delegierte zu einer in diesem Tarif vorgesehenen gemeinsamen Kommission zu entsenden.

Husland.

Zum niederländischen Glasbläser-Streik wird aus Schiedam gemeldet, daß eine geheime Abstimmung über die in der letzten Konferenz von den Unternehmern gemachten Vorschläge stattgefunden hat. Von 109 Mitgliedern des Glasbläser-Verbandes erklärten sich 102 gegen Annahme der Vorschläge, 5 dafür und 2 gaben weiße Zettel ab; von 28 Mitgliedern des römisch-katholischen Volksbundes waren 20 dagegen und 8 dafür. Das „Patrimonium“, die „antirevolutionären“ Glasbläser, haben das Ergebnis ihrer Abstimmung nicht bekannt gegeben, doch ist so viel gewiß, daß auch sie die Vorschläge verworfen haben. — Zwei Fabriken haben dieser Tage die Feuer wieder anzünden lassen, offenbar in der Hoffnung, dadurch eine größere Anzahl Streikender anzulocken. Bei Van Deventer u. Co. sollen sich auch 15 Mann zu arbeiten bereit erklärt haben, die Hälfte von ihnen ist aber schon wieder zu den Streikenden zurückgekehrt. — Auf der Konferenz wurde bekanntlich von den Unternehmern behauptet, daß man in Delft den Vertretern der Streikenden gestattete, Einsicht in die Bücher zu nehmen. Tatsächlich hat die Fabrikleitung, wie der Vorstand der Glasbläser berichtet, nur ein paar Kalkulationen vorgelegt und dabei auch noch einem Sachverständigen die Einsichtnahme verweigert.

Der Straßenbahner-Streik in Kopenhagen. Nach einer Mitteilung vom Sonnabend ist der Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft aus Berlin zurzeit in Kopenhagen anwesend, wahrscheinlich zu dem Zweck, eine Beendigung des Streiks herbeizuführen. Der Bürgermeister hat die Streikenden veranlaßt, ihm von neuem einen Einigungsvorschlag vorzulegen, den er dann dem Berliner Direktor der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft unterbreiten wollte. Die Streikenden sind dem Bunde nachgekommen. Sollte auch dieser Vorschlag abgelehnt werden, so stehen neue Demonstrationen bevor und der Wohlstand gegen die Straßenbahnen wird immer mehr gefährdet werden.

Paris, 21. November. Eine große Versammlung der autonomen Schiffer in Douai hat ein Übereinkommen zwischen beiden Parteien ergeben, welches von den Streikenden für gut gehalten wurde. Von 1300 Schiffern stimmten nur 50 gegen das Übereinkommen, infolgedessen wurde die Arbeit heute wieder aufgenommen.

Verfammlungen.

Berliner Arbeiterjugend und christliche Rabauwacker. Seit kurzem hat sich ein Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter gebildet und sich die Aufgabe gestellt, die Interessen dieses Teils der Arbeiterschaft wahrzunehmen, soweit die durch Gesetz gezogenen Schranken es zulassen. Kein Wunder, daß die christlichen Arbeiterfreunde diese Vereinsgründung scheinbar ansehen. Streifen sie doch ihre Fangarme mit Vorliebe nach der heranwachsenden Jugend aus, um diese in Jünglings- und anderen christlichen Vereinen am Gängelbunde zu führen und sie als willige Werkzeuge im Dienste der herrschenden „Ordnung“ zu erhalten. Ein ganz natürlicher Ausfluß dieses Strebens ist es denn auch, daß ein Führer der evangelischen Arbeitervereine, Herr Zientant Mumm, seine Anhänger durch Postkarten aufforderte, „Mumm für Mann in der sozialdemokratischen Lehrlingsversammlung zu erscheinen“. Gemeint ist damit eine öffentliche Versammlung des oben genannten — natürlich unpolitischen — Vereins, die am Sonntag in der Landbergerstr. 30 stattfand.

Der nur mäßig große Saal war zum Brechen gefüllt. Herr Mumm und eine Anzahl seiner Getreuen waren zur Stelle. Die

christlichen Jünglinge und Männer ahnten wohl, weshalb Herr Zientant sie „Mumm für Mann“ eingeladen hatte. Sie machten sich von anfang an durch störende, nicht zur Sache gehörige Zwischenrufe bemerkbar, während der Vereinsvorsitzende Hellmuth Lehmann die Ziele und Bestrebungen des Vereins darlegte. Es bedurfte des energischen Eingreifens des Versammlungsleiters, Rechtsanwalt Broh, um dem Referenten die ungehörige Beendigung seiner Ausführungen zu ermöglichen. Der Referent bezeichnet es als die Aufgabe des Vereins, die wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter wahrzunehmen, insbesondere auf die Abschaffung bestehender Mißstände hinzuwirken, und die Bildung sowie das selbständige Denken der jungen Leute zu fördern. Um diese Aufgaben zu erfüllen, bedürfte es einer Organisation, und die sei in dem genannten Verein geschaffen.

Als erster Diskussionsredner erhielt Herr Mumm das Wort. Seine Freunde bereiteten ihm eine lärmende Ovation: „Unser Herr Zientant lebe hoch, hoch, hoch!“ schrien die christlichen Jünglinge. Dazu gewaltiges Händeklatschen. Es war ein Lärm mit Hand und Mund, daß man meinen konnte, die Mummjünger bildeten die Mehrheit der Versammlung. In Wirklichkeit waren sie nur ein kleines, aber im ganzen Saale vertheiltes Häuflein. Herr Mumm führte unter tosendem Beifall seiner Freunde aus, daß der neu gegründete Verein überflüssig sei, da sich die christlichen Jünglings- und Arbeitervereine ja mit gewerkschaftlichen und sozialen Fragen beschäftigen. Die Sorge um die unsterbliche Seele der jugendlichen Arbeiter erscheint dem Redner wichtiger wie der Klassenkampf, auf dem der Verein aufgebaut sei. Herr Mumm beantragte eine Resolution, welche auspricht, daß die Gründung des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter zu verurteilen ist, da die Interessen der arbeitenden Jugend am wirksamsten vertreten werden durch die öffentlichen Gewalten und die Gewerkschaften. Ferner wird in der Resolution den jugendlichen Arbeitern in erster Linie der Eintritt in die christlichen Jünglings- und Gesellenvereine und nach Beendigung der Lehrzeit der Beitritt zu den christlichen Gewerkschaften empfohlen. — Die Verlesung der Resolution rief bei den Freunden des Herrn Mumm tosenden Beifall hervor, was zur Folge hatte, daß auch der andere Teil der Versammlung weniger lärmende, aber doch entschiedene Gegenkundgebungen laut werden ließ.

Nachdem sich der Lärm gelegt hatte, nahm Rechtsanwält Broh das Wort. Er wolle, sagte er, an den guten Absichten des Herrn Mumm, den er nicht kenne, keinen Zweifel hegen, aber er betone, der Verein wolle, daß die deutsche Jugend nicht weiter am Gängelbunde geführt werde von „guten Freunden“, die für andere dunkle Mächte arbeiten. Die Leute, welche immer von Religion sprechen, hätten am wenigsten getan für die Hebung der sozialen Lage der Arbeiter. Ein berechtigtes Mißtrauen verbiete es, daß die jungen Männer jenen Leuten noch weiter folgen. Ferner sagte der Redner: Der Unterschied zwischen den religiösen Vereinen und unserem Verein ist der: In jenen Vereinen werden die jungen Leute bevormundet, bei uns dagegen sollen sie herangebildet werden zu eigenem Denken und zu freier Selbstbestimmung. Demgemäß haben die erwachsenen Mitglieder unseres Vereins kein Stimmrecht, sie sind nur Berater, aber nicht Vormünder der Jugend. Die jugendlichen Arbeiter haben in ihrem Verein volles Selbstbestimmungsrecht. Die Berliner Jugend ist helle genug, sie braucht weder Pfarrer noch Zientanten. (Lebhafter Beifall.) Wer so mit uns arbeiten will, der möge zu uns kommen.

Wiederholt unterbrachen die Christlichen die Ausführungen des Herrn Broh durch lärmende Zwischenrufe und das Verlangen, zur Geschäftsordnung zu sprechen. Da ein Versuch des Herrn Mumm, politische und religiöse Dinge zu erörtern, durch den Vorsitzenden unter Verufung auf den unpolitischen und nichtreligiösen Charakter des Vereins und die Schranken des Gesetzes zurückgewiesen worden war, so wollten die Freunde Mums Herrn Broh durch Zwischenruf hindern, den Unterschied zwischen diesen und den christlichen Vereinen darzulegen, denn auch das sei eine Förderung religiöser Angelegenheiten, meinten die christlichen Herren, die nicht tragen konnten, daß den jungen Leuten in solcher Weise die Wahl zwischen beiden Richtungen freigestellt wurde. Einer der lautesten christlichen Schreier mußte aus dem Saal gewiesen werden. Trotz der eindringlichsten Mahnungen des Vorsitzenden Broh setzte sich der Lärm von christlicher Seite fort, und als der nächste Redner, ein Anhänger der christlichen Richtung, sich eine antisemitische Anrede gegen den Vorsitzenden zu schulden kommen ließ und ihm daraufhin das Wort entzogen wurde, erhob sich ein ungeheurer Tumult. Der Redner achtete der Aufforderung des Vorsitzenden nicht, er versuchte weiter zu sprechen oder vielmehr zu schreien. Großer Lärm auf allen Seiten war die Folge. Der unparlamentarische christliche Mann wurde hinausgewiesen.

Während der Ausführungen des folgenden Redners, der für die Bestrebungen des Vereins sprach, setzte sich der Rabau fort. Man verlangte das Wort zur Geschäftsordnung, der Vorsitzende bemühte sich vergebens, dem Redner Gehör zu verschaffen. Da erhob sich Herr Mumm und rief in den Saal: Da mir das Wort zur Geschäftsordnung verweigert worden ist, fordere ich meine Freunde auf, mit mir den Saal zu verlassen. — Der Vorsitzende vertagte die Versammlung und Herr Mumm zog mit seinem Gefolge von dannen. Nunmehr zeigte sich, daß die christlichen Schreier, die für 300 gelärmt hatten, höchstens 100 an der Zahl waren. Nach ihrem Abzuge war der Saal immer noch gedrängt voll. In einer Hinsicht aber hatte sich das Bild der Versammlung mit einem Schlage verändert: Es konnte nunmehr ohne die geringste Störung, ruhig und sachlich verhandelt werden. Die Urheber der Lärmereien sind also nur unter den Freunden des Herrn Mumm zu suchen. Etwa 500—600 jugendliche Arbeiter waren noch im Saale anwesend. Sie folgten den Ausführungen der nachfolgenden Redner, die sämtlich für die Bestrebungen des Vereins eintraten, mit Ernst und sichtlichem Interesse und spendeten den Aufforderungen zum Anschluß an den Verein lebhaften Beifall. Ueber die Tätigkeit, welche der Verein zu erfüllen beabsichtigt, sagten die Herren Broh und Lehmann, daß den Mitgliedern Rechtschutz in Konfliktfällen aus dem Lehrvertrage gewährt und auf eine günstige Gestaltung der Lehrverträge hingewirkt werden soll. Auf Innehaltung der gesetzlichen Schutzbestimmungen sowie mögliche Verkürzung der Arbeitszeit soll das Augenmerk gerichtet werden. Ferner hat der Verein die Schaffung von Lehrlingsheimen und die Pflege der Geselligkeit in Aussicht genommen. Die Gründung eines Vorkursorgans zur Vertretung der Bestrebungen des Vereins ist ebenfalls geplant. Weiter wurde noch erwähnt, daß die Berliner Gewerkschaftskommission dem Verein ihre Sympathie erklärt und ihm Unterstützung zugesagt hat. Insbesondere soll von dieser Seite dahin gewirkt werden, daß die Gesellen die ihnen unterstellten Lehrlinge gut behandeln.

Als schließlich die Resolution des Herrn Mumm zur Abstimmung gelangte, erhob sich auch nicht eine Stimme dafür. Einstimmig wurde dagegen eine andere Resolution angenommen, worin die Anwesenden erklärten, daß sie eine selbständige Organisation, wie es der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter ist, für die allein wirksame Vertretung der Interessen dieser Arbeiter halten.

In der Versammlung meldeten sich etwa 200 neue Mitglieder zum Beitritt. Zum Teil sei das, sagte einer der Anwesenden, eine Folge des Auftretens von Herrn Mumm. Dieser Herr hat sich also, wie der Vorsitzende darauf bemerkte, als ein Teil jener Kraft erwiesen, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Italiens Zustimmung zur Friedenskonferenz. Rom, 21. November. Dem „Giornale d'Italia“ zufolge ist die offizielle Antwort Italiens auf die Einladung des Präsidenten Roosevelt zur Teilnahme an einer zweiten Haager Konferenz heute ergangen. Die italienische Regierung stimmt dem Vorschlage zu, macht jedoch Vorbehalte bezüglich des Datums und des Programms der Konferenz.

Stadtverordneten-Wahl.

Achtung! 5. und 6. Wahlkreis. Am Mittwoch, den 23. November findet im 30. Kommunalwahlbezirk die Stadtverordneten-Wahl von 10 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends statt.

Die I. Abteilung umfaßt die Stadtbezirke:

210. Norderstr. 41-51, Gipsstr. 18, Gadescher Markt 1-5, Nondijou Platz 12, Große Präsidentenstraße, Kleine Präsidentenstraße 1-5, Neue Promenade 1-8, Rosenhägerstr. 25-53, Neue Schönhauserstr. 2-20, Sophienstr. 11, Spandauerbrücke 4-9, Stadtbahnbogen 132-147 und 149-154, Weinmeisterstr. 1 und 2a, Am Zwirngraben.

212. Auguststr. 28, 29 und 32a, Gipsstr. 1-17a, 19-23a und 27-32, Große Hamburgerstr. 1-11 und 34-41, Sophienstr. 1-10 und 12-35.

213. Ackerstr. 1 und 1a, Auguststr. 30-40 ausschl. 32a und 46-53, Kleine Auguststr. 8-14a, Eßasserstr. 82-97, Gipsstr. 23b bis 26 und 33, Joachimstraße, Linienstr. 76-89 und 195-202.

Wahllokal: Turnhalle der Gemeindeschule, Gipsstr. 23a.

Die II. Abteilung umfaßt die Stadtbezirke:

211. Artilleriestr. 19-21, Gr. Hamburgerstr. 12-33, Krausnickstraße, Nondijou-Platz 1-11, Oranienburgerstr. 1-33 und 70-92, Stadtbahnbogen Nr. 153-168, Ueberfahrtsstraße, Ziegelstr. 14-23.

214. Ackerstr. 172-174, Auguststr. 26-27 und 54-64a, Kleine Auguststr. 1-7a, Eßasserstr. 68-81, Kleine Hamburgerstraße, Koppensplatz, Linienstr. 93-106 u. 160-194.

215. Artilleriestr. 4-12 und 22-34, Auguststr. 8-25 und 65 bis 88, Oranienburgerstr. 34-39 und 64-69.

Wahllokal Turnhalle der Gemeindeschule, Auguststr. 67.

Die III. Abteilung umfaßt die Stadtbezirke:

255. Ackerstr. 2-26 und 144-171, Eßasserstr. 11, Invalidenstraße 158;

256. Bergstr. 1-27 und 66-81, Eßasserstr. 12-15.

Wahllokal: Ackerstr. 144 bei Schuster.

Wir ersuchen alle Genossen, welche bei Aufstellung der Wählerlisten im Juli dieses Jahres in den obigen Bezirken gewohnt haben oder noch jetzt dort wohnen, recht frühzeitig zur Wahl zu gehen sowie alle Genossinnen und Genossen darauf aufmerksam zu machen, daß jeder sein Wahlrecht gleichfalls früh ausübt und für den Genossen

Johannes Sassenbach

stimmt. Nur wenn jeder Parteigenosse dahin tätig ist, kann der Freisinn in diesem Bezirke geschlagen werden. Wir ersuchen weiter alle Parteigenossen aus anderer Kreise, denen es die Zeit irgend erlaubt, am 23. November von 9 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, so früh und so lange jedem möglich, sich dem Wahlkomitee zur Verfügung zu stellen.

Die Agitation wird am Wahltag geleitet:

- für die I. Abteilung des Bezirke von Wirth, Auguststr. 51, Wittchow, Eßasserstr. 68, Ede Kleine Hamburgerstraße, Hoppe, Ackerstr. 21.

Es ist Pflicht der Parteigenossen, alles aufzubieten, daß wir diesen Bezirk erobern. Tue jeder seine Schuldigkeit!

Die Vertrauensleute.

Partei-Nachrichten.

Gemeindevahlen in Hessen.

In der „Mainzer Volkszeitung“ finden wir eine Korrespondenz aus Darmstadt, die angesichts der Mainzer und Darmstädter Wahlkompromisspolitik recht lehrreich ist. Die Darmstädter Genossen haben diesmal die Nationalliberalen als Hauptgegner. Gegen ein von diesen herausgegebenes Flugblatt polemisiert die Korrespondenz. Da heißt es:

Die Namen der Oppositionellen von vor drei Jahren, die Gallus, Götz, Koll, Nahn, Vogt und Vornet, die heute neben einer Anzahl Erzkonservativen stehen, nehmen sich wahrhaft komisch aus und unwillkürlich muß man zitieren: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich Euch in der Gesellschaft sehe!“ Wenn man sein Mandat selbst den sozialdemokratischen Stimmen zu verdanken hat, darf man Sätze, die in dem Flugblatt stehen, wie: „daß für die bevorstehende Wahl ein Bedürfnis zur Vermehrung der sozialdemokratischen Sitze nicht bestehe“ und „daß die sozialen Aufgaben der Stadt Ränner erfordern, welche befähigt und gewillt sind, die öffentlichen Interessen zu fördern“ (als ob dies die Sozialdemokraten nicht von jeher getan hätten), niemals unterschreiben. Das sind politische Charakterschwächen, die den Herren die Sympathie bei der Bevölkerung auf alle Fälle rauben werden. Weiter heißt es, daß „große und wichtige Aufgaben in den nächsten Jahren der Stadtverordneten-Versammlung vorliegen werden“, so daß eine Veränderung in der Zusammensetzung des Elements nicht gewünscht wird! Dann hegen die eingebildeten Herren natürlich den Gedanken, daß sie allein die Intelligenz und die Fähigkeit gewadeten haben, diese „großen Aufgaben“ zu lösen. Nur schade, daß dies seither unter dem Restrain geschah: „Nimmer langsam voran!“

Das einfache schlichte Gemüt des Wärgers sagt heute mit Recht: Galt du vor drei Jahren für den Fortschritt, für die Zunahme des sozialen Elements gestimmt, so darfst du heute unter keinen Umständen dagegen sein, wenn du nicht als ein trauriger, wandelmühtiger Mensch ohne feste Grundsätze und moralischen Halt erscheinen willst.

Wie aus dieser Darstellung schon hervorgeht, befinden sich unter den jetzigen Gegnern der Partei Leute, die vor drei Jahren mit sozialdemokratischer Hilfe gewählt wurden. Tatsächlich standen im Jahre 1901 die Namen Vornet, Götz und Koll auf dem von der Partei herausgegebenen Stimmzettel. Dieselben Leute also, für die die Parteigenossen vor drei Jahren eifrig gearbeitet haben, erklären heute, daß ein Bedürfnis zur Vermehrung der sozialdemokratischen Sitze nicht bestehe und die Parteigenossen müssen selber den Herren politische Charakterschwäche vorwerfen, müssen sie als wankelmütige Menschen ohne feste Grundsätze und ohne moralischen Halt bezeichnen. Und die einzige Lehre, die sie daraus ziehen, ist, daß sie diesmal — für andere Gegner stimmen, mit denen sie vielleicht das nächste Mal dieselbe Erfahrung machen. Kennt man das etwa grundsätzliche Politiki?

Die „Mainzer Volkszeitung“ beschwert sich darüber, daß wir gerade jetzt, wo die Wahlarbeit im Gange sei, polemisieren und dadurch den Erfolg in Frage stellen. Das ist nun leider nicht zu ändern. Wir können nicht polemisieren, bevor die zur Kritik herausfordernden Tatsachen bekannt sind. Diesen Vorwurf haben die Mainzer Parteigenossen schon vor drei Jahren erhoben. Wir haben denn auch nach der Wahl noch ausführlich unsere Meinung gesagt. Wären die Mainzer Parteigenossen die drei Jahre benutzt, um sich zur Anerkennung der Notwendigkeit eines selbständigen

Vorgehens durchzuringen, dann wäre die jetzige Polemik nicht mehr nötig.

Polemische Unarten.

Die Erklärung, die Genosse Jug in Paris im Einverständnis mit den dortigen Genossen abgegeben hat, als er zum Gemeindevorsteher gewählt werden sollte, hat vielfach lebhaften Widerspruch in der Parteipresse gefunden. Wir haben uns dieser Kritik nicht angeschlossen, weil wir in der Absicht des Genossen Jug nichts zu Kritikwürdiges fanden. Wir hielten deshalb die Kritiken für unnötig, sind aber natürlich weit davon entfernt, den Kritikern einen Vorwurf daraus zu machen. Aber dagegen protestieren wir, daß man deswegen den Genossen Jug persönlich so verunglimpft, wie es jetzt noch zwei Parteiblätter anlässlich der Nichtbestätigung im „Sozialdemokratischen Volksblatt“ für Harburg:

„Gibt Paul Jug jetzt immer noch nach der Ehre, Gemeindevorsteher von Paris zu werden, dann kann er sich ja den Wind der Regierung einmal überlegen — und auch noch verprechen — kein Sozialdemokrat mehr zu sein. Der Schritt wäre, nach dem bereits Geschehenen nicht der größte.“

Und die Dortmunder „Arbeiter-Zeitung“ gibt der Mitteilung von der Nichtbestätigung diese Spitze: „Die Prostitutierung war umsonst.“

Man hat die Kritik an Jugs Absicht, das Amt des Gemeindevorstehers zu übernehmen und an seiner Erklärung namentlich damit begründet, daß er seine wertvolle agitatorische Kraft der Partei entziehe und den Gewinn eines oldenburgischen Reichstagsmandats durch seinen Mißtritt gefährde. Und nun soll es für den so geehrten tüchtigen Parteigenossen nur noch eine Kleinigkeit sein zu versprechen, er wolle kein Sozialdemokrat mehr sein, er soll sich gar prostitutieren lassen.

Die Parteigenossen sollten doch solche Verunglimpfungen der Person unterlassen; jede sachliche Auseinandersetzung wird vergrößert durch derartige polemische Unarten. Genosse Jug hat nicht den geringsten Anlaß gegeben, an der Reinheit seiner Absichten zu zweifeln.

Ein Nachklang zum Königsberger Prozeß.

Am 26. April 1904 wurde bekanntlich die Untersuchungshaft gegen Braun, Rowagroyk und Treptau aufgehoben. Genosse Braun befand sich damals noch in Zürich. Um ihn möglichst schnell von dem für ihn so wichtigen Ereignis in Kenntnis zu setzen, sandte ihm Genosse Rether ein Telegramm. Dieses wurde in Königsberg am 26. April mittags 12 Uhr 40 Min. ausgegeben, erreichte den Genossen Braun aber erst am folgenden Tage. Die Post hatte es zunächst dem ersten Staatsanwalt vorgelegt. Diesen Tatbestand veröffentlichte die „Königsberger Volkszeitung“ und knüpfte daran die Bemerkung, daß man doch die hohen Telegrammgebühren für sofortige Uebermittlung zahle; sie hätte aber von der Rückzahlung der Gebühren an den Absender noch nicht gehört.

Durch diese Notiz sollen nun die Postbeamten im Bezirk der kaiserlichen Oberpostdirektion Königsberg beleidigt sein und die Oberpostdirektion hat gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Marchionini, Strafantrag gestellt.

Die Stadtverordnetenwahlen in Erfurt, die mit einem Stimmenrückgang unserer Genossen endeten, wurden in der letzten Versammlung des sozialdemokratischen Vereins besprochen. Der Referent über diesen Punkt stellte den Antrag, diejenigen Genossen, die Mitglieder des Vereins sind und ihr Wahlrecht nicht ausüben, aus dem Verein auszuschließen. Dieser Antrag rief eine längere Debatte hervor und wurde abgelehnt, weil ein anderer Antrag den Vorstand beantragte, von den Genossen eine Erklärung zu verlangen, warum sie nicht gewählt hätten. Die nächste Versammlung wird sich also nochmals mit dem Ausschlußantrage befassen müssen, wenn man die Erklärungen für nicht stichhaltig erklären sollte.

Gemeindevahlen. In St. Johann an der Saar beteiligten sich unsere Genossen zum erstenmal an den Stadtverordnetenwahlen. Von 2700 Wahlberechtigten stimmten nur 842 ab. Unser Kandidat erhielt 53 Stimmen. Das ist in Anbetracht der Öffentlichkeit der Wahl bei den dort herrschenden Verhältnissen ein ganz erfreulicher Anfang.

In Greiz wurden in der dritten Klasse sämtliche acht Kandidaten unserer Partei gewählt.

Parteipresse. In die Redaktion des „Volksblattes“ für Harburg ist an Stelle des ausgeschiedenen Genossen Rühle der Genosse Ernst Köpke eingetreten.

Totenliste der Partei. In Halle starb der Parteigenosse Stanislaus Kaschjusz, der dort als Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins tätig war. Der Verstorbene, der aus Warschau stammte, hat nicht weniger als 10 Jahre seines Lebens in den Kauen russischer Schergen zugebracht. Er wurde, nachdem er in Lemberg erfolgreich für die Sache des Proletariats gewirkt hatte, von den österreichischen Behörden an Rußland ausgeliefert und dort wegen „revolutionärer Umtriebe“ zu fünf Jahren Festung und fünf Jahren nachfolgender Verbannung verurteilt.

Von 1890-1900 war Kaschjusz dadurch von der Welt abgeschnitten. Die fünf Jahre Festung verbrachte er in der Bastille Rußlands, in der schrecklichen Peter-Pauls-Festung zu Petersburg. Hier packte ihn ein Lungenleiden, das in den dumpfen, lichtlosen Zellen nur zu rasche Fortschritte machte, und schließlich der Tod über den Eingekerkerten fast sämtlicher Jahre. 1895 wurde der schwer Erkrankte nach Jakuksel in asiatischen Sibirien in die Verbannung geschleppt. Hier schloß er die Ehe mit seinem Weibe, das treu in allem Leid zu ihm gestanden hat. In Jakuksel wurde den Verbannten — auch Frau Kaschjusz gehörte zu den Opfern der blind wütenden russischen Justiz — das einzige Töchterchen geboren. Kaschjusz ernährte sich in Jakuksel dürftig durch Erteilen von Unterricht, durch Schreibdienste und durch allerlei Handarbeiten, die sich boten. Gerade die von Kaschjusz in der sibirischen Stadt verlebten Jahre zeichnen sich durch furchtbar strenge Winter aus, so daß das junge Paar oft mit schwerer Not und den härtesten Entbehrungen zu kämpfen hatte. Als endlich die Zeit der Verbannung zu Ende war, mußte Kaschjusz mit Frau und dem vierjährigen Töchterchen in bitterster Kälte sechs volle Wochen lang mit dem Rentierschlitten fahren, ehe sie an die erste Bahnstation kamen, von der aus sie weiter über Moskau nach Warschau gelangen konnten.

Auch jetzt war der Hof der zarischen Polizeikanzellen noch nicht befriedigt. Kaum in Warschau angelangt, wurde A. auf die Polizei beschieden und sofort des Landes verwiesen. Er wendete sich mit Weib und Kind nach Berlin, lebte hier mehrere Monate lang kümmerlich als Schriftsteller, bis er 1901 als zweiter Geschäftsführer des Konsumvereins in Braunschweig Anstellung fand. Anfang Oktober 1903 wurde er dann als Geschäftsführer des Allgemeinen Konsumvereins nach Halle berufen.

In dieser Stellung hat er sich hohe Achtung und Anerkennung erworben. Öffentliches Wirken für die Partei war ihm jedoch durch seine Eigenschaft als Ausländer verwehrt, da er sich nicht nochmals der Existenzlosigkeit aussetzen konnte. Ein ehrendes Andenken in der Partei ist ihm sicher.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Auflösung von sozialdemokratischen Versammlungen wegen „Erörterung von Vorschlägen, die eine Aufforderung oder Anreizung von strafbaren Handlungen enthalten.“

In zwei sozialdemokratischen Versammlungen, die am 24. und 29. Januar in Königsberg stattfanden, erörterte der Genosse Crispin die Frage des Generalstreiks in theoretischen Ausführungen. Er meinte schließlich: Vorausgesetzt, es läme zu einem Generalstreik,

so würde die Arbeiterschaft die feste Absicht haben, ihn friedlich durchzuführen. Aber die Herrschenden würden zur Gewalt greifen und dann könnte die Arbeiterschaft nicht ruhig dastehen. Sie würde in solchem Falle in den Stand der Notwehr versetzt werden und würde mit denselben Mitteln antworten. — Bei diesen Ausführungen wurden die Versammlungen auf Grund des § 5 des preussischen Vereinsgesetzes polizeilich aufgelöst. Der § 5 gestattet, vorbehaltlich eines Strafverfahrens, die sofortige Auflösung von Versammlungen, wenn Anträge oder Vorschläge erörtert werden, die eine strafbare Ausreizung zu Handlungen in sich schließen. — In einer weiteren Versammlung am 28. Januar tat Crispin nach einem Vortrage des Rechtsanwalts Haase als Diskussionsredner eine Aeußerung, die der Ueberwachende als Beleidigung der Polizei auffaßte, indem er darin den Vorwurf der ungerechten Behandlung der Sozialdemokraten sah. Er verbot C. das Weiterreden und wollte seine Entfernung aus der Versammlung durch Sistierung veranlassen. Dr. Gottwald protestierte gegen ein solches, seiner Meinung gesetzwidriges Verfahren. Es entstand zugleich heftige Unruhe, worauf der Beamte die Versammlung auflöste.

Crispin und der Satirer Donalies beschwerten sich über die Auflösung der drei Versammlungen sowie über das polizeiliche Vorgehen gegen Crispin in der Versammlung vom 28. Januar. Der Polizeipräsident billigte indessen die Maßnahmen und der Regierungspräsident und der Oberpräsident ebenfalls.

Crispin und Donalies klagten darauf gegen den Oberpräsidenten beim Ober-Verwaltungsgericht. In der schriftlichen Klagebegründung wurde geltend gemacht: Crispin habe Vorschläge, die eine Ausreizung zu strafbaren Handlungen in sich schließen, nicht erörtert. § 5 des Vereinsgesetzes wäre selbst dann nicht anwendbar, wenn C. wirklich gesagt hätte, daß, wenn der Staat den Bestrebungen der Arbeiterschaft anlässlich eines Generalstreiks Gewalt entgegenzusetzen würde, die Staatsgewalt dann mit denselben Mitteln belämpt werden würde. Der Redner habe gar keine Vorschläge gemacht, sondern lediglich theoretisch entwickelt, welche Situation in Zukunft vielleicht unter gewissen Voraussetzungen eintreten könne. Er habe nichts Gewalttames empfohlen. Er habe tatsächlich die friedlichen Absichten der Arbeiter betont und unter Verächtlichung der Lehren der Geschichte erörtert, was die Gegner im Falle des von ihm theoretisch unterstellten Generalstreiks tun würden. — Lediglich die Frage der Notwehr sei dabei erörtert worden. — In der Versammlung vom 28. Januar habe C. auch nicht die Polizei beleidigt, sondern er habe nur von dem Aufstosse recht der Polizei gesprochen, daß der Polizei die Befugnis gebe, Arbeiter aus Versammlungen wie dumme Jungen nach Hause zu schicken. Subjektive Vorwürfe seien der Polizei nicht gemacht worden. Im übrigen kenne das preussische Vereinsgesetz kein Recht der Polizei, einem Redner das Wort zu entziehen.

Das Ober-Verwaltungsgericht wies jedoch die Klagen im vollen Umfange ab. Gründe wurden nicht verkindet.

Klassenjustiz.

Die Strafkammer in Hamburg hat, wie wir mitgeteilt haben, den Genossen Wabersky von der Anklage, Breslauer Richter durch den Vorwurf der Klassenjustiz beleidigt zu haben, freigesprochen mit der Begründung, daß unter den besonderen Umständen keine Beleidigung in dem Worte zu finden sei.

In einer Zuschrift aus Erfurt werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß auch das dortige Parteiblatt an den Abdruck desselben Urteils dasselbe Wort anfügte. Der dort angeklagte Redakteur Genosse Hennig, der dieselben Gründe für sich geltend machte wie Wabersky und wie sie die Hamburger Strafkammer anerkannt hat, wurde aber nicht freigesprochen, sondern zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Zu dreihundert Mark Geldstrafe wurde der frühere Redakteur der Breslauer „Volkswacht“, Genosse Rehrlein, verurteilt. Er hatte eine Notiz über die Entlassung eines Eisenbahnarbeiters in das Blatt aufgenommen, durch die sich die Eisenbahndirektion beleidigt fühlte. Es stellte sich dann heraus, daß der Arbeiter über die Gründe der Entlassung unwahre Angaben gemacht hatte, die der Redakteur nun hüten muß.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. Heute, Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Rähle, Demeiwitzstr. 13: Versammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. „Unsere Ziele“. Referent: Genosse Grünwald. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Dritter Wahlkreis. Heute abend Versammlung des Wahlvereins im Weihen Saale zum Alexandriner, Alexandrinenstr. 37a. Das Protokoll vom Parteitag wird ausgegeben. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Vierter Reichstags-Wahlkreis (Osten). Am Mittwoch, den 23. November d. J., findet die Nachwahl eines Stadtverordneten im 22. Kommunal-Wahlbezirk von früh 10 Uhr bis nachmittags 8 Uhr statt. Der Kandidat der Sozialdemokratie ist der Zeitungsredakteur Robert Wengels. Genossen, welche gewillt sind, am Tage der Wahl zu helfen, mögen sich Mittwoch früh 8 Uhr im Haupt-Wahlbureau, Friedrichsbergerstraße 19 bei Wawerik melden.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Charlottenburg. Am Dienstag abend 8 1/2 Uhr findet im Volkshaus, Rosinenstr. 8, die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht von der Generalversammlung des Kreises. Wir erwarten von sämtlichen Mitgliedern pünktliches Erscheinen. Gäste haben Zutritt. Für Frauen ist die Tribüne reserviert.

Charlottenburg. Zu der auf heute festgesetzten Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins habe ich das Referat über die kommenden Aufgaben der Reichstags-Session nicht übernommen, sondern unter ausreichender Motivierung sofort ablehnen müssen. Die Anfrage gelangte am 19. November vormittags in meine Hände, die Ablehnung erfolgte postwendend unter dem gleichen Datum. Die dem entgegenstehenden Angaben in der zweiten und vierten Beilage der Nr. 273 des „Vorwärts“ beruhen also vollständig auf Irrtum. Es dürfte daher möglich sein, die in Nr. 273 des „Vorwärts“ veröffentlichte gegenderrückliche Notiz „Der Referent ist nicht erschienen!“ gelegentlich recht aufmerksam nachzulesen. F. R. K. u. n. e. r.

Schöneberg. Heute, Dienstagabend, findet bei D. H. F. Meiningerstraße 8, die Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht u. a.: „Politische Massenstreiks“, Referent: Eduard Bernstein. Korreferent: Fritz Jubel. — Gäste (auch Frauen) haben Zutritt. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Rixdorf. Heute finden die Stadtverordnetenwahlen der II. Abteilung statt. Unbedingte Pflicht der Rixdorfer Arbeiterschaft ist es, auch noch in letzter Stunde alles daran zu setzen, um unseren Kandidaten zum Siege zu verhelfen. Bei der Landtagswahl hat uns die intensiv betriebene Agitation gezeigt, daß es möglich ist, Erfolge auch in der II. Abteilung zu erzielen. Unsere Kandidaten sind für den Südbezirk die Genossen Ferdinand Hennig, Paul Sticker und Karl Rohr. Wahllokal: Gröpler, Bergstr. 147; für den Nordbezirk kandidieren die Genossen Emil Wegner und Georg Kambow. Wahllokal: Vereinsbrauerei. Die Parteigenossen, welche gewillt sind, sich bei der Wahlagitation zur Verfügung zu stellen, mögen sich beim Genossen Hoppe, Verlinerstraße 14, von 2 Uhr nachmittags an melden.

Friedenau. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins bei Grube, Kaiserallee 85 statt. Gäste willkommen.

Spandau. Am nächsten Freitag, abends 8 Uhr, findet im Rindischen Saale, Bichselborerstr. 8, eine polnisch-socialistische Volksversammlung statt. Die Parteigenossen werden ersucht, alle polnisch sprechenden Arbeiter auf diese Versammlung aufmerksam zu machen. Für diesen Zweck sind Handzettel bei dem Genossen P. Kunkle, Schönwalderstr. 80, zu haben.

Köpenick. Mittwoch abend hält der Wahlverein seine Versammlung bei Küster mit reichhaltiger Tagesordnung ab.

Lokales.

Zur Stadtverordneten-Erwahl im 30. Bezirk.

Freisinn und Bürgerpartei stehen im 30. Kommunalwahlbezirk einander gegenüber und bemühen sich jeder auf seine Art, noch einmal den Bezirk vor der vordringenden Sozialdemokratie zu retten. Wer von beiden ihn kriegt, das ist ihnen gleichgültig, als sie öffentlich zugeben und ihren Wählern vorzählen. Die Hauptsache ist ihnen, daß nur nicht die Sozialdemokratie auch noch diesen Bezirk erobert. Unser Kandidat ist dort Genosse Johannes Sassenbach. Sollte es zu einer Stichwahl zwischen Sassenbach und einem der beiden Kandidaten kommen, so dürfte sich zeigen, daß Freisinn und Bürgerpartei einander gerührt in die Arme sinken.

Vorläufig bekämpfen sie sich natürlich noch und ringen miteinander um die Palme des Sieges. Dabei spekulieren beide vornehmlich auf den sogenannten Mittelstand, auf die kleinen Handwerksmeister. Beide empfehlen ihre Kandidaten als „Männer der praktischen Arbeit“. Herr Prekel, der Kandidat der Bürgerpartei, muß sich den Wählern gegenüber wohl oder übel als „Fabrikant“ bezeichnen, was in den Augen eines kleinen Handwerkers keine Empfehlung zu sein pflegt. Dagegen ist Herr Kettig, der Kandidat des Freisinns, in der glücklichen Lage, sich noch mit dem Titel eines „Malermeisters“ schmücken zu können. Er hat zwar verdammt wenig gemein mit den kleinen Handwerksmeistern, auf deren Stimmen er rechnet — aber das ist ja egal. Wenn es nur zieht! Wer mit seinem kommunalpolitischen Programm so wenig Eindruck mehr machen kann, wie der Berliner Kommunalfreisinn, zu dem Herr Kettig schwört, der muß die Wähler mit Nötchen zu fangen versuchen. Herr Prekel und seine Freunde sind gewaltig neidisch auf den Vorzug, den der Herr „Malermeister“ da vor dem antisemitischen „Fabrikanten“ hat. Sie greifen unsere Mitteilungen über die dem Herrn Kettig von seiner Arbeitgeberorganisation zuteil werdende Wahlhilfe auf und veröffentlichen in einem hiesigen Antisemitischen Blatt eine Warnung vor dem freisinnigen „Handwerker“, die auf die kleinen Meister berechnet ist. Kommt's aber zu einer Stichwahl gegen die Sozialdemokratie, dann wird drüber, wie gesagt, mit einem Male alles ein Herz und eine Seele sein.

Für unsere Freunde und Genossen im 30. Kommunalwahlbezirk ergibt sich hieraus die Pflicht, am 23. November alle Kräfte einzusetzen, damit gleich im ersten Wahlgang die Entscheidung herbeigeführt wird. Wer der Mißwirtschaft des Freisinns in der Berliner Kommune überdrüssig ist, wer die Unfähigkeit der Bürgerpartei zu besseren Leistungen erkannt hat, der wird am 23. November im 30. Bezirk den Kandidaten der Sozialdemokratie Genossen Johannes Sassenbach wählen. Die Sozialdemokratie allein ist bereit und fähig zu einer vernünftigen und gerechten Kommunalpolitik.

Die **Parlamentsdeputation** tagte gestern vormittag unter dem Vorsitz des Bürgermeisters Reide. Sie beschäftigte sich mit der Fortsetzung der Beratung des Etats und zwar mit dem Kapitel Arbeiterlöhne, wozu die sozialdemokratischen Mitglieder folgenden Antrag gestellt hatten:

1. Einführung von Lohnskalen, nach welchen die jetzt bewilligten Anfangslöhne a) bei den Parkarbeitern fünfmal von drei zu drei Jahren um 0,20 M. pro Tag steigen sollen, so daß diese Arbeiter nach 15 Jahren einen Höchstlohn von 4 M. erhalten; b) bei den Gärtnern achtmal von zwei zu zwei Jahren 0,25 pro Tag steigen, so daß sie nach 16 Jahren 6,50 M. Höchstlohn pro Tag erhalten.
2. Die Arbeitszeit ist im Sommerhalbjahr des Abends um eine Stunde zu kürzen.

Ferner lag ein Antrag des Gartenbau-Direktors Mächtig vor: Allen Arbeitern eine einmalige Aufbesserung von 0,25 M. pro Tag zu bewilligen, und ein Antrag des Bürgermeisters Reide: In den Etat eine Summe von 20 000 M. einzustellen zur Aufbesserung der Löhne sowohl der Arbeiter als auch der Gärtnern nach Ermessen des Direktors resp. der Obergärtner.

Gegen den sozialdemokratischen Antrag wurde geltend gemacht, daß es unmöglich sei, hier Lohnskalen einzuführen, die Leistungsfähigkeit der Arbeiter sei zu verschieden; sowohl Invaliden als auch sehr alte Arbeiter würden in den städtischen Anlagen beschäftigt. Deshalb müsse man der Verwaltung freie Hand gewähren, Lohnaufbesserungen über 3 resp. 3,50 M. hinaus nur da vorzunehmen, wo es die Verwaltung für zweckdienlich hält.

Von sozialdemokratischer als auch von anderer Seite wurde dem gegenüber gesagt, es sei doch wohl an der Zeit, die Parkarbeiter anderen Arbeiterkategorien gegenüber gleich zu stellen und sie nicht immer als Stiefkinder zu behandeln. Eindringlich wurde davor gewarnt, das Schicksal der städtischen Parkarbeiter und Gärtnern in die Hand der Verwaltung zu legen. In der darauf folgenden Abstimmung wurde der sozialdemokratische Antrag, feste Lohnskalen einzuführen, gegen fünf Stimmen abgelehnt, ebenso der Antrag Mächtig. Angenommen wurde der Antrag des Bürgermeisters Reide, 20 000 Mark in den Etat zu freier Verfügung der Verwaltung einzustellen. Die Regelung der Arbeitszeit wurde vertagt und dann der Entwurf des Etats angenommen; er schließt mit einer Einnahme von 25 700 M. und einer Ausgabe von 1 024 870 M. ab.

Professor Liebermann regte die sehr interessante Frage an, wie in Zukunft unsere Schulhöfe auszufallen seien. Es müsse den Schulgebäuden der feinsten, gefängnisartige Eindruck genommen werden. Herr Liebermann schlug vor, unsere Schulhöfe mehr mit Bäumen zu bepflanzen, Blumenbeete anzulegen und dadurch auf den ästhetischen Sinn der Kinder einzuwirken.

Der „Erfolg“ des Magistrats im Berliner Schulkonflikt ist nun auch durch eine offiziöse Auslassung der „Korrb. Allg. Ztg.“ auf sein Nichts zurückgeführt worden. Von einem „Nachgeben“ der Regierung könne deshalb keine Rede sein, weil ja der freireligiösen Gemeinde die Benutzung einer Schulanlage zu den Vorzügen für Erwachsene niemals unterlag worden sei. Nimmehier bequem sich auch einzelne der Freisinnblätter, mit mehr oder weniger gemünderten Redensarten den Sachverhalt zugeben. Der Verlust eines „Sieg“ des Berliner Freisinns herauszubekommen, ist nämlich mißglückt. Wir wollen abwarten, ob nicht der Magistrat sein der freireligiösen Gemeinde bewiesenes Entgegenkommen so weit wieder einschränken wird, daß der Schulkonflikt mit einem feigen Umsall und einer schimpflichen Niederlage des Berliner Freisinns endet.

Die **städtische Gasdeputation** beschäftigte sich gestern mit dem Vorfall, der in der Gasarbeiter-Versammlung am vergangenen Donnerstag zur Sprache gebracht war. (Siehe in der heutigen Nummer unser Gewerkschaftliches: „Das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter“). Die Verwaltung der Gaswerke erhob die schwersten Beschuldigungen gegen den entlassenen Schulz; er habe den

Wiesner geschlagen und ein jetzt ebenfalls entlassener Arbeiter Krag habe dabei, auf Wiesner zeigend, gerufen: „Das ist ja der Halkunde, der den Hottas denunziert hat.“ Da Hottas Mitglied des Verbandes war, so schließt die Verwaltung der Gaswerke aus den Worten Krag's, Wiesner sei geprügelt worden, weil er dem Verbands der städtischen Arbeiter im Wege sei. Ueberhaupt eiferte der Verwaltungsdirektor Fürst in sehr erregter Weise gegen „gewisse freiwillige Verbands-Kommissäre“, die zugunsten des Verbandes die nichtorganisierten Arbeiter „terrorisierten“. Diese Behauptungen waren für die Mehrheit der Mitglieder der Gasdeputation das Signal, sich in Jammer- und Jornebergüssen über den Terrorismus der Gewerkschaften zu ergehen, wobei das Alpdrücken, das der Metallarbeiterstreik manchem Herrn verursacht, recht ergötzlichen Ausdruck fand. Schließlich verstieg sich der Stadtverordnete Buhke dazu, zu verlangen, daß jeder Agitator ohne weiteres zu entlassen sei! Stadtrat Ramskau war sich wohl bewußt, daß der blinde Eifer jener Herren das Gegenteil des erwünschten Erfolges herbeiführen muß, und erklärte, daß nur solche Arbeiter entlassen würden, die bei ihrem Befehlsgewaltigen Leben und Gesundheit der anderen bedrohen; das Recht, organisiert zu sein, werde den städtischen Arbeitern nicht streitig gemacht. Verwaltungsdirektor Fürst hielt es noch für erforderlich, zu betonen, daß die Verwaltung auch einschreiten müsse, wenn während der Arbeitszeit agitiert wird. Genosse Wurm trat den Ausführungen der Scharfmacher in der Deputation entgegen und bestritt, daß der Verband wie irgend eine gewerkschaftliche Organisation es billige, wenn ihre Mitglieder gegen Nichtorganisierte gewaltsam vorgehen.

Die Schilderung der Direktion beruhe auf einseitige Mitteilungen; man hätte eine gerichtliche Untersuchung veranlassen sollen, dann wäre öffentlich über den Vorfall verhandelt worden und nicht hinter verschlossenen Türen im Bureau der Dirigenten. Auf jeden Fall sei die Angelegenheit mit der jetzigen Debatte nicht erledigt. Der Deputation lag die in der oben erwähnten Versammlung beschlossene Resolution noch nicht vor; in der nächsten Sitzung wird dies der Fall sein.

Kastkisten empfindenswerter Jugendchriften usw. In unserer Notiz über die diesjährigen Ausstellungen (in Nr. 273 vom Sonntag) ist durch Ausfall eines Satzes der Sinn entstellt worden. Es ist einzufügen: „Dabei hatten gerade die Berliner Lehrer schon früher einen allerersten Versuch gemacht; schon drei Jahre vor der ersten Ausstellung des Gewerkschaftshauses hatten sie selber eine kleine Jugendchriften-Ausstellung veranstaltet.“ Hieran schließt sich dann: „Sie blieb freilich ein mißlungenes Experiment usw.“

Neue Stiftungen. Eine Stiftung von 75 000 M. hat die am 11. August gestorbene Frau Johanna Bergemann der Stadtgemeinde mit der Bestimmung vermach, die Zinsen an unheilbar kranke Frauen oder Mädchen zu verteilen. Falls ein Krankenhaus oder eine Heimstätte mit gleichen Zielen gegründet wird, ist das Kapital dorthin abzugeben. Vorläufig sind aus den Zinsen noch zwei lebenslängliche Renten in der Höhe von 1800 M. zu zahlen. — Aus dem Nachlaß des Rentiers Karl Georg Hartwig Staats aus Uelzen waren Rudolf Virchow 49 500 M. mit der Bestimmung ausgehakt, die zur Verfügung gestellten Mittel nach seinem Ermessen dazu zu verwenden, der Sterblichkeit der Berliner Kinder im ersten Lebensjahre wirksam entgegenzutreten. Rudolf Virchow hatte seit dem Jahre 1891 jährlich die Zinsen des Kapitals dem Kaiser Friedrich-Kinderkrankenhaus überwiesen. Die Erben Virchow's haben nun beschloffen, zur dauernden Erfüllung der vom Erblaher Staats gestifteten Bestimmung ein Kapital von 50 000 M. der Stadtgemeinde zur Errichtung einer Staats-Stiftung zu überweisen. Diese Stiftung soll als „unselbständige“ errichtet und als sogenanntes „Zweckvermögen“ der Stadt Berlin übereignet werden.

Die **Schwindelkassette „Verolina“**. Erregte Szenen im Gerichtssaal spielten sich gestern im Amtsgericht I in der Jüdenstraße ab. Von der Krankenkasse „Verolina“ waren wieder einige 60 Mitglieder wegen rückständiger Beiträge verklagt worden. Während der Verhandlung trat plötzlich der Rechtsbeistand des Schutzvereins der Versicherten, Dr. Schüler, auf und eröffnete den Verklagten, daß die Krankenkasse „Verolina“ schon seit dem Jahre 1902 gar nicht mehr besteht, sondern in die Hände der Verklagten übergegangen sei. Die Beiträge zu erheben, da sie schon im Herbst dieses Jahres insolvent gewesen sei. Die Beiträge dienten bloß zur Befriedigung der Vorstandsmitglieder, gegen die das Strafverfahren eingeleitet gewesen sei. Ein gerichtliches vereidigter Väterrevisor, der sich zur Revision der Geschäftsbücher der Kasse bereit erklärt habe, hätte bereits ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft gerichtet, in dem es heißt: „Ich habe mich bereits im Jahre 1902 über die Vermögensverhältnisse der Krankenkasse „Verolina“ orientiert. Die Vermögensverhältnisse waren schon damals so ungünstig, daß ich den Vorstandsmitgliedern gegenüber meine Ueberzeugung äußerte, wonach sie in jedem Falle einen Betrag ausüben, wenn sie bei ihrer loslosen Ueberbildung weiterhin Mitgliedsbeiträge annehmen würden. Nach meinem Dafürhalten betraute schon damals die ganze Existenz des Vereins nur auf dem Prinzip, sämtliche Eingänge von Beiträgen für die Gassen und Bezüge der Vorstandsmitglieder zu verwenden, sodaß an eine wirkliche Unterstützung der Kranken gar nicht gedacht werden konnte.“ Nach diesen Erklärungen sah sich der Gerichtshof veranlaßt, das Verfahren auszusetzen, bis die Revision der Geschäftsbücher der vertriebenen Krankenkasse „Verolina“ erfolgt ist.

Herr Siegfried Jacobsohn ist von der „Welt am Montag“ kalt gestellt worden. Der Verlag dieses Blattes giebt folgende Erklärung bekannt: „Einem großen Teil der deutschen Presse hat der Fall Jacobsohn die erwünschteste Gelegenheit gegeben, unseren Theatertreiber in der schärfsten Weise anzugreifen. Demgegenüber wollen wir uns bemühen, den Fall möglichst kühl, sachlich und gerecht zu behandeln. Vorläufig haben wir Herrn Jacobsohn in beiderseitigem Einverständnis bis auf weiteres beurlaubt. Eine endgültige Stellungnahme behalten wir uns vor, bis die Angelegenheit nach allen Richtungen geklärt ist.“

Ueber eine **zweifelhafte Firma in Belgrad**, welche ein Agentur- und Kommissionsgeschäft betreibt und mittellos ist, sind den Aeltesten der Kaufmannschaft von Berlin von zuverlässiger Seite Mitteilungen zugegangen, über deren Inhalt vertrauenswürdigem Interessenten im Zentralbureau der Incorporation der Kaufmannschaft von Berlin, Neue Friedrichstr. 51 L, an den Werktagen zwischen 9 und 3 Uhr mündlich nähere Auskunft gegeben wird.

Auf Streikposten gestorben

Der Verstorbene genüge seiner Pflicht vor der Fabrik der Firma Heise in der Sebastianstraße. Er hatte gerade versucht, einen von einem Schutzmann mit gewohnter Sorgfalt „beschützten“ Arbeitswilligen zum Verlassen der Streikarbeit zu überreden, als er sich plötzlich unwohl fühlte und kurze Zeit darauf in seiner Wohnung am Herzschlag verstarb. Das Schicksal dieses Kollegen, der wie ein pflichttreuer Soldat auf seinem Posten starb, erweckte allgemeine Teilnahme bei sämtlichen Streikenden und Ausgesperrten. Entblößten Hauptes erhoben sich alle Anwesenden in der Versammlung, um das Ableben des so schnell Dahingeschiedenen zu ehren. An der Beerdigung, die gestern nachmittag auf dem Emmaus-Friedhof zu Nixdorf stattfand, beteiligte sich der größte Teil seiner im Kampfe stehenden Verbandskollegen wie auch Hunderte anderer Arbeiter. Sie alle erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre in dem Bewußtsein, einen von wahren Pflicht-

und Solidaritätsgefühl durchdrungenen Mitarbeiter verloren zu haben.

Der Verlust einer kostbaren silbernen Wase beschäftigt die Kriminalpolizei. Es handelt sich um ein Werk von großem Kunst- und geschichtlichem Wert, das einst einem berühmten Mann zum Geschenk gemacht wurde und jetzt auf dem Transport vom hiesigen Götterhof nach der Oberlausitz auf eine rätselhafte Weise verschwand. Die Wase ist 2 1/2 Fuß hoch und reich vergolbet. Auf einer Seite ist die Schlacht bei Heilsberg 1807, auf der anderen das Niedergericht bei Liebertwollwitz 1813 dargestellt. Der Deckel ist reich ornamentiert, der Henkel, der aus Lorbeer- und Eichenblättern gebildet ist, nicht minder. Die Wase wurde in einer S. v. B. gezeichneten Kiste als 52 Kilogramm schwere Sendung auf dem Götterhof in einen Eilgutwagen verladen und dieser plombiert. Schon in Kottbus war sie aus dem Wagen verschwunden. Bisher hat man noch keine Spur von ihr gefunden. Jetzt ist die hiesige Kriminalpolizei mit Nachforschungen nach ihrem Verbleib betraut. Sie nimmt etwaige Mitteilungen, die zur Wiederermittlung führen können, jederzeit entgegen.

Ein **Doppelselbstmord** ereignet im Südosten der Stadt Kuffstein. In einer Anstalt in der Mantelfeldstraße arbeitete seit fünf Jahren die 25 Jahre alte Galvanisierfrau Anna Pöschag aus der Rammnstraße 1, die seit sieben Jahren kinderlos verheiratet war. Seit vier Monaten war dort auch der 37 Jahre alte Arbeiter Otto Knoll aus der Rammnstr. 17 beschäftigt. Knoll war 13 Jahre verheiratet und Vater eines zehnjährigen Sohnes. Seine Frau betreibt ein Milchgeschäft. Seitdem er in der Mantelfeldstraße arbeitete, ging Frau Pöschag bei ihm aus und ein. Seine Frau will nichts wahrgenommen haben als einen freundschaftlichen Verkehr, mit dem sie einverstanden war. Pöschag dagegen war eifersüchtig und hatte mit seiner Frau oft häusliche Anfechtungen. Am Freitag abend begab sich Knoll nach einem Hotel in der Dresdenerstraße, schrieb sich als Schlosser Hermann Gornay aus Neu-Ruppin in das Fremdenbuch ein und vergiftete sich wenige Stunden nach seiner Ankunft mit Cyanid. Ein Abschiedsbrief an seine Frau, in dem er jedoch die Veranlassung zu dem Selbstmorde nicht angab, führte zur Feststellung seiner Persönlichkeit. Als an demselben Abend Pöschag von der Arbeit nach Hause kam, fand er auch seine Frau als Leiche vor. Sie hatte sich mit einer Fuderahorn am Kleiderständer erhängt. Eine Aufzeichnung über den Verweggrund hatte auch sie nicht hinterlassen.

Aus der Panke heraus verhaftet wurde in der Nacht zum Montag ein 21 Jahre alter Einbrecher Hermann Langhanski. Beantete sahen, daß Leute sich in einer Kleiderhandlung in der Reindendorferstraße zu schaffen machten. Es waren drei junge Männer, die für 2000 M. Anzüge und Stoffe zum Wegschaffen eingepackt hatten, aber unter Zurücklassung der Beute nach allen Richtungen entflohen, als sie sich entdeckt sahen. Langhanski geriet an die Panke, sprang hinein, da ihm der Beantete dicht auf den Fersen war, und blieb darin liegen bis er halb erstarrt war. Endlich kam er aber doch wieder nach dem Ufer zu und wurde nun von dem Verfolger, der ruhig gewartet hatte, hilflos herangezogen und nach der Wache gebracht.

Der **mißglückte Diebstahl**. Der Pförtner Mattes, der in Neuhabelsberg eine Villa verwaltet, erhielt vorgestern einen Brief, in dem er gebeten wurde, um 7 Uhr abends an einer bestimmten Straßenecke zu sein, um mit dem Absender in einer geschäftlichen Angelegenheit nach Potsdam zu fahren. Da es von seiner Wohnung nicht allzuweit entfernt war, so ging er aus Reugier hin, fand aber niemand. Noch wartete er und sann darüber nach, wer wohl den Scherz gemacht haben könnte, als er einen jungen Mann mit einem Keisler, einem Wädel und einem Schirm nach dem Bahnhof zugehen sah. Da ihm der Schirm bekannt vorkam, so fiel ihm jetzt ein, daß ein Dieb ihn aus der Wohnung gelockt haben würde, um umgekehrt plündern zu können. Er folgte dem jungen Manne auf die Bahn, wollte ihn auf der Station Zoologischer Garten, wo sie umliegen, feststellen lassen, erhielt aber von dem Bahnbeamten zur Antwort, dies sei Sache der Polizei. Bevor ein Schutzmännchen zu erreichen war, stieg der junge Mann wieder ein und Mattes folgte ihm weiter. So fuhren beide bis Friedrichsberg. Von dort ging der junge Mann, immer gefolgt von dem Pförtner, nach der Hiltferstraße 17 und in dieses Haus hinein. Mattes wartete vor der Tür, bis ein Schutzmännchen kam, und dann mit diesem zusammen auf der anderen Straßenseite. Nach langer Zeit erschien der junge Mann ohne Gepäck wieder vor der Tür und wurde jetzt von dem Beamten festgenommen. In dem Hause fand man jetzt auch das Gepäck, lauter Sachen, die der Verhaftete aus der Villa in Neuhabelsberg gestohlen hatte. Der Dieb ist ein Schlosser Karl Lang, ein junger Mann von gutem Herkommen und in guter Stellung, aber schon mehrfach bestraft. Er erklärt, daß er hin und wieder einbrechen möchte, einem unwillkürlichen Drange folgend. In seiner Wohnung fand die Kriminalpolizei denn auch noch eine Menge Sachen, die er bei anderen Gelegenheiten gestohlen hatte.

Feuerbericht. Montag nachmittag gegen 8 Uhr wurde die Wehr nach der Mohrenstr. 33 gerufen, weil dort im ersten Stock des linken Seitenflügels in einem Logerraum der Seidenwarenfabrik von Gd. u. H. v. Bederath Feuer ausgebrochen war. Der 17. Löschzug konnte die Gefahr leicht beseitigen. — Vorher gingen in der Hennigsdorferstraße 11 Möbel und Kleidungsstücke in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Friedenstr. 49 ein Brand abgelöscht werden mußte, der den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. — In der Kronenstr. 65 entstand durch einen Gaslecker ein Feuer, das Möbel und Wäschestücke erfaßte, aber vom 10. Löschzuge in kurzer Zeit erstickt werden konnte. — Die übrigen Alarmierungen, die in der Zwischenzeit noch aus der Linienstr. 247, Feldzugmeisterstraße 8 und noch aus verschiedenen anderen Orten einliefen, waren durchweg auf ganz unbedeutende Anlässe zurückzuführen.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Der Unterricht in Geschichte fällt heute aus, ebenso am Freitag in Rede und Übung.

Das **Winterfest der freien Volkshäuser**. Das ist das Aemstliche bedeutsamere Männer, daß sie den Ereignissen um etliche Pferdebelangen voraussehen. Mit Horribod ging es am Sonnabend vorwärts. Im Kalender haben wir noch keinen Winter und auch in der Natur nicht. Wer sich aber leisten kann der Haut vor und nimmt rechtzeitig seine laufende Preklohlen ein. Und indem die freie Volkshäuser in dieser Herbstzeit bereits ihr Winterfest feierten, wollte sie ihre Getreuen auf den russischen Winter vorbereiten, der nach allem, was wir im Kulturleben preussischer Staatsdairon Deutungswertes fanden, für unser politisches Dasein zu erwarten ist. Die Preklohlen, mit denen auf dem humoristisch-satirischen Winterfest unseren Staatsleuten eingehetzt wurde, branneten lustig und gaben dem großen Saal der Brauerei Friedrichshain eine mehr als anheimelnde Wärme. Getragen war dies Fest von dem borussisch-russischen Staatsgedanken, daß mit gar vielen Vorurteilen ausgeräumt werden muß. Zunächst mit dem, daß der Preklohlen etwas Besseres ist als ein gemeiner Verbrecher. Das ist er nicht, und in dem Rüsteregenplum eines Schmierfinken, das sich als Reinkultur aus Plähensee vorstellte, erlebten wir die vollendete Erziehung zum schmerzlichen Jungen. Dieser Zeitungsschreiber war aus der Redaktionsheimstätte ausgebrochen. Jetzt dies Ereignis schon dafür, daß ein Talent sich in der Stille gebildet hatte, so noch mehr das Unerhörte, daß dieser Mann sofort nach seiner Selbstbefreiung erfolgreich eingebrochen war an einem Orte, der uns allen heilig und unantastbar sein sollte. Im Volkepräsidentium am Alexanderplatz hatte diese talentvolle Variation eines kommandierenden Generals nämlich mit Dietrich und Breckisen alles ausgeräumt, was der Zensor zur Bewahrung guter Sitte der deutschen Dichtung konserviert und unter festem Beschluß gehalten hatte. Ja, noch mehr. In der Voraussetzung, daß der Winter deutschen Geistes, der uns winkt, ein gar strenger, russischer sein wird, hatte der Verwoofene auch solche Geistesprodukte sich angeeignet, die in Zukunft noch der Konstitution anheimfallen. Ein Schauer padie uns, als wir sahen, welche Beute aufgestapelt wurde. Eugene Coucaltines Polizeiposse „Der gemüthliche Kommissar“, die bis dahin frei auf Berliner Bühnen umherlief,

wurde als Diebesgut beschlagnahmt, die Dubettiere zu „Katinia“ des gleichen und ferner elische Couplets, die ein Varietés selbst am Totenfonntag ideal zieren würden. So wurde mit dem Gedichten, was der Deutsche kennt, mit seiner Polizeifurcht, Schindluder gespielt. Aber mag ein revolutionäres Wirken noch so giftig gewollt an die Öffentlichkeit treten, es birgt zum Glück auch sein Gegengift in sich. Unterjochungslos hatte der zum Kallistadenlauf avancierte Preßverbrecher alles gestohlen, was er im eisernen Behälter am Alexanderplatz vorfand. Wie es denn aber auch bei normalen Einbrüchen vorkommt, daß der Dieb über Bedeutung und Wert der geraubten Gegenstände schlecht informiert ist, so geschah es auch in diesem Falle, daß neben dem revolutionären Schund gar manches patriotische Kleinod ausgekratzt wurde, ohne daß der Held vom Verbrechen recht ahnte, was er vor sich hatte. So erlebten wir denn am Sonnabend, daß eine patriotische Schlachtmusik erscholl, die allein schon geeignet ist, auch den verblissensten Sozialdemokraten zu dem Gedächtnis zu zwingen, wie einen anderen Reichstagskandidaten zu wählen als den vom Kriegerverein abgestempelten. Und eine Denkmalweihe gab es, eine Denkmalweihe von Jagdgruppen, die in dem versammelten Arbeiterpublikum einen wahren Sturm patriotischer Begeisterung entkammte. Das hätten die Veranstalter des Abends wissen sollen, daß ihr frevelhaftes Beginnen einen ganz, ganz anderen Eindruck machte, als sie in ihrem verbrecherischen Vanantentum erhofften. Eine neue Welle des Patriotismus wird vom Winterfest der freien Volksschule ab datieren, daß können die Sieger sicher sein! In der Regierung und dem staatsverachtenden Gedanken wollten die Kerls einziehen, und die Flamme edelster patriotischer Begeisterung ist entfacht worden. Da dank dem Einbruch im Polizeipräsidium es mit dem Ansehen der Sozialdemokratie doch vorbei ist, das patriotische Meisterwerk der Denkmalweihe aber kommenden Geschlechtern erhalten werden muß, so empfehlen wir den Kriegerverein, sich für ihre Veranstaltungen das Ausführungsrecht zu sichern. Die Adresse des gänzlich gehinderten Einbrecher-Schmierhaken können sie auf unserer Redaktion erfahren.

Freie Guiltbert, für deren Auftreten im Vestheim-Saal heute abend alle Eintrittskarten lange Zeit vorher vergriffen waren, wird in dieser Woche noch einmal vor dem Berliner Publikum erscheinen und im Reichstagsfest des Vereins „Berliner Presse“ am Freitag, 25. November, mitwirken. Außerdem singen an diesem Abend auch noch Francesco d'Andrade und Paul Mäuser. Eintrittskarten sind bei Bote und Bot, Leipzigerstr. 37 und im Sekretariat des Vereins „Berliner Presse“, Flottwellstr. 5 zum Preise von 5 M. zu haben.

Das Konzert der „Typographia“ hatte am Sonntag die Freunde dieses in Arbeiterkreisen beliebten Gesangsvereins in großer Zahl nach der „Neuen Welt“ gelockt. Das Programm war ein äußerst gewähltes. Der instrumentale Teil, ausgeführt vom Berliner Tonkünstler-Orchester, brachte u. a. Wagner's Vorspiel zu „Lohengrin“ und Saint-Saëns' ergreifenden „Totentanz“. Ganz besonderen Beifall fanden jedoch die Männerchöre. Hier wäre jedoch Pagar's „Totenkopf“ dem Tage entsprechender gewesen als der zwar äußerst schwierige „Mudios von Werdenberg“ desselben Komponisten. In wünschlicher wäre nur, daß bei künftigen Aufführungen größerer Chorwerke diese nicht im letzten Teil gebracht werden, wenn die Aufmerksamkeit nachzulassen beginnt. Beim Schlusschor des „Columbus“ verließ leider ein Teil der Besucher den Saal und zerstörte dadurch den Gesamteindruck dieses von Chor, Solisten und Orchester meisterhaft zu Gehör gebrachten Brambach'schen Oratoriums. Alles in allem standen die Leistungen der „Typographia“, die in letzter Zeit unter Leitung ihres Chormeisters Weinbaum beachtenswerte Fortschritte gemacht, auf der Höhe dessen, was von einem Arbeiter-Gesangsverein erwartet werden kann.

Der Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ hielt, wie seit Jahren schon, auch am letzten Totenfonntag in der Brauerei Friedrichsbain sein Konzert ab. Die Tüchtigkeit des Vereins ist in Parteikreisen bekannt; gar manches Wahlvereinsfest hat durch die Mitwirkung der „Kreuzberger Harmonie“ ein künstlerisches Bedeutsames erlangt. So ist es denn selbstverständlich, daß die zahlreichen Freunde dieser Niederstafel nicht allein ehrenhalber, sondern auch in Erwartung eines Kunstgenusses das übliche Jahreskonzert besuchen. Auch diesmal ist das Publikum nicht getäuscht worden. Unter Mitwirkung des Berliner Tonkünstler-Orchesters kam ein vortreffliches Instrumentalprogramm zu Gehör, in welchem die „Lammhauer“-Duovertüre den Glanzpunkt bildete; der Gesangschor hatte in Gemeinschaft mit dem Orchester den Brautchor aus „Lohengrin“ sowie Koschats „Sonntag auf der Alm“ aufs Programm gesetzt. Im dritten Teil war „Bineta“ von Edwin Schütz, vom sechsstimmigen Männerchor vorgelesen, das Ereignis. Hoffentlich ist es der „Kreuzberger Harmonie“ beschieden, noch recht oft in Arbeiterkreisen das Interesse für die Gesangskunst zu wecken.

Theater. Max Halbes vieraktiges Drama „Mutter Erde“, das am letzten Sonntag nachmittags die Neue Freie Volksbühne ihren Mitgliedern mit den Darstellern des Schiller-Theaters auf der Bühne des Schiller-Theaters N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater) vorführte, wurde mit so lebhaftem Interesse aufgenommen, daß die Direktion sich veranlaßt sieht, das Stück sofort in den Spielplan des Schiller-Theaters aufzunehmen. Es wird am Dienstag im Schiller-Theater N. in Szene gehen. — Im Deutsch-Amerikanischen Theater findet heute die Premiere von „New York“, fünf Akte mit Gesang, aus dem Nachleben einer Weltstadt, Text und Musik von Adolf Philipp statt. In dem Stück tritt wiederholt der Dichterkomponist in der Hauptrolle auf. Die Vorstellung beginnt heute ausnahmsweise um 1/8 Uhr. Im National-Theater wird Francesca Breboski heute (Dienstag) nochmals die Biuletta spielen und am 25. d. M. als Fedora in Giordanos gleichnamiger Oper auftreten. — Die Deutsche Volksschule, über deren Zusammenbruch wir wiederholt berichtet haben, ist heute beim 1. Kammergericht mit ihren Ansprüchen gegen die Direktion des Carl Weß-Theaters endgültig abgewiesen worden, so daß Direktor Fischer für die nächsten fünf Jahre alleiniger Pächter dieser Bühne ist.

Aus den Nachbarorten.

Rixdorf. Bei der gestern stattgefundenen Stadtverordneten-Wahl der dritten Abteilung wurden gewählt im 1. Bezirk Paersche (Soz.) mit 287 gegen 51 Stimmen, welche auf den Kandidaten der Bürgerpartei Maurermeister Verttel fielen. In den übrigen Bezirken waren Gegenkandidaten nicht aufgestellt. Es erhielten im 5. Bezirk Genosse Rogger 438, im 6. Bezirk Genosse Paersche 259, im 7. Bezirk Genosse P. Mißhake 618, im 11. Bezirk Genosse Diermann 432, im 12. Bezirk Genosse Thurow 417, und im 13. Bezirk Genosse Paersche 390 Stimmen.

Rixdorf. Der Magistrat hat beschlossen, die Stadtgemeinde Berlin auch für das Rechnungsjahr 1904 mit einem Beitrag zu den Schulunterhaltungskosten auf Grund des Kommunalabgaben-Gesetzes in Anspruch zu nehmen. Da der Magistrat von Berlin den gleichen Anspruch der hiesigen Stadt für das Rechnungsjahr 1903 abgelehnt hat, soll auch in diesem Falle, wie in den Vorjahren, gegen Berlin Klage erhoben werden. Die früheren Prozesse gleicher Art schweben bekanntlich zur Zeit vor dem Oberverwaltungsgericht.

Die städtische Realschule soll von dem Kaiser Friedrich-Realgymnasium demnächst getrennt werden und in der Emserstraße ein eigenes Schulgebäude erhalten.

Als ein hartnäckiger Selbstmordkandidat erwies sich ein in der Friedrichstraße wohnhafter Steinbruder V. In der Nacht vom Sonntag zum Montag suchte V. sich mit einem Revolver zu erschlagen, doch konnte ihn seine Frau die Waffe noch rechtzeitig entreißen. Bald darauf wurde die Frau durch heftiges Volkern aus dem Schlaf geweckt; ihr Mann hatte sich erhängt, doch zerriß die Schnur und V. fiel zu Boden, wo ihm die um den Hals liegende Schnur von seiner Frau entzerrt wurde. Am Montag vormittag machte V. den dritten Selbstmordversuch, indem er sich in der Nähe

durch Einatmen von Gas zu töten suchte, während seine Gattin Einläufe machte. Als Frau V. zurückkam, fand sie ihren Mann bewußlos auf den Dielen liegen. Ein schnell hinzugerufener Arzt und die Samariterabteilung der freiwilligen Feuerwehr konnten den Lebensmüden mit Hilfe des Sauerstoffapparates wieder ins Leben zurückrufen. Da V. augenscheinlich geisteskrank ist, ließ ihn der Arzt nach einer Heilanstalt schaffen.

Lankwitz. Ein schwerer Unfall ereignete sich auf einem Neubau in der hiesigen Corneliustrasse. Der Dachdecker Hillert aus Berlin war auf dem Dache mit Vermessungsarbeiten beschäftigt, trat dabei fehl und stürzte, da an der Schutzvorrichtung das Geländer fehlte, rücklings in die Tiefe. Er fiel auf eine etwa 9 Meter entfernte Mauer und schlug festig auf einen Rehriegel auf. Schwerverletzt wurde der Bedauernswerte nach dem Kreiskrankenhaus in Groß-Lichterfelde transportiert.

Eine Lehrerin gemahregelt. Ein sonderbares Disziplinarverfahren ist gegen eine Gemeindegemeinschaft in Spandau eingeleitet worden, die in der Frauenbewegung eine Rolle spielt. Auf einem Frauenkongreß trat sie für Einführung der Geschlechtslehre in den oberen Schulklassen ein. Zu dem Verfahren soll der Inhalt mehrerer von ihr gehaltenen Vorträge Anlaß gegeben haben. Ganz in der Ordnung! Was Sozialdemokraten recht ist, muß einer Dame, die gleich diesen der landesüblichen Heuchelei entgegentritt, billig sein. Wir erwarten eine Anweisung des Provinzial-Schulkollegiums, welche die Lehre vom Storch offiziell an preussischen Schulen einführt.

Der bei dem Raubmordversuch auf der Chaussee nach Eggersdorf schwer verwundete Bauerngutsbesitzer Heinrich Gänger hat jetzt selbst Angaben machen können, die beweisen, daß der Räuber Schulz planmäßig zu Werke gegangen ist. Als Gänger aus der Wirtschaft von Grams in der Fidiestraße fortging, folgte ihm Schulz und holte ihn an der Gneisenaustraße ein. Hier lagte er ihm, daß er keine Arbeit habe und erbot sich, ihm die Kasette, die er vom Schlessischen Bahnhof mitnehmen wollte, vom Bahnhof Straußberg nach Hause zu tragen. Arglos nahm der gutmütige Landmann das Anerbieten an. Da kein Zug mehr nach Berlin zurückführte, so sollte Schulz in Eggersdorf bei den Knechten schlafen. Auf dem Bahnhof Straußberg nahm Schulz seinen Sad voll Kasette auf die Schulter und einige Kränze, die Gänger zum Totenfonntag gekauft hatte, in die Hand. So folgte er ihm auf der Chaussee nach der 20 Minuten entfernten Wohnung. Ungefähr Mitte des Weges warf Schulz plötzlich Sad und Kränze von sich, packte Gänger von hinten und riß ihm mit den Worten: „Du Hund, Geld her, oder ich schneide Dir die Gurgel ab!“ zu Boden. Auf seinem Opfer liegend, sagte er noch: „Die Kränze, die Du mitgenommen hast, sind für Deine eigene Leiche!“ Dann nahm der Räuber sein Taschenmesser und versuchte, dem Ueberfallenen die Kehle durchzuschneiden. Auf die Hilferufe Gänglers entloß der Räuber mit der Deute nach Eggersdorf zu, da er nach dem Bahnhof nicht zurückkehren durfte. Die Audrede des Räubers, Gänger habe im Eisenbahnwagen und später ein unsittliches Ansehen an ihn gestellt, wird schon dadurch widerlegt, daß in demselben Wagon vier andere Reisende mitfahren.

Ober-Schöneweide. Die eiserne Spreibrücke soll bestimmt am 1. Dezember für den Fußgängerverkehr freigegeben werden, nachdem auf der Bahnseite ein provisorischer eingetragener Fußgängersteig geschaffen ist. Auch sollen jetzt die Schwierigkeiten, die von der Gemeinde Nieder-Schöneweide gegen die Anlage der Kampe gemacht wurden, beseitigt werden, so daß in naher Zeit die vollständige Freigabe der Weide in Aussicht steht. Die Kosten des Bauwerks betragen jetzt etwa 500 000 M.

Gerichts-Zeitung.

Auch ein Uebermensch. Interessante Einzelheiten aus dem Leben eines erzentrish veranlagten Menschen wurden kürzlich vor der Strafkammer in Eberswalde zur Sprache gebracht. Der frühere Fabrikbesitzer Ernst Schotter aus Berlin hatte sich wegen wiederholten Betruges und Urkundenfälschung zu verantworten. Im Jahre 1896 hatte er von einem Verwandten eine größere Metallwarenfabrik übernommen. Er war ohne Vermögen, mit dem Betrieb der Fabrik trat aber ein Umschwung in seinen Vermögensverhältnissen ein und Sch. begann überaus verdienstreich zu leben. Er kaufte in Joachimsthal bei Eberswalde eine Villa, statierte diese mit Luxusmöbeln im Werte von über 10 000 M. aus und ließ auch eine elektrische Lichtanlage eintichten, die nicht weniger als 10 600 M. kostete. Als im Jahre 1901 ein allgemeiner geschäftlicher Niedergang in der Metallindustrie eintrat, war Schotter genötigt, die Fabrik wieder abzugeben. Er lebte aber sein verdienstreiches Leben fort, spielte sich in Joachimsthal als überaus vermögenden Mann auf und hielt sich mehrere Wagen und Pferde. Der Banunternehmer Grell betrachtete es als ein persönliches großes Glück, daß der Angeklagte mit ihm in Verbindung trat und erträumte sich aus dieser Verbindung goldene Berge für sich selbst. Er baute den Angeklagten ohne viel Befinnen einen größeren Neubau an die Villa und verauslagte gern die Kosten in Höhe von 3400 M., da ihm Schotter erzählte, er habe in nächster Zeit für den Verkauf seiner Fabrik noch 68 000 M. sowie 24 000 M. für einen Hauskauf zu erwarten. Grell ließ sich auch überreden mit ihm einen Sozietätsvertrag zwecks Errichtung einer Metallwarenfabrik in Joachimsthal einzugehen. Auch hierbei soll der Angeklagte den G. getäuscht und in mehreren Fällen auch dessen Unterschrift unbedachtigt benutzt haben. Grell, der sich nebenbei auch verleitete, eine Bürgschaft über 8000 M. für den Angeklagten zu übernehmen, hat diese Verbindung mit erheblichen finanziellen Verlusten büßen müssen und die Anlage behauptete, daß dies auf die falschen Verpfändungen des Angeklagten zurückzuführen sei. Ein früher in dieser Sache schon einmal angeklagter Termin wurde verlagert, da Rechtsanwält Wahn die Unternehmung des Angeklagten auf seinen Vermögenszustand beantragte. Schotter habe, wie er anführte, ganz merkwürdige Dinge vollbracht, welche das Gebiet des Erzentrishen stark überschreiten und in deren Folge Schotter auf Antrag seiner Ehefrau entmündigt wurde. Der Großvater des Angeklagten habe sich im Delirium erlangt, er selbst sei jahrelang gewohnheitsmäßiger Trinker gewesen. Ein tägliches Quantum von zwei Liter Cognak war nichts seltenes, ebenfalls habe er täglich fünfzehn der schwersten Zigarren geraucht. Am einschlafen zu können, trank Sch. abends im Bett noch eine Flasche Portwein und fing am nächsten Morgen mit starkem Kopfschmerz, Nerven und Wein wieder an. Die Folge war natürlich eine starke Nervenerrüttung, die sich in einer Art Größenwahn äußerte. Eines Tages war Sch. einem Hochstapler in die Hände gefallen, der ihm goldene Berge versprach. Schotter ging plötzlich nach England und ließ in Berlin alles im Stich. In London verschwand der „gute Freund“, nachdem er den Angeklagten noch erheblich pekuniär geschädigt hatte. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland überließ ihm die Sucht alles zu kaufen, was zu kaufen war. Er kaufte große Hunde, Affen, einen Vär, Vögel, welche er zu Hunderten in einen Raum sperrte und fast verhungern ließ. Gleichzeitig besuchte er Renagerien und kaufte alles mögliche dasehst ein. Ferner begie er eine besondere Vorliebe für Klaviere und photographische Apparate, von denen er mehrere kaufte. Nachdem Sch. eine 3000 Mark große Jagd gepachtet hatte, kaufte er zehn Hunde und über 40 Gewehre und Pistolen und richtete zur Aufbeahrung einen großen Raum ein, in welchem er sich tagelang aufhielt. Gleichzeitig kaufte er Schweine, Gänse, Pferde und Wagen, und eine Anzahl völlig unnützer Dinge, welche er nie gebrauchten konnte. Als sich Personen über die erzentrishen Taten des Angeklagten befragten, kaufte er wie zum Trost ein Reispferd für 1500 M., welches er in dessen nie benutzte. Ein anderes Mal ließ er sich von einer ganzen Militärkapelle auf dem Hofe aufspielen. — Trotz alledem begünstigte der Sachverständige Sanitätsrat Dr. Hoffmann in Eberswalde, daß § 51 St.-G.-B. auf den Angeklagten keine Anwendung finden könne. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. — Rechtsanwält Wahn bestritt, daß dem Angeklagten

eine betrügerische Absicht nachgewiesen sei; der Zeuge Grell, der wohl gehofft hatte, durch den Angeklagten ein reiches Mann zu werden, habe diesem höchst wahrscheinlich seinen Kredit angeboten. Auch eine Urkundenfälschung liege nicht vor, da der Angeklagte wohl glauben konnte, auf Grund des Sozietätsvertrages sich der Unterschrift des Zeugen bedienen zu können. — Der Gerichtshof kam nach mehrstündiger Beratung aus den gleichen Erwägungen zur Freisprechung des Angeklagten.

Der heilige Liguori und der fliegende Gerichtsstand. Eine für die Presse wichtige grundsätzliche Frage wurde gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I bei der Verhandlung einer Anklage angeschnitten, bei der es sich um die Moraltheologie des heiligen Liguori handelt. Wegen Beihilfe zum Vergehen der Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche und der Vorbereitung einer unzüchtigen Schrift sollte sich der Privatgelehrte Dr. Ernst Wischhof in Leipzig verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Busch, die Anklage vertrat Staatsanwalt Rasch, die Verteidigung führte Rechtsanwält Dr. Halpert. Vor einigen Jahren hatte ein früherer Lehrer Grahmönn zu Stettin bereits die Beichtregeln des heilig gesprochenen Liguori, dessen Werke von den Päpsten Pius IX. und Leo XIII. zum Studium der katholischen Christenheit empfohlen worden sind, in einer Broschüre bekannt gegeben und daran eine heftige Polemik geknüpft.

Grähmann wurde seinerzeit von der Anklage der Beschimpfung des heiligen Sakraments der Weichte freigesprochen. — Jetzt steht eine bei dem Verleger Rindern in Leipzig erschienene, von einem Anonymus verfaßte Broschüre unter Anklage, die den Titel führt: „Die Beichtregeln vor dem österröichischen Abgeordnetenhaus nach der Moraltheologie des heiligen Alphonsus de Liguori und anderer römischen „Moralisten“ nebst Epilog an Herrn Prälaten Dr. Keller und altemännliche Statistik über Unzuchtverbrechen römischer Geistlichen.“ Die Schrift soll unzüchtigen Inhalt haben und Einrichtungen der katholischen Kirche beschimpfen. Der Verfasser nannte sich mit dem Namen eines böhmischen Gelehrten aus dem Zeitalter des heiligen Liguori „Profop Weiß“. Der Verleger Rindern, gegen den das Verfahren wegen seines körperlichen Leidens abgewandt werden mußte, hatte vor Herausgabe der Broschüre das Manuskript dem Dr. Ernst Wischhof zur Begutachtung unterbreitet. Dieser hatte eine Reihe von Korrekturen vorgenommen, einzelne Stellen durchgestrichen, und gemäß dieser Korrektur wurde die Broschüre dann gedruckt. Dies hatte gegen ihn das Verfahren wegen Beihilfe zur Folge. Das Verfahren ist schon über zwei Jahre im Gange, und mehrere Termine sind bereits vertagt worden. Zum jetzigen Termine war der Angeklagte von der Pflicht des persönlichen Erscheinens entbunden worden. Vor Verlesung des Eröffnungsbeschlusses erklärte Rechtsanwält Dr. Halpert, daß er zu seinem Bedauern einen Einwand gegen die Zuständigkeit des hiesigen Gerichts geltend machen müsse. Er folge darin einem Verlangen seines Klienten. Zur Begründung führte er folgendes aus: Der Eröffnungsbeschluss sei im April 1902 nach Maßgabe des damals noch bestehenden ambulanten Gerichtsstandes der Presse hier in Berlin ergangen. Inzwischen sei das Gesetz vom 13. Juli 1902 erschienen, durch welches der § 7 der Strafprozeßordnung dahin abgeändert wurde: „Wird der Tatbestand der strafbaren Handlung durch den Inhalt einer im Inland erschienenen Druckschrift begründet, so ist als zuständiges Gericht nur dasjenige Gericht anzusehen, in dessen Bezirk die Druckschrift erschienen ist.“ Es frage sich nun, ob das neue Gesetz auf abhängige Strafsachen Platz greife oder nicht? Rechtsanwält Dr. Halpert glaubte, daß diese Frage bejaht werden müsse. Er habe kein Material darüber gefunden und müsse sich deshalb auf den § 8 des Einführungsgesetzes zur Strafprozeßordnung berufen. Wenn an Stelle des § 7 der Strafprozeßordnung das neue Gesetz vom 13. Juni 1902 getreten sei, so müsse nach dem Wortlaut des zweiten Absatzes des § 8 der Strafprozeßordnung dieses neue Gesetz auf alle abhängigen Strafsachen Platz greifen, es sei denn, daß vor seinem Inkrafttreten ein Endurteil erster Instanz ergangen sei. Dies sei doch hier nicht der Fall. — Der Staatsanwalt bestritt die Richtigkeit dieser Ausführungen.

Der Gerichtshof beschloß nach längerer Beratung, in der Erwägung, daß es sich um ein neues Gesetz handelt und dem Gerichtshof an Gerichtsstelle nur mangelhafte Materialien zur Verfügung stehen, den Publikationstermin auf nächsten Montag anzusetzen.

Deutscher Senefelder-Bund, Mitgliedschaft Berlin. Heute abend 9 1/2 Uhr im Restaurant Riegel, Stralauerstr. 57: Mitglieder-Versammlung und Vorstandssitzung.

Deutscher Arbeiter-Abkündertenbund, Ortsgruppe Berlin. Mittwoch, den 24. November, abends präzis 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Englischen Garten, Alexanderstraße 20. Wichtige Tagesordnung.

Verband der Freiwirtschaftlichen Deutschlands, Zweigverein Berlin. Dienstag, den 22. d. Mts., abends 10 Uhr, Kosenhauerstr. 57: Wahl von 41 Delegierten zur Krankenkasse. Erscheinen notwendig.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 8. Heft des 23. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Abens Briefe. Albert Schöffle: Aus meinem Leben. Von A. Bebel. — Die Marx-Studien. II. Von Max Jetterbaum. — Zur Frage des Generalstreiks. Von Wilhelm Dämel. — Literarische Rundschau: Karl Krohne, Monarchie oder Republik? Von L. — La Vie Socialiste. Von R. Kautsky. — Notiz: Sozialistische Jugendliteratur. Von Franz Krüger, Königsberg i. Pr.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 325 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Hg. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vermischtes.

Zusammenstoß mit Wilderern. Bei dem Dorfe Weispoldsheim kam es Sonntag, wie aus Strahburg i. Els. gemeldet wird, in der Frühe zwischen Jagdhütern und einer großen Gesellschaft von Wilderern zu einem blutigen Zusammenstoß. Zwei Wilderer wurden erschossen, ein dritter wurde schwer verletzt in das Strahburger Hospital gebracht, wo er nach Blüternmeldungen inzwischen gestorben sein soll. Drei Wilderer sind leicht verletzt worden.

Raubmord in Straubing. Die „Donauzeitung“ meldet aus Straubing, daß der Buchhalter des Rindberger Raiffeisen-Vereins Pfages im Gasthaus Münchener Hof mit durchschnittenen Adern und eingeschlagenem Schädel aufgefunden wurde. Geraubt waren 3000 M. Als des Raubmordes verdächtig wurde das Reisenden-Gespann Fremdtner im Mathäerbräu in München verhaftet.

Arbeiter-Risiko. Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Oberursel den 20. d. M. gemeldet: Gegen 10 1/2 Uhr explodierte in der nahe bei Weiskirchen gelegenen Bronzefabrik von Schöpflocher u. Co. ein Kessel. Zwei Arbeiter wurden schwer und einer tödlich verletzt. Die Explosion ist auf die Entzündung giftiger Gase zurückzuführen.

Italienische Raube. Eine entsetzliche Missetat spielte sich Sonntag, wie aus Rom berichtet wird, in Polignano (Bari) ab. Ein reicher Arzt, Dr. Pellegrini, hatte Apollonia, die Tochter des Bürger's Gianluigi, verheiratet. Er war aber in allen Instanzen freigesprochen worden. Als der Doktor in Begleitung seiner beiden Brüder gestern abend nach Hause ging, wurde er von der Familie der Verführten angefallen. Der Arzt schoß den Vater des Mädchens nieder, der sofort tot war, und verwundete das Mädchen sowie dessen Mutter und Bruder schwer. Er selbst aber wurde durch Artgilde niedergemacht, während seine beiden Brüder durch Dolchschläge verletzt wurden. Die verführte Apollonia liegt im Sterben.

Aus Chicago wird gemeldet, daß bei der Explosion in dem Gebäude des Gasthauses in der 74. Straße Chicago's im ganzen 22 Gasbehälter explodierten. Sämtliche Gebäude der Gasanstalt wurden zertrümmert und 20 Menschen kamen ums Leben. Eine große Anzahl von Arbeitern lag unter den Trümmern der zusammengefallenen Häuser. Manchen gelang es, sich selbst heranzuarbeiten, andere wurden durch die von allen Seiten herbeieilenden Helfer aus ihrer Lage befreit. Die Arbeit der Retter war außerordentlich gefährlich; denn die Ruinen gingen in Brand auf, und

Das Feuer drohte, bisher noch unberührt gebliebene Tanks zu ergreifen. Nur mit Lebensgefahr konnte gearbeitet werden. Einige der Behälter wurden durch die Explosionen zerstört; sie lagen unter einer enormen Stahldecke auf dem Boden nieder. Diese Schiene war durch Gebäuderümpfe belastet. Erst nachdem man die Hauptgasrohre in einiger Entfernung von der Unglücksstelle geöffnet und das Gas abgeleitet hatte, konnte die Feuerwehr mit Erfolg die Flammen bekämpfen. Bisher waren erst acht Leichen geborgen. Die übrigen lagen noch unter den Trümmern oder waren verbrannt. Die Gewalt der Explosion war so stark, daß man sie in der ganzen nächsten Hälfte der Stadt spürte, und daß viele Gebäude innerhalb eines Umkreises von 1 1/2 Kilometer ernstlich beschädigt wurden. Die Polizei zwang alle Personen innerhalb dieses Umkreises, die Häuser zu verlassen, da man befürchtete, daß weitere Explosionen der noch stehenden größeren Gasometer gewaltige Verheerungen anrichten würden. Ueber den Ursprung der Explosion weiß man nichts, glaubt ihn aber auf die Nachlässigkeit einiger Angestellten zurückführen zu müssen. — Nach einem späteren Telegramm einer Londoner Telegraphenagentur kamen 40 Personen ums Leben. Viele werden noch vermißt. Wie man uns weiter mitteilt, handelte es sich um die Explosion von komprimiertem Acetylen, das zur Baggonebeleuchtung benutzt werden sollte.

Brillantenraub. Köln. In einer hiesigen Goldwarenfabrik wurde in der vergangenen Nacht ein Einbruch verübt; es wurden Brillanten im Werte von annähernd 20 000 M. geraubt. Ueber die Täter ist nichts bekannt.

Der Dampfer „Sicilian Prince“, mit 613 Passagieren von Neapel, Palermo und Marseille an Bord, ist, laut Kabeltelegramm

aus New York, gestern eine Meile südlich der Rettungsstation Long Beach in der Nähe der Feuerinsel gestrandet. Ein Schlepddampfer ist dort eingetroffen, um zu versuchen, bei Hochwasser das Schiff abzuschleppen. Der Dampfer befindet sich in günstiger Lage. Die See ist ruhig.

Der Fall des Kommerzienrats. In Paris ist der Kommerzienrat Julius Ribbert verhaftet worden, der nach Unterschlagung eiserner Millionen aus Deutschland geflüchtet war. Julius Ribbert stand an der Spitze der Firma gleichen Namens, die sein Vater, geheimer Kommerzienrat Ribbert, einer der bedeutendsten Metallgroßindustriellen in Hohenlimburg, begründet hatte. Julius Ribbert trieb einen so bedeutenden Aufwand, daß er mit seinen Einkünften nicht auskommen konnte. Er suchte neue Mittel durch umfangreiche Terrain speculationen zu gewinnen, aber anstatt der erhofften Erlöse hatte er immer neue Verluste. Schließlich brach er unter der Last seiner Schulden zusammen; er flüchtete heimlich und wandte sich nach Paris, wo er bis heute unerkannt unter fremdem Namen lebte, bis er von einem seiner früheren Geschäftsfreunde im Theater wiedererkannt wurde. Jetzt sind von den deutschen Behörden Verhandlungen mit den französischen wegen der Auslieferung des Kommerzienrats angeknüpft worden.

Die Fäden in Kiel. In den Isolierbaracken der akademischen Heilanstalten ist ein Student der Medizin, welcher zu Studienzwecken eine Kranke Frau aufsuchte, ebenfalls an den Fäden schwer erkrankt. Die umfangreichsten Sicherheitsmaßnahmen wurden getroffen.

Großes Ruffen erregte die Verhaftung des Leiters der Krafauer öffentlichen Sicherheitsabteilung, des Polizeikommandeurs Baldi. Derselbe hat den Inhaber eines Verlagsamtes vorzeitig von der behördlich angeordneten Hausdurchsuchung unterrichtet. Dieser wurde ebenfalls verhaftet und das Verlagsamt geschlossen.

Erfassten hat der Feldwebel Schwab vom 54. Infanterie-Regiment in Tschien den Leutnant Grub und hierauf sich selbst.

Aus New York wird über eine Brandkatastrophe berichtet: Sonntag brach in einem dreistöckigen Lagerhause in Brooklyn Feuer aus, das sich vier anderen Häusern mitteilte. Die Erfassten der letzteren haben sich wahrcheinlich alle gerettet; in dem ersten fand die Feuerwehr zwölf Leichen. Der Tod war durch Erstickung eingetreten. Die Häuser waren meist von italienischen Arbeitern bewohnt.

Marktpreise von Berlin am 19. November. Nach Ermittlungen des hgl. Postamt-Büros. Für 1 Doppel-Gentner: Weizen**), gute Sorte 17,70—17,67 M., mittel 17,64—17,61 M., geringe 17,53—17,55 M. Roggen**, gute Sorte 13,90—13,89 M., mittel 13,88—13,87 M., geringe 13,86—13,85 M. (Zuflieger), gute Sorte 13,70—14,50 M., mittel 14,40 bis 13,90 M., geringe 13,20—12,10 M. (Saler*), gute Sorte 16,40—15,60 M., mittel 15,50—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—30,00 M. Epelbohnen, weiße 60,00—30,00 M. Linen 60,00—30,00 M. Kartoffeln 9,00—7,00 M. Weizen 5,00—4,50 M. Gerst 9,40—7,20 M. Für ein Kilogramm Butter 2,80—2,90 M. Eier per Schuß 4,50—5,20 M. *) Bei Bogen und ab Bahn. **) Ab Bahn.

Wasserstand am 19. November. Elbe bei Magdeburg + 0,26 Meter, bei Dresden — 1,05 Meter, bei Magdeburg + 1,63 Meter. — Unstrut bei Stralsund + 1,40 Meter. — Oder bei Rathow + 2,04 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 5,03 Meter, bei Breslau Unter-Regel + 0,10 Meter, bei Frankfurt + 1,22 Meter. — Weichsel bei Braukunde + 2,64 Meter. — Warthe bei Posen + 0,82 Meter. Rha bei Ufa + 0,74 Meter.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 22. November 1901. — Ein wenig kälter, veränderlich, vorherrschend wolfig mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Dienstag, 22. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Die lustigen Weiber von Windsor.
Neues Königl. Opern-Theater. Theodora.
Deutsches, Katerada, Berliner, Soldaten, Fessing, Krummbaum, Weihen, Jar und Zimmermann, Thalia, Der Weiberkönig, Belle-Alliance, Der Millionenbauer, National, La Traviata.

Urania, Taubenstr. 46/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Von der Zogspitze zum Watzmann
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.
Hörsaal:
Dr. F. Ristenpart: Der Aufbau und die Entwicklung des Weltalls.
P. CASTAN'S PANOPTICUM.
Friedrichstr. 165.
„Es war einmal —!“
Großer orient. Märchenzyklus in lebensgroßen plastischen Figuren mit verbindendem Text und Musikbegleitung.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Die Grossstadtluft.
Schwan in 4 Akten v. Oscar Blumenthal und Gustav Kadelburg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Wallensteins Lager.
Die Piccolomini.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Zum erstenmal:
Wallensteins Tod.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmsdänisches Theater).
Dienstag, abends 8 Uhr:
Mutter Erde.
Drama in 4 Aufzügen von Max Halbe.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Die Jüdin von Toledo.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Die Tyrannen der Tränen.

Kleines Theater Vereinigte Bühnen unter der Leitung von Max Reinhardt.
Anfang 8 Uhr.
Zum erstenmal:
Der grüne Kakadu.
Vorher:
Der tapfere Kassián.
Mittwoch: Nachtsyl.
Neues Theater.
Anfang 8 Uhr.
Mittwoch: Die lustigen Weiber von Windsor.
Donnerstag: Die Morgenröte.

Palast-Theater
Große internationale Ringkampf-Konkurrenz unter dem Protektorat des Herrn Professor Reinhold Begas.
Heutige Ringkämpfe:
1. Beaucairois, Franzose, gegen Michael Hitzler, München.
Revandekampf bis zur Entscheidung.
2. Weltmeister Georg Lurich, Russe, gegen Dickmann, Rheinländer.
3. Riesbacher, Rumänier, gegen Ali Achmed, Türke.
Vorher: Theater u. Spezialitäten. Anfang 7 1/2 Uhr. Vorher: 10—1 Uhr.
Anfang 6 1/2 Uhr. Preise der Plätze wie gewöhnlich.

Deutsche Konzert-Hallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Vollständig neu ausgestattet!
Täglich:
Gr. Internat. Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.
Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Brauerei.

Zirkus Schumann.
Nach nie dagewesenem Erfolg. Das neue große Programm und die größte Neuheit.
Wirklich sensationell!
Münstedts
Liliput-Zirkus.
Um 9 1/2 Uhr: das große mimische Drama mit seinen packenden Szenen und faszinierendes Effekten:
Der Kurier des Zaren.
Mit 250 Reitern, 2 Musikcorps. Achtung! Auf vielseitiges Verlangen! Morgen Mittwoch, den 23. d. Mts. nachm. 3 1/2 Uhr:
Große brillante Familien- und Kinder-Vorstellung.
Sämtliche Spezialitäten und Münstedts
Liliput-Zirkus.
Nachm. a. allen Plätzen Ein Kind frei!
ohne Ausnahme jedes weitere Kind bis 12 Jahre halbe Preise (außer Soliste).
Nachmittags zum Schluss:
Marokko, große Ausstattungs-Pantomime.

Zirkus Busch.
Grande Solrée equestre!
Katharina II.
Eine Zebra-Komödie, der menschliche Coeo, Wunderaffe.
Die vorzüglichsten Klowns und die großartigsten Programmnummern.
Gebrüder

Herrnfeld-Theater.
Heute: Die Robit!
Prinz Levy in Ahlbeck.
Schwan in drei Akten von Anton und Donat Herrnfeld.
Gastrollen:
Magnus Prinz Levy:
Donat Herrnfeld.
Präsident, dessen Reisebegleiter
Anton Herrnfeld.
Anfang präzis 8 Uhr.
Billet-Vorverkauf 11—2 Uhr mittags.

Deutsches Amerikanisches Kasper-Theater Station Str. 67-68 Jannowitzbr.
HEUTE ABEND
1/8 Uhr:
Gastspiel Adolf Philipp.
PREMIERE
NEW-YORK
5 Bilder m. Gesang u. d. Nachleb. einer Weltstadt, Text und Musik von ADOLF PHILIPP.
Sonntag nachmittags 3 Uhr!!
HALBE PREISE
Ueber'n großen **TEICH.**

Stad-Theater Moabit. Alt-Moabit 47/49.
Gastspiel des Bernh. Rose-Theaters.
Winterliebe.
Original-Volkstück mit Gesang in 4 Akten v. F. Wilhelm. Russt von R. Horvith.
Anfang 8 Uhr.
Entrée 30 Pf., numer. Platz 50 Pf.
Donnerstag, den 24. November:
Graf Essex.

Carl Weiß-Theater.
Große Frankfurter Straße Nr. 132.
Direktion M. Ed. Fischer.
Kette Bock.
Senta Wolfsburg.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Senta Wolfsburg.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Sneswittchen und die sieben Zwerg.
W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Zum letztenmal:
Zar und Zimmermann.
Vor Peter I.: Dir. Rob. Dill.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.
Mittwoch: Don Carlos.

Volksgarten-Theater (früher Weimann).
Dienstag, den 22. November 1901:
Grosse Soiree
der Original Erfurter Sänger.
Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

Skala-Theater.
Linienstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)
Sensationelles Programm!
August kommt.
Voll mit Gesang in einem Akt, sowie
30 international. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Vor der Vorstellung: Konzert.

Sanssouci.
Kottbuser Tor — Stat. der Hochbahn.
Gute Dienstag zum zweitenmal:
Ein feste Burg ist unser Gott.
Volkstück in 5 Akten von Arthur Hiller.
Morgen Mittwoch:
Ein deutsch. Schulmeister Volkstück in 5 Akten.
Sonntag
Montag
Donnerst. Norddeutsche Sänger
Nach jeder Soiree:
Tanzkränzchen.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater.
Frankfurter-Allee 85.
Das großartige Novemberprogramm
Neu! Lily Durand Neu!
mit ihrer Verwandlungsummern:
Großstadtleben.
Neu! Ostara Trio Neu!
großartige Kosbalance auf schwingendem Trapes, sowie die noch abgibtigen erstklassigen Spezialitäten.
Tierärztliche Poliklinik
Koppenstr. 9. 60/5
Spezial-Behandlung von Hundkrankheiten. Täglich 9—11 und 4—5, Sonntags nur vormittags.

Restler-Geschäft
des S.-O. von
Wilh. Mühlbach
empfiehlt Restler von Wätschen, Krimmer, Göttingen zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
Grösste Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Achtung!
Uhren und Goldwaren
sowie Menzenhauer Zithern zu sehr billigen Preisen.
Ratenzahlung auf Wunsch gestattet.
Jahre, Demmlerstr. 3
vorn 1 Troppo.

Wer-Stoff-hat,
jetzige Herrenanzug, 20 M., letzte Jute, 2 Uhr. Für guten Stoff belam gold. Reiball. Ludwig Engel, Prenzlauerstr. 23. II. (Alexanderplatz). — Gebrüder 1892. 48/16*

WINTERGARTEN
Anne Dancrey
die gräßliche Pariser Sagarin und Tänzerin.
Everhart der Reifenkönig
Patty-Frank-Truppe
Meisterschaftsturner.
Cliffe-Berzac
zählt jedermann 2000 Mark, der auf seinem rotierenden Tisch 45 Sekunden stehen kann.
200 Mark, der auf seinem Esel aufrecht sitzend reiten kann.
Außerdem
weitere 10 hervorragende Spezialitäten.

Reichshallen-Theater.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Wahlung: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich von 12—4 Uhr: Mittagstisch.
In den unteren Etagen
jeden Abend 8 Uhr:
Militär-Konzert.
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag:
Fritz Steidl-Sänger.
Nach jeder Vorstellung im Kaiserjahl
Tanz.

Verein ehem. Seelitzer (B. 1.)
Zu dem am Sonnabend, den 26. Nov., abends 9 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstr. 75, stattfindenden
II. Stiftungsfest
erlauben wir uns alle ehem. Seelitzer Bakanten, sowie Freunde und Gönner des Vereines höflich einzuladen.
Der Vorstand.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.
Bereits-Stränge, Palmen- u. Blumen-Arrangements, Bouquets, Girlanden usw. werden fein u. preiswert gefertigt.

Das älteste
Restler-Geschäft
des S.-O. von
Wilh. Mühlbach
empfiehlt Restler von Wätschen, Krimmer, Göttingen zu Damen- und Kinder-Jackets zu den billigsten Preisen.
Grösste Auswahl in fertiger Konfektion.
10 Oppelnerstr. 10

Achtung!
Uhren und Goldwaren
sowie Menzenhauer Zithern zu sehr billigen Preisen.
Ratenzahlung auf Wunsch gestattet.
Jahre, Demmlerstr. 3
vorn 1 Troppo.

Apollo-Theater.
8 Uhr: Die November-Spezialitäten und Simone, der Stern von Nizza.
Pantomime.
Musik von Bertrand de Derval.
Hierauf:
Berliner Luft.
Musik von Paul Lincke.

Otto Pritzkows
Abnormalitäten - Ausstellung
Wülfstraße 10.
Täglich Vorstellung
lebender Kuriositäten!
Medizinische Rätsel, anatomische Wunder.
Riesen! Zwerge!

Kenner rauchen Zenith Cigaretten!

Aus der Frauenbewegung.

Ueber Säuglingschutz und Kommune

Sprach Montag, den 14. November, Herr Dr. Wehl im Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.

Der Referent legte zunächst an der Hand statistischer Erhebungen die ungeheure Höhe der Säuglingssterblichkeit in den armen und ärmsten Bevölkerungsschichten gegenüber den wohlhabenden Kreisen dar. Es habe sich in jüngster Zeit, um eine Verringerung in diesem Zustande herbeizuführen, in Berlin die „Gesellschaft zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ gebildet, die allein durch Ueberwachung der Milagerinnung und Lieferung einwandfreier Milch an Unbemittelte schon gewisse Erfolge erzielt zu haben scheint. Natürlich könne eine solche Privatgesellschaft, die stets nur mit beschränkten Mitteln arbeite, auch hier niemals wirklich eingreifend wirken. Vielmehr sei es Sache der kommunalen Verwaltung, Institutionen zur dauernden Bekämpfung des Uebels der Säuglingssterblichkeit zu schaffen.

Schon im Jahre 1901 hat der sozialdemokratische Stadtverordnete Curt Freudenberg, dem überhaupt die eigentliche Anregung zu allen in diesem Gebiete fallenden Maßnahmen zu danken ist, in der Berliner Stadtverordnetenversammlung den Antrag gestellt, eine Kommission zur Beratung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu begründen. Er hat gleichzeitig eine ganze Reihe von Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung erst einen wahrhaft wirksamen Säuglingschutz darstellen würde.

Ein solcher Schutz müßte vor allen Dingen bereits bei der Schwangerschaft einsetzen, um zunächst die Geburt eines überhaupt lebensfähigen Kindes möglich zu machen. Es ist aber bekannt, daß irgend ein Schwangerschaftsbeschwerden bei uns in keiner Weise existiert, und deshalb eine große Zahl von Schwangeren, insbesondere die ledigen unter ihnen, sich oft dem schrecklichsten Elend preisgeben sehen, sei es nun, daß sie überhaupt in der letzten Zeit vor der Entbindung völlig arbeitsunfähig sind, sei es, daß sie selbst bei noch erhaltener Arbeitsfähigkeit — in ihrem Zustand keine Beschäftigung mehr finden. Deshalb ist die Errichtung von Schwangerschaftsheimen seitens der Kommune zu fordern, in denen alle bedürftigen und erziehungslosen Schwangeren Aufnahme finden.

Andererseits ist der beste Schutz gegen die Säuglingssterblichkeit die Ernährung des Säuglings mit Muttermilch, da im allgemeinen unter den so erwähnten Kindern die Sterblichkeit kaum 1/10 bis 1/20 so hoch ist, wie unter den mit künstlicher Nahrung aufgezogenen. Es gilt darum, allen den Müttern, die ihren Kindern die natürliche Nahrung entziehen müssen, weil sie sehr bald nach der Entbindung wieder zur Erwerbsarbeit gezwungen sind, durch Errichtung einer ausreichenden Zahl von Wöchnerinnenheimen die Möglichkeit des Zusammenlebens mit den Neugeborenen, und damit einer natürlichen Ernährung der Säuglinge zu schaffen. Um für die späteren Monate die Arbeitskraft derjenigen Frauen nutzbar zu machen, die längere Zeit in solchen Heimen verbleiben würden, war vorgeschlagen worden, etwa die Wasch- und Näharbeit usw. für die städtischen Kranken- und Waisenhäuser von den stillenden Müttern in diesen Heimen besorgen zu lassen.

Was müßte endlich für diejenigen Kinder geschehen, deren Mütter unfähig sind, zu stillen? Die Stadt hätte hier wiederum die Aufgabe, eine absolut einwandfrei gemommene Milch — die nach der persönlichen Ansicht des Referenten weder in irgend einer Form sterilisiert noch pasteurisiert sein dürfte — den Müttern ins Haus zu liefern. Es war der Gedanke ausgesprochen worden, die Kieselfelder zu diesem Zwecke zur Aufzucht von Kühen und zur Anlegung großer Milchviehwirtschaften zu benutzen, ein Vorschlag, mit dessen Prüfung man sich jetzt näher beschäftigt.

Zu allem kommt endlich die Notwendigkeit, die Frauen durch möglichst zahlreiche hygienische Vorträge und Schriften über eine gesundheitsgemäße Ernährung und Pflege des Säuglings zu unterrichten. Der Freudenberg'sche Antrag und die gemachten Vorschläge führten endlich nach Ablauf von 3 Jahren zur Gründung einer Kommission, deren Beschlüsse allerdings gegenüber jenen Forderungen recht klein und unzureichend erschienen. Dennoch würde die Verwirklichung dieser Beschlüsse immerhin einen großen Fortschritt in der Säuglingspflege darstellen.

Diesen Beschlüssen zufolge sollen Schwangere, wenigstens in der letzten Zeit vor der Entbindung, in Schwangerschaftsheimen Unterkunft finden, wo der Arzt dies als wünschenswert erklärt, und zwar soll zunächst durch Unterzützung privater Heime aus städtischen Mitteln die Möglichkeit geschaffen werden, einer größeren Zahl von Schwangeren die Aufnahme zu ermöglichen.

Ferner sollen in Ansehung an Kinderasyle, Krankenhäusern und dergleichen in allen Teilen der Stadt Ambulatorien unter der Oberaufsicht von Kinderärzten begründet werden, deren unentgeltliche Benutzung jedermann freisteht, und deren Aufgabe es wäre, die vorerwähnten Säuglinge zu unterrichten, Ratsschläge in bezug auf ihre Pflege und Ernährung zu erteilen, kranke Kinder in die Kinderasyle und Krankenhäuser zu überweisen und endlich für Bedürftige die unentgeltliche Lieferung von guter Milch und Obstsorten durch die städtischen Behörden zu bewirken.

Für die Deckung sämtlicher Unkosten — und das ist einer der wertvollsten Beschlüsse der Kommission — dürfte aber keinesfalls

die Armenverwaltung herangezogen werden, weil sonst ein großer Teil der Bevölkerung die Benutzung derartiger Einrichtungen — infolge der damit verbundenen Wahlrechtsentziehung — von vornherein ablehnen würde. Vielmehr müßten zu diesem Zwecke besondere Summen angeworben sein, die für Berlin durch bisher unbenutzte Einnahmen leicht zu beschaffen wären.

Die Versammlung folgte den höchst interessanten Ausführungen des Referenten mit großer Aufmerksamkeit. In der Diskussion wies Herr Dr. Wiggoldinski darauf hin, daß mit der unentgeltlichen Lieferung von Säuglingsmilch aus städtischen Mitteln vor allem auch die Lieferung guter Milch an alle unbemittelten Schwangeren und Wöchnerinnen verbunden sein müßte, da man durch bessere Ernährung der Mutter diese in zahlreichen Fällen in Stand setzen könne, ihre Kinder selbst zu stillen.

Die nächste Vereinsversammlung findet am Montag, den 28. November, in den Arminkassen, Kommandantenstraße 20, statt. Herr Dr. Naurenbrecher wird über das Thema referieren: „Was ist Religion?“

Ren-Weissenec. Am 15. d. M. fand im Prälaten eine von der Vertrauensperson einberufene öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Arthur Stadthagen über das Thema: Die politische Entrechtung der Frauen und Mädchen referierte. Die gut besuchte Versammlung nahm die Ausführungen des Redners mit Beifall entgegen.

An der darauf folgenden Diskussion beteiligten sich die Genossin Frau Jhrer sowie Genossen Reske und Max Menzel. Besonders der letzte legte es den Genossinnen nahe, sich mehr als bisher den Konsumgenossenschaften anzuschließen, da es ihnen nicht gestattet ist, politisch in dem Maße mitzuwirken wie ihre Männer.

Hierauf folgte der Bericht der Vertrauensperson, Genossin Neumann. Nachdem sie den Massenbericht, der in Einnahme auf 64,85 M., in Ausgabe auf 61,30 M. steht, gegeben hatte, wünschte sie, daß die Genossinnen im nächsten Jahre möglichst zahlreich an dem öffentlichen Leben sich beteiligen mögen. Genossin Nostin teilte mit, daß die Kasse und Bücher in bester Ordnung waren, und stellte den Antrag, die Genossin Neumann zu entlasten. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde hierauf einstimmig die Genossin Neumann als Vertrauensperson wiedergewählt.

Unter Verschiedenem machte Genossin Taubmann darauf aufmerksam, daß im nächsten Jahre die 25jährige Dreißig-Jubiläumfeier stattfindet, und ersuchte die Anwesenden, ihre Kinder an diesem hochpatriotischen Feste nicht teilnehmen zu lassen, da niemand das Recht hat, in dieser Beziehung einen Zwang auszuüben.

Rigdorf. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokale des Herrn Thiel, Vergiß. 151/152, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genossin Kiesel über „Die Frau im Klassenstaat“ spricht. Es findet außerdem Bericht und Renwahl der Vertrauensperson statt, auch wird das Wahlergebnis der am selben Tage stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen bekannt gemacht. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Vertrauensperson.

Soziales.

Der Kampf gegen die Tuberkulose in Dänemark.

Das dänische Folkething hat sich am 15. und 16. November mit zwei Gesetzentwürfen zur Bekämpfung der Tuberkulose befaßt. Die wesentlich auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion und infolge der Agitation unserer Parteigenossen entstanden sind. Schon im Jahre 1900 brachten die Sozialdemokraten im Folkething einen Gesetzentwurf zur Errichtung von Staatsanatorien ein, der zwar nicht angenommen wurde, aber zur Folge hatte, daß im nächsten Jahre auf Antrag der Linken eine Kommission zur Untersuchung der Frage eingesetzt wurde, der unter anderem unser Parteigenosse Harald Hansen angehörte. Die jetzt vorliegenden Regierungsentwürfe stimmen in der Hauptsache mit den Vorschlägen dieser Kommission überein. Die gewaltige Agitation, die die Sozialdemokratie in dieser Angelegenheit entfaltet, hatte auch zur Folge, daß von bürgerlicher Seite ein Rationalverein zur Bekämpfung der Tuberkulose gegründet wurde, der, wie auch die Sozialdemokratie im Folkething anerkannt, recht Gutes geleistet hat, aber, wie vorausgesehen war, der Aufgabe, die er sich gestellt hatte, nicht gewachsen war.

Der eine der beiden Gesetzentwürfe handelt von Staatszuschüssen zu den Krankenhäusern für Tuberkulose und zu den Verpflegungskosten der darin untergebrachten Kranken. Den Anstalten wird unter gewissen Bedingungen — die wichtigste ist die, daß die von den Kranken geforderte Bezahlung samt dem Staatszuschuß einen bestimmten Betrag, der für die verschiedenen Anstalten auf 1,20 Kr. bis zu 3 Kr. bemessen ist, nicht übersteigen darf — Staatsanerkennung und -Unterstützung zu teil. Der Staatszuschuß ist für die verschiedenen Anstalten auf 60 Dore bis zu 1,50 Kr. pro Krankentag festgesetzt. Die Gesamtsumme des Staatszuschusses wird jedes Jahr im Staatsbudget aufgeführt, ebenso der Zuschuß, der zur Errichtung und zur Erweiterung von Sanatorien bestimmt wird. Die Aufsicht über die staatsamerkannten Anstalten soll das Justizministerium ausüben. Der andere Gesetzentwurf handelt von allgemeinen Vor-

schriften zur Bekämpfung der Tuberkulose, für deren Durchführung die kommunalen Gesundheitskommissionen sorgen sollen. Die Kräfte werden verpflichtet, jeden Fall von Tuberkulose anzumelden. Die Gesundheitskommission kann Reinigung oder Desinfektion der Räume, der Kleider und aller Gegenstände, die der Kranken benutzte hat, anordnen; sie kann in Fällen, wo die Gefahr weiterer Ausbreitung der Krankheit vorliegt, Verhaltungsmaßregeln erlassen und eventuell Krankenhausbehandlung auf öffentliche Kosten anordnen. Auch kann die Gesundheitskommission tuberkulosekranken Frauen verbieten, als Köchinnen in Diensten zu treten. In Wohnungen, wo sich Tuberkulose aufhalten, dürfen keine Pflegekinder aufgenommen werden. Schulpflichtige Kinder, die für andere Kinder eine Ansteckungsgefahr bilden, sollen vom Schulgang entbunden werden. Lehrer müssen ein Attest darüber haben, daß sie nicht an Tuberkulose leiden. Lehrer, die wegen dieser Krankheit entlassen werden, erhalten zwei Drittel ihres Gehalts als Pension. In Armenhäusern und kommunalen Altersverorgungsanstalten dürfen keine Tuberkulosekranken aufgenommen werden, wenn ihnen nicht besondere Räume zugewiesen werden. Die Ausgaben der Kommune für Verpflegung Tuberkulosekranker werden zu drei Vierteln vom Staat ersetzt. Uebertretungen des Gesetzes sollen mit Geldbußen von 2 bis zu 2000 Kr. oder Gefängnis bestraft werden.

Beide Gesetzentwürfe wurden von den Rednern aller Parteien im allgemeinen gutgeheißen und schließlich einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Die Gründung eines Arbeitersekretariats ist vom Gewerkschafts-Lactell in Dresden auf Grund des Beschlusses einer öffentlichen Versammlung in die Wege geleitet worden.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. 37. Anfragen bei Herrn Restaurateur Ewald, Schönleinstr. 6. — 137. B. Ja. — London. — Rein. — Schöneberg. R. Räßige Luft lobenswert nach einem patentierten Verfahren die Gesellschaft für Markt- und Räßhallen, Trebbinerstr. 6. Sie werden gut tun, sich selbst mit der Firma in Verbindung zu setzen. Geschäft wird der Preis pro Liter auf 3,50 M. — T. D. 1758. — B. C. 1-3. Ja. 4. Rein. — Silberfische. Gehört zum Reichstags-Wahlkreis Lebus. — A. S. R. 12. Während die meisten Häfen von erweiterten Fischmündungen gebildet werden, welche mit Schöpfwerk vom jeweiligen Geniebau 1 gefüllt sind, hat die hohe See ein mit Salzen gesättigtes, deshalb bitteres und auch schwereres Meerwasser. Letzteres ist infolge seines größeren spezifischen Gewichtes auch tragsfähiger. Die Tiefe der betreffenden Meerestiefe hat an sich damit nichts zu thun. — Herzfelde. Wenden Sie sich an die Direktion.

Juristische Teil.

S. 24. 79. Sie sind verpflichtet, für Ihre Kinderfrau zu stehen. (20 B.). Unterlassen Sie das Kleben, so sind Sie strafällig und außerdem in vollem Umfange der Kinderfrau gegenüber schuldenerfüllungspflichtig, haben also eventuell Alters- und Invalidenrente an diese zu zahlen. — 2. 61. Die zuständige Stelle ist allein die Armenverwaltung und die Stimmungsdeputation. — M. G. 6. 1. und 2. Rein. 3. Diese Antellgemeine werden an der Böhse gehandelt. — S. B. 32. 1. und 2. Ja. 3. Rein. — P. 6. 1. Anstelle der verstorbenen Schwelger treten deren beide Kinder zu gleichen Teilen als Erben ein. Der Witwer erbt nicht mit. 2. Amtsgericht. — C. B. 100. Der Adoptionsvertrag ist notariell oder gerichtl. zu schließen und bedarf gerichtlicher Bestätigung. Da der Adoptivvater mindestens 50 Jahre alt sein muß, müssen Sie um Dispens von diesem Erfordernis nachsuchen. Unter den von Ihnen geschilderten Umständen wird der Dispens wahrscheinlich erteilt werden. Durch den Adoptionsakt entstehen 50 M. Kosten. Wenden Sie sich an das Amtsgericht, in dessen Bezirk Sie wohnen. — R. G. 3. Werden Sie als Zeuge darüber vernommen, ob Sie mit der Ehefrau verheiratet haben, so haben Sie das Recht, die Antwort und das Recht, die Beerdigung abzulehnen. Sagen Sie unter Eid die Unwahrheit, so machen Sie sich des Meineides schuldig. Aus der Beerdigung, Zeugnis abzulegen, kann die Existenz des Uebertrags gelockert werden. Wird wegen des Uebertrags die Ehe geschlossen, so sind Sie und die Frau strafbar, wenn der Ehegatte Strafantrag stellt. — R. R. 77. 1. Ja. 2. Rein. — C. 21. Nach unserer Ansicht ist ein Krankenhaus nicht berechtigt, ohne Zustimmung des gesetzlichen Vertreters der Patientin diese nach einer Zwischenfrist zu überführen. Leider lassen aber die ministeriell gefälligen allgemeinen Vorschriften der Charité dem Erntesen der Anstalt so weiten Spielraum, daß eine strafrechtliche Verfolgung ausichtslos erscheint. Verlangen Sie von der Anstalt Herausgabe der Tochter und beschweren Sie sich beim Kultusministerium über den Vorfall in der Charité. — 100. U. 3. Sie würden gut tun, wenn Sie dem Vormundschaftsgericht Anzeige von dem Erbfall machen. Bestellung eines Gegenormandes beantragen und das Geld im Reichsschuldbuch oder sonst sicher anlegen. — R. R. M. 1. Wenn ein Versehen tritt, ja. 2. Rein. — G. S. 15. 1. Sind volljährige Erben einig, so bedarf es keinerlei gerichtlicher Anzeige, Mitwirkung und dergleichen. 2. Verlangen Sie noch und nach freihändig: stellselbst führt eine Annonce im „Vorwärts“ zum schnelleren Ziel. — Ramenlos (S. 153). Leider haben Sie die Verurteilung nicht vernommen. Im Strafgesetzbuch einer Woche nach Verkündung des Urteils Berufung einzulegen. — Max. Ihre Frage ist schon früher mit Nein beantwortet. — G. S. 108. In 5 bis 10 Jahren. — R. R. G. Sie sind wahlberechtigt, weil die Unterzeichnung vor mehr als Jahresfrist erfolgt ist. — Schmeiberein G. 2. Klagen Sie schleunigst auf Bezahlung gegen die Stundin, die endlich nicht moment. zweifeln keine Abänderung verlangt, drittens ausdrücklich Ihre Forderung anerkannt hatte. Sie hätten die Sachen vor Bezahlung nicht ablehnen sollen. Nun klagen Sie aber schleunigst. — Welten 04. Befestigt für Ihren Ort keine 3 zu a g s innung, so haben Sie der Innung gegenüber keine Verpflichtung. Sie können, auch wenn eine Innung nicht besteht, Meister werden. Am liebsten erhalten Sie die Erfordernisse für eine Meisterprüfung durch Anfrage auf dem dortigen Amt, eventuell auf dem Landratsamt. Obendort erfahren Sie, ob für Ihr Gewerbe eine Innungsbildung besteht.

Ein mächtiges Stück Seife für nur 10 Pf das Stück!



Dasselbe eignet sich besonders für kleine Wäsche und zur Körperpflege. Wenn auch die Größenverhältnisse auf nebenstehender Abbildung nur ideelle sind, so ist damit Dualität und die Ausgiebigkeit der Sunlight Seife doch treffend illustriert. Man achte stets auf das geschäftlich geschützte Format und auf die Originalpackung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, in Zühlke's Salon, Dönhofsstr. 13:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Grünwald über: „Unsere Ziele“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. 239/24

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, „Zum Alexandriener“, Alexandrienerstraße 37a (im weichen Saale):

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Eugen Bräuner über: „Rechte und Pflichten aus dem Krankenversicherungs-Gesetz“. 2. Diskussion. — Gäste haben Zutritt. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. 241/5*

Sozialdemokratischer Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (SO.).

Dienstag, den 22. November, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Gramann, Rannuhstraße Nr. 27:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ströbel über: „Die politische Lage“. 2. Diskussion. 3. Antrag auf Ergänzung des Statuts (Wahlen der Kommissionsmitglieder). 4. Wahl der Preis-, Agitations- und Lokal-Kommissionsmitglieder. 5. Wahl des 2. Schriftführers. 6. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. 241/19*

5. und 6. Wahlkreis. 30. Kommunal-Wahlbezirk.

Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“, Rosenthalerstr. 11/12:

Wähler-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. „Die Aufgaben der Gemeinde“. Referent: Genosse Dr. Leo Arons. 2. Diskussion. Zahlreiches Erscheinen notwendig. Die Vertrauensleute. 252/4*

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Büreau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis Zimmer 34. Amt IV, 2353.

Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Chirurgischen Branche im Rosenthaler Hof, Rosenthalerstraße 11/12 (kleiner Saal).

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Volkheim über: Geschichtsschreibung und Geschichtstheorien. 2. Diskussion. 3. Wahl zweier Kommissionsmitglieder. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Zur besonderen Beachtung!

Alle Vertrauensleute, Zahlstellen-Inhaber und Mitglieder bitten wir strengstens darauf zu achten, daß bei der Bezahlung der 40. Beitragswoche für jedes Mitglied eine Zahlkarte angeschrieben wird. Die gewissenhafte Ausfertigung dieser Karte ist zu der am Jahreseschluß anzunehmenden Mitgliedskarte unbedingt erforderlich. Die Ortsverwaltung. 191/18

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

(Mitgl. des Arch. Stad. Bundes „Solidarität“).

Mittwoch, 23. November, abends 7 1/2 Uhr, bei Voigt, Ritterstr. 75 (gr. Saal):

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. P. Sommerfeld über: „Die Hygiene beim Radfahren“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Gäste willkommen. In Anbetracht des für jeden Radfahrer und jeder Radfahrerin sehr interessanten und wichtigen Themas erwartet zahlreichen Besuch. Der Vorstand. 20/12

Mitglieder werden ausgenommen.

Achtung! Fliesenleger! Achtung!

Donnerstag, den 24. November, abends 8 Uhr, bei Patz, Dragonerstraße 15:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung des Vereins der Fliesenleger Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum Tarif. 2. Verschiedenes. Der Vorstand. J. H. : W. Schulz. 222/7

Marmor-Arbeiter! Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Die Verbreitung des „Steinarbeiter“ nach dem 1. Januar n. J. 2. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand. 180/12

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(E. S. Nr. 2 Hamburg.) — Vertikale Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 24. November 1904, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal III).

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Verschiedene Kasseeangelegenheiten. Der Vorstand. Richard Schröder, Küstlerstr. 82. 259/16

Achtung!

Dienstag, den 22. November, abends 8 1/2 Uhr findet eine

öffentliche Wählerversammlung

bei Anton Boecker, Weberstr. 17, Saal.

Tages-Ordnung: Vortrag des Genossen Adolf Hoffmann. Diskussion. Regen Besuch erwartet. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Morgen, Mittwoch, den 23. d. M., abends 8 1/2 Uhr, findet in demselben Lokale die Verkündung der Wahlergebnisse statt.

Das Haupt-Wahlbureau befindet sich Friedrichsbergerstr. 19 bei Wasewitz.

Genossen! Genossen!

Dienstag, den 22. November, abends 8 Uhr, im „Eiskeller“,

Chausseestraße 88:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: „Volkschule und Volksbildung.“

Referent: Genosse Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt.

Diskussion. Zahlreichen Besuch erwartet. Die Vertrauensperson. 1/15

Achtung! Achtung!

Mittwoch, den 23. November, abends 8 1/2 Uhr:

2 Volks-Versammlungen

im Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünderstr. 42, und im Gesellschaftshaus Wedding, Müllerstr. 7.

Tages-Ordnung: Die Frauen und die Genossenschaftsbewegung.

Referenten: Frä. Else Lüders und Simon Katzenstein.

Ju zahlreichem Besuch laden ein. Ueber dasselbe Thema sprechen am 28. November: Frau Dr. David in „Gabels Drauerlei“ und Simon Katzenstein im „Maricabad“, Radstraße 35/36. 123/4*

Verband der Portefeuller und Ledergalanterie-Arbeiter und Arbeiterinnen.

Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, in Graumanns Festsaal, Rannuhstraße 27:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Lohnkommission. 2. Diskussion. 3. Amts-Niederlegung der Lohnkommission eventuell Neuwahl. 4. Antrag Offenbach betreffend die Stellung der Heimarbeiter zum Verband. 5. Abrechnung vom Sommerfest. 6. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 109/19

Mitgliedsbuch legitimiert. Kollegen! Da in der letzten General-Versammlung des schlechten Beschlusses wegen der Bericht der Lohnkommission nicht gegeben werden konnte, so machen wir es den Mitgliedern zur dringenden Pflicht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen, und bitten gleichzeitig, Nr. 23 der „Portefeuller-Zeitung“ mitzubringen. Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe.

Die Mitglieder obiger Kasse werden auf Grund des § 43 des Kassee-Statuts vom 12. Juni 1893 aufgefordert, am

Mittwoch, den 30. November d. J., abends 8 Uhr, bei Buggenhagen, Oranienstr. 147 (am Korioliplatz)

bezüglich Wahl von 303 Delegierten sich einzufinden. Wahlberechtigt sind nur diejenigen Mitglieder, welche das 21. Lebensjahr zurückgelegt haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Die Wähler haben sich durch das Anzeigen- und Legitimations- und Quittungsbuch zu legitimieren. — Die Wahl ist eine geheime.

Die Herren Arbeitgeber, welche aus ihren eigenen Mitteln ein Drittel zu den Beiträgen der bei ihnen beschäftigten Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe zahlen, werden ersucht, am

Mittwoch, den 30. November d. J., abends 8 Uhr, bei Buggenhagen, Oranienstr. 147 (am Korioliplatz) beizugehen Wahl von 147 Delegierten zu erscheinen. — Als Legitimation dient die zuletzt gezahlte Beitragsquittung. — Die Wahl ist eine geheime. Berlin, im November 1904. Der Vorstand. P. Heinrich, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse des Maurergewerbes.

Dienstag, den 22. d. Mts., abends 8 Uhr, findet Engel-Ufer 15, Saal VII, die statutarisch ordnungsmäßige

General-Versammlung

der Vertreter der Kassemmitglieder und der Arbeitgeber statt. Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes für die Jahre 1905 und 1906 für die ausstehenden Vorstandsmitglieder: a) Aus der Gruppe der Arbeitgeber: die Herren Schmidt und Gehrig. b) Aus der Gruppe der Kassemmitglieder: die Herren Döhring, Trill, Paul, Schmalz. c) An Stelle des wegen Krankheit ausstehenden Herrn Döhring für dessen Amtsdauer pro 1905. 3. Wahl des Rechnungsprüfungs-Ausschusses. 4. Verschiedene Mitteilungen. Berlin, 8. November 1904. Der Vorstand. H. Döhring, H. Kelpin, Vorsitzender, Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Steindrucker u. Lithographen

Dienstag, 29. November 1904, abends 8 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, die

ordentliche Generalversammlung

pro 1904 statt. Sämtliche Herren Vertreter der Arbeitgeber und der Kassemmitglieder werden hierzu ergebenst eingeladen. Tages-Ordnung: 1. Wahl des Ausschusses für die Prüfung der Jahresrechnung. 2. Neuwahl zum Vorstand aus der Zahl der Verlegerten; 3. Neuwahl zum Vorstand aus der Zahl der Arbeitgeber; 4. Neuwahl von drei Vorstandsmitgliedern (auf Grund des § 40 des Statuts). 5. Verschiedenes. 1205

Berlin, 20. November 1904. Der Vorstand. R. Studmann, Vorsitzender.

Leihhaus H. Graff

Berlin SW., Bouthstr. 5. Brillanten, Uhren, Goldwaren, bedeutend unterm Ladenpreis.

Warmes Zimmer

besser wie Kohlen gibt Waden- und Rückenholz. Zu den billigsten Preisen liefert dasselbe offenrecht gezeichnete Holzhandlung W. Jönentz, Berlin

2212* Bärgwaldstr. 65.

Achtung!

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis. (Süd-Ost.)

Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß unser Genosse, der

Karl Ohlmann

wohnhaft im 111. Stadtbezirk gestorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 24. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis (Süd-Ost.)

Den Mitgliedern und Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Bergolder

Gustav Jensch

nach längerem schweren Leiden am Freitag verstorben ist.

Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet heute nachmittags 3 Uhr auf dem Friedhof in Breslau statt. 244/20 Der Vorstand.

Möbel, 7402*

ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke außerst billig. Eigene Tischler-Werkstatt. Berlin O. Wiehr, Petersburgerstr. 62.

Ziehung am 28. November und folgende Tage

Düsseldorfer Ausstellungs-Lotterie

25.000 Gewinne. Wert Mark

170 000

36 000

18 000

9 000

Losz à M. 1.-, 11 Stok. M. 10.- Porto-Listen 30 Pf., empfiehlt

Carl Heintze, Fankeschäft, Berlin W., Unter den Linden 3.

5 1/4 Pfund Brot 50 Pf.

(Backware 6 Stk. 10 Pf.)

Albrechts Bäckereien: Brangelstr. 135, Kranstraße 19, Faldenheinerstr. 28, Danzigerstr. 2, Rarkthalle Pflasterstr., Stand 222/23, Rarkthalle Andreasstr., Stand 16/18. Centrale: Vorhagenstr. 13.

Grammophone

z. auch einzelne verleiht V. Daege, Platten Charlottenburg, Pestalozzistr. 95.

Nur die einzig dastehenden Fielitz-Brikets

(allererste Marke des ganzen Senftenberger, Clettwitzer, Ober- und Niederlausitzer Kohlen-Rayons) haben, in kleine Stücke geschlagen, die vollständige Heizkraft der Steinkohle (rotglühende Platten auf der Küchenmaschine) und übertreffen in ihrer langanhaltenden Schmelzglut den Koks in der Zeitdauer ums Doppelte.

100 Stück 7zöller

kosten ab meinen Filialen 75 Pf., für 10 Pf. 13 Stück. 900 L*

Edmund Beese, Kontor: Schwedterstr. 43.

Ausnahme-Preise. Fries-Fenster-Schützer,

abgepasst in schönen Dessins und allen Farben, vorrätig p. Stück 4 u. 6 H.

Fries-Vorhangstoffe, 130 cm breit, M. 1,75 bis 3 Mark

Wollene Schlafdecken . . . 3,50, 5, 6 bis 10 Mark

Kamelhaardecken, garantiert echt 7,50, 9 und 10 Mark

Plüsch-Reisedecken . . . Mark 7, 9, 12 bis 20 Mark

Pferdedecken, besonders groß, Mark 3, 4,50 bis 6 Mark

Teppich-Haus 1116 L*

B. Hurwitz, Rotes Schloß, vis-a-vis dem National-Denkmal. Telephon 1, 8311.

Königsberger Prozeder
wegen Geheimbündelei, Hochverrat gegen Rußland und Verleumdung, der vom 12.-25. Juli 1904 in Königsberg verhandelt wurde, erscheint in 11 Lieferungen a 20 Bl., gebunden 3 B., reich illustriert mit Originalzeichnungen; nach dem Witz und den geographischen Aufzeichnungen mit Einleitung und Erläuterungen von Kurt Eisner.
Zu beziehen durch
Buchhandlung Vorwärts,
Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, Laden.

Eine Mark
wöchentlich liefert selbstspielende
Musikwerke, Sprechmaschinen u. Zithern.
Schönste Familienunterhaltung.
Beste Harmoniums auf Lager.
An der Jannowitzbrücke 1, I.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen, Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen, Suspensoren, sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatt.
Siefentanz, Oetz- u. Oetz-Stranenfaffen
Berlin C.
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen Seilchen, angenehm und leicht am Starke.

11.ziehung 5 Klasse 211. Reg. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 21. November 1904, am mittwoch.
Für die Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern die Nummern beigefügt.
(Eine Gewinns.) Hauptstadt verbesert.

100 337 94 443 74	500 93 530 625 719 828 1120	300 238 445 184	194 633 62 854 920	2005 107 30 229
385 46 50 845	3003 120 500 317 26 407 007 619 96	89 963	4093 259 325 79 425 27 500	83 30021 828 98
5077 236 41 73 327 500	3000 638 923 92 6049 304			
97 440 623 82 725 49 82 860 89 934	7045 77 176			
18013 88 160 227 68 830 433 51 83 500 37	500 44			
765 837 974 95 9088	3000 127 205 429 33 849 500			
10112 26 53 396 22 412 643 634 11027 91	500			
97 138 268	500 401 5 50 3000 695 714 51 913 79			
12069 38 419 659 830 947	500 13063 294 414 82			
841 801	14003 394 475 573 655 779 15148 210 81			
10001 425 67 880 954	16125 3000 239 65 325 92			
986	17160 362 414 96 545 704 33 3000 850 90			
18013 88 160 227 68 830 433 51 83 500 37	500 44			
46 889 956	19100 214 25 302 470 531 70 878			
20123 3000 288 301 425 79 824 3000 833 21091	500			
115 37 388	500 558 611 69 22133 262 63 3000 627			
805 14 20 500 25 989	23281 309 441 90 5000 688			
747 897	24082 148 239 482 549 67 742 3000 949			
25093 279	500 313 11000 41 525 938 26111 15			
500 86 531 500 39 500 734 94 878 916	27148 316			
27 81 403 33 828 898 931 70	28313 622 720 932 93			
29083 290 96 441 601 4 932				
30041 92 1000 314 418 25 68 94 834 31028 108	500			
14 09 219 30 333 674 1000 731 90 883 32069 85 254	32069 85 254			
524 33001 40 93 674 642 858 965 35 95 33242 73 328				
72 625 30 761 34027 363 413 10999 791 818 96 994	99 500			
99 500 35158 341 465 83 591 3000 687 930	500			
34032 188 269 303 419 561 769 1000 45 808 97 37180				
301 44 800 447 87 382 625 962 5 63 38202 71 341 430				
015 732 953 39939 125 261 334 8001 70 98 731 804				
40038 75 144 334 462 518 649 831 3000 85 834	500			
41389 333 90 602 23 5000 776 83 190001	500			
430 500 42120 333 3000 461 511 3000 22 64 687	500			
700 829 88 91 43081 292 39 316 515 3000 77				
813 1000 5 44067 114 344 500 436 777 892 919				
500 49 45027 205 433 44 80 919 97 46043 156				
98 317 793 885 47008 177 239 479 619 60 98 723 998				
45136 383 380 442 59 557 609 844 921 23 39 98 49216				
30 61 342 530 55 708 23 897 978				
50073 167 207 407 538 707 1000 32 36 837 77	500			
83 946 51030 126 23 77 290 384 429 59 715 52009				
177 261 3000 80 5000 420 740 95 925 5000 53236				
389 433 83 625 500 98 977 54008 62 178 207 234				
710 882 632 55098 144 370 431 79 808 82 56027				
210 55 302 67 483 98 1000 698 57045 191 965 500				
453 612 845 58908 100 63 137 254 330 624 74 84				
744 74 83 800 59067 559 603 723 88 94 96 974 97				
60300 500 97 276 392 500 678 735 5000 927 76	500			
61013 34 124 333 500 709 853 62029 500 49 119				
82 306 408 36 90 503 681 792 3000 97 63025 1000				
178 3000 315 45 45 596 595 730 83 917 64073 76 80				
154 75 99 347 60 489 830 817 65023 500 104 206 78				
150 93 322 470 521 41 645 749 97 800 941 60061 01				
166 639 887 941 62 67118 40 202 374 484 79 823 40				
698 787 819 912 68354 424 63 734 77 837 906 74				
69056 1000 195 38 52 1000 476 797 826 980	500			
70145 98 382 514 57 919 56 64 71065 31 185 58	500			
80 210 15000 154 385 500 523 691 736 57 845 63				
90 941 70 72025 168 795 85 872 917 32 50 58 73185				
622 842 984 74142 71 211 500 61 208 51 62 532 97				
625 884 89 1000 951 96 75072 254 378 708 63 836 54				
57 912 76001 30 58 74 480 544 601 44 736 92 1000				
965 32 86 83 77009 102 339 697 639 78007 1000				
20 1000 276 407 92 512 1000 18 75 78 678 282 500				
964 79018 30 1000 97 104 1000 31 258 309 25 650				
707 3000 88 961 86 3000				
80000 234 500 693 714 831 65 81033 1000				
277 312 441 500 555 701 49 49 82721 44 62 856 912				
74 83002 4 28 107 500 79 425 47 53 561 672 961				
84116 91 93 66 220 1000 57 452 900 1000 838 70				
85004 500 150 89 82 337 695 729 79 89 86030 36				
108 21 82 235 513 74 67 835 711 843 908 87294 500				
78 387 1000 672 729 84 835 88300 103 94 245 47 430				
32 35 604 26 30 700 926 89068 102 299 335 41 677				
92 92				
90199 299 314 50 478 503 604 7 884 98 223 62	500			
3000 91018 15 000 199 230 87 330 487 99 516				
56 663 830 500 902 9 92004 76 235 439 83 501 622				
790 817 93071 104 38 234 522 678 701 15 500 828				
94116 425 510 845 76 701 830 45 923 43 95132 34	500			
207 14 78 382 702 809 10 12 913 96124 36 67 311 670				
300 827 87 61 87 97776 608 35 883 854 60 99888				
398 1000 424 690 90 776 90 845 92 961 90 99157				
601 12 39 50 94 788				
100083 275 86 449 500 532 80 840 82 1000 87	500			
94 984 101012 95 343 409 697 615 90 786 72 890				
102290 69 300 51 353 813 22 62 793 831 84 86				
103092 500 116 330 54 1000 470 628 900 104143	500			
602 38 97 898 105001 542 73 669 851 97 1000 63				
103 274 77 84 317 87 66 655 107092 1000 221 50				
50 91 825 444 66 1000 86 3000 730 819 89 933 45				
108725 397 405 28 684 804 38 87 95 500 96 918	500			
109031 472 87 736 98 809 1000 63 909	500			
110102 5 42 60 384 500 555 86 750 825 67 916	500			
111051 95 130 57 1000 60 77 230 417 63 1000 69	500			
634 685 729 23 839 112985 237 500 306 71 432 979				

Damen-Paletots,
Blusen, Kostümröcke, Knaben- und Mädchenherabere, gut u. viel billiger in der Fabrik von **Eugen Jacobi,** Charlottenburg, Benzinstraße 95, I (Steinladen). Größte Auswahl.

Hermann Günther
Straussbergerstr. 21
an der Gr. Frankfurterstr.
CIGAREN-CIGARETTEN-TABAKE
Beste Qualitäten. Preiswert.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41.
Spezialarzt für
Haut- und Harnleiden.
10-3, 5-7. Sonntags 10-12 2-4.

Vertrauen

muss jede Hausfrau einem Nahrungs- und Genussmittel entgegenbringen, dessen Güte amtlich durch Verleihung der Königl. Preuss. Staatsmedaille anerkannt worden ist. Diese Auszeichnung ist allein unter allen Margarine-Fabriken nur der

MOHRA

-Margarine-Fabrik zutell geworden. MOHRA wird aus feinsten Fetten, Milch und Sahne hergestellt, wie Naturbutter auf Brot gegessen und ist zum Kochen, Braten und Backen unentbehrlich.
Ueberall käuflich.
Man verlange nur MOHRA-Margarine.

Mk. 290000 Mk.

Auf 20 Lose 1 Gewinn!
Am 28. November u. folgende Tage: **Endgültige Ziehung der Düsseldorf Lotterie**
Haupttreffer: **40000 Mk. 20000 Mk. 10000 Mk.**
25000 Gewinne mit 170000 Mark Wert.
Lose & 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.

Auf 11 Lose 1 Gewinn!
Vom 10.-17. Dezember cr.: **Endgültige Ziehung der St. Rochus-Lotterie.**
Haupttreffer: **30000 Mk. 10000 Mk. 5000 Mk.**
15379 Gewinne mit 120000 Mark Wert.
Lose & 2 Mk., 11 Lose 20 Mk.

Günstige Offerte: 5 Ausstellungs- und 3 Rechenlose Mk. 10. Porto 10 u. jede Liste 20 Pfg. (Nachnahme 20 Pfg. teurer).

Original-Lose empfiehlt: Ferd. Schäfer, Düsseldorf
Lose in Berlin zu haben bei:
Generall. K. v. Holwede, Senestr. 65, H. Kron, Alexanderstr. 54, Julius Mehle, Unter d. Linden 13, H. Schumacher, Königsstr. 59, J. Miloslawski, Unter d. Linden 61, E. Meyer jr., Stralauerstr. 54, F. W. Schenemann, Kommandantenstr. 1-2, E. Lange, Potsdamerstrasse 131, H. Brehmer, Lüneburgerstr. 2, E. Dunje, Brunnenstr. 170, A. Hanks, Prenzlauerstr. 27, Gust. Beck, Altkörnstr. 85, O. Stippkohl, Neanderstr. 27, L. Müller & Co., Breitestr. 5, H. Rendelmann, Friedrichstr. 205, Karl Löschel, Neue Friedrichstr. 42.

Sofastoffe
Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle! Reste! Moquettes, Satteltaschen.
Plüsch. Musterb. näher. Angabe franko.
Emil Lefevre, Berlin, 158.

3 Sort. Sage u. schreibe:
3 Mark
ca. 20-30 marin. R. Det. ca. 25-30 Stoffm. (ob. 1. Dof. Sittm. 2. Pfd. Gerblüher. 1 Dof. Wägen. G. 1. R. Rod. buch. 2. 60 Stück: Bratbr., Büch. u. Spr. u. 1 ganz, fett. Anl. 102/4*
Degeners Konterfabr. v. 1881, Einreimendeb. D. 203. Mit Wunsch lict. dazu: 1 Dof. H. Gelenal u. 1/2 R. 1 Dof. H. Hummer a 1 R. 1/2, 988. H. Zade u. 1 Df. Kaviar. sul. 1 R. 1 Dof. u. 1 Df. Dellar 60 Pf.

11.ziehung 5 Klasse 211. Reg. Preuss. Lotterie.
Ziehung am 21. November 1904, am mittwoch.
Für die Gewinne über 240 Mk. sind den betreffenden Nummern die Nummern beigefügt.
(Eine Gewinns.) Hauptstadt verbesert.

770 847 930	113015 398 912	500 95	114844 771	500 95
901 95	115037 344 51	1000 400	782 830 60 968 49	
53 116019 36 39	500 73 187 290 487 83 538 687			
703 3000 921 30	117035 60 692 906 77 118 306			
268 500 474 523 26 908 48 83	119143 379 517 73			
500 764 60 500 967				
120289 490 604 92 811 61 980 121965 106 16	500			
516 603 872 122485 513 500 15 693 740 123240				
346 426 590 678 500 710 829 942 72 124065 48				
500 70 116 328 418 572 3000 705 32 99 92 1000 908				
19 965 125123 40 59 91 230 500 340 410 64 853 723				
67 98 826 95 904 81 126235 173 267 400 676 751				
85 89 855 127179 500 212 1000 438 59 500 628				
86 87 92 946 54 128315 407 543 54 83 638 81 914				
129882 231 539 783	500			
130061 67 88 1000 200 301 575 727 36 846	500			
131084 320 42 552 858 62 906 82 132069 221 91				
100 312 790 817 48 133031 211 405 511 690 738				
908 58 134016 69 129 227 317 35 459 512 45 615 706				
67 867 135115 43 81 91 244 353 843 43 136700				
500 214 329 63 448 57 137083 92 157 242 498 570				
623 64 1000 739 889 933 138207 326 86 669 706				
139114 231 308 34 416 45 648 92 809	500			
140064 86 303 500 9 49 90 95 611 98 3000 828	500			
43 70 923 96 141109 204 88 3000 374 92 322 49 92				
890 142064 500 114 58 746 68 3000 545 143076				
102 500 40 270 431 66 088 783 144022 37 227 32				
481 940 880 145072 95 161 230 63 375 429 83 74				
146144 214 20 481 609				

Die richtige Lösung unseres Preisrätsels ist

Die ausgesetzte Prämie von 500 Mark gelangt bis Freitag, den 25. November, an die Rätsellöser zur Verfügung.

Dienstag Mittwoch Donnerstag geben wir doppelte Rabattmarken.

Jede Uhr zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur 1 Mk. 50 Pf., außer Bruch, kleine Reparaturen billiger.

Nur 1,50 Mk. kostet jede Uhr bei mir zu reparieren u. reinigen unter Garantie des Gutgehens (ohne Bruch), kleine Reparaturen billiger.

Skrofulöse u. Lungenkrankheiten Echt Bergener Lebertran

Cronheim & Levy, Engros-Geschäft Tausenstrasse 20, I. Paletots, Aherdmäntel, Kostümröcke

Josef Cigaretten Erstklassige deutsche Fabrikate

H. Preuss, Swinemünderstr. 66, 1. Etage, Cigarren und Tabak-Fabrik und Engros-Lager

H. & P. Uder, Berlin SO. 10, Engel-Ufer 5. Tabakfabrik. 448L. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer in Zigarren, Zigaretten, Rauch-, Kau- und Schnupftabaken.

Möbel-Fabrik u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrikpreisen - Eigne Werkstätten - empfiehlt Julius Apelt, Skalitzerstr. 6, am Kottbuser Tor.

Ein rationelles Kindermehl muß haltbar und immer gleichmäßig sein, darf keine unedleren Stärke enthalten und der Zubereitung keine Schwierigkeiten bieten, muß ausgiebig und billig, sowie nicht nur nahrhaft, sondern auch wohlschmeckend sein.

Kleine Anzeigen

Verkäufe

Handliche Küstnerplatz 7, verkauft preisbillig Betten, Bettmöbel, Kissen, Tischdecken. Herrenuhren, Damenuhren, Herren- und Damen-Perfekte, Herren- und Damen-Perfekte, Herren- und Damen-Perfekte.

Teppiche mit Farbenlechten

Teppiche mit Farbenlechten, Teppiche mit Farbenlechten, Teppiche mit Farbenlechten, Teppiche mit Farbenlechten, Teppiche mit Farbenlechten.

Wingsschiffchen, Bobbin, Schnellnäher

Wingsschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, Wingsschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, Wingsschiffchen, Bobbin, Schnellnäher.

Pianino, hochmodernes, 165,00

Pianino, hochmodernes, 165,00, Pianino, hochmodernes, 165,00, Pianino, hochmodernes, 165,00.

Vermietungen

Vermietungen, Vermietungen, Vermietungen, Vermietungen, Vermietungen.

zweiter Redakteur

zweiter Redakteur, Achtung! Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter! Achtung! Holzarbeiter!